

ELNET

EUROPEAN LEADERSHIP NETWORK



STRASBOURG

Forum

Eine deutsch-französische
Initiative für den Nahen Osten

*Une initiative franco-allemande
pour le Moyen-Orient*

Über ELNET



ELNET ist eine gemeinnützige und unabhängige Organisation. Unser Ziel ist es, die europäisch-israelischen Beziehungen auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Interessen und Werte überparteilich zu fördern.

Unsere Büros in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Polen, Belgien und Israel sowie unserer Aktivitäten in Italien und Spanien stärken den Dialog zwischen europäischen und israelischen Entscheidern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu unterstützen wir bestehende Netzwerke und bauen diese durch strategische Dialogveranstaltungen und Delegationsreisen aus.

A propos d'ELNET



ELNET est une organisation indépendante et apolitique qui cherche à promouvoir les relations entre l'Europe et Israël sur la base de valeurs démocratiques et d'intérêts stratégiques communs. Le siège français se situe à Paris, au coeur même de la diplomatie française et européenne.

Nos bureaux en Allemagne, en France, au Royaume-Uni, en Pologne, en Belgique et en Israël ainsi que nos activités en Italie et en Espagne renforcent le dialogue entre responsables européens et israéliens, notamment dans les domaines politique et économique, par la création de plateformes de discussions informelles, l'organisation de rencontres bilatérales mais également de voyages de délégations.

Impressum Mentions légales

Herausgeber / Éditeur:

ELNET Deutschland e.V.
Albrechtstraße 22 / 10117 Berlin
+49 30 308 759 64
www.elnet-deutschland.de

Vereinsvorsitzender / Président:

RA Hans Thomas Kessler
Jean-David Benichou

Beiratsvorsitzende:

Brigitte Zypries, Bundesministerin a.D.

Geschäftsführer / Directeur:

Carsten Ovens
Dr. Arié Bensemoun

© ELNET Deutschland, 2021.

Alle Inhalte (Texte, Bilder und Grafiken) sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt soweit nicht anders gekennzeichnet bei ELNET Deutschland.

Weiterverwendung des Dokuments sowie Teilen dessen für Forschungs- und Bildungszwecke ist nur bei rechtmäßiger Kennzeichnung erlaubt.

Inhaltsverzeichnis | *Table des matières*

Über ELNET / <i>A propos d'Elnet</i>	1	
Inhalt / <i>Table des matières</i>	2	
Grußworte / <i>Mot d'accueil</i>	3 / 31	
Einleitung / <i>Introduction</i>	5 / 33	
Handlungsempfehlungen für eine europäische Nahostpolitik	6	
<i>Recommandations pour une politique européenne au Moyen-Orient</i>	34	
HISBOLLAH / LE HEZBOLLAH	7 / 35	
Policy Briefing: Hisbollah – Sicherheit Israels und Europas in Gefahr	7	ROUND TABLE 1
Briefing politique : <i>Le Hezbollah – une menace pour la sécurité d'Israël et de l'Europe</i>	35	
Report: Hisbollahverbot: Was steht für Europa auf dem Spiel?	9	
Compte-rendu : <i>Interdiction du Hezbollah : quels enjeux pour l'Europe ?</i>	37	
IRAN / L'IRAN	15 / 40	
Policy Briefing: Herausforderung Iran – Rückkehr zum JCPOA oder Neuanfang?	15	ROUND TABLE 2
Briefing politique : <i>Le défi iranien – retour au JCPOA ou nouveau départ ?</i>	40	
Report: Eindämmung oder Abschreckung? Die Zukunft des JCPOA und der Iran als regionale Herausforderung	18	
Compte-rendu : <i>Endiguement ou dissuasion ? L'avenir du JCPOA et le défi iranien pour la région</i>	43	
ABRAHAM-ABKOMMEN / LES ACCORDS D'ABRAHAM	21 / 45	
Policy Briefing: Das Abraham-Abkommen – Europas Rolle als zögernder Zuschauer	21	ROUND TABLE 3
Briefing politique : <i>Les Accords d'Abraham – L'Europe en retrait</i>	45	
Report: Das Abraham-Abkommen: Ein Weg zum Frieden im Nahen Osten?	25	
Compte-rendu : <i>Les Accords d'Abraham: un espoir de paix pour le Moyen-Orient ?</i>	49	
SUMMIT REPORT / COMPTE-RENDU DU SOMMET	25 / 51	
Was sollte der Strategische Kompass der EU leisten?	25	SUMMIT
<i>Recommandations pour la boussole stratégique de l'UE</i>	51	
Schlußworte / <i>Conclusions</i>	28 / 54	
Quellenverzeichnis / <i>Bibliographie</i>	56	



Grußwort

Für das reibungslose Funktionieren der Europäischen Union war das deutsch-französische Tandem schon immer ein unverzichtbares Fundament. Ist es angeschlagen, leidet ganz Europa. Deshalb müssen wir uns als französische und deutsche Parlamentarier auf breiter Front in diesen Prozess der Zusammenarbeit einbringen. Es gilt, auf parlamentarischer Ebene zu zeigen, dass der Weg der Diplomatie unumgänglich bleibt, so wie wir es in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung tun.

Israel ist als Beteiligter an mehreren europäischen Projekten ein natürlicher Partner für Europa. Der Nahe Osten war in den letzten Monaten von großen geopolitischen Umwälzungen geprägt; Europa muss diese neue Dynamik in der Region mitprägen.

Bei den drei Runden Tischen im Rahmen des Strasbourg Forums konnten wir uns mit erfahrenen Experten zu mehreren zentralen Themen austauschen: Erstens über die Rolle der libanesischen Terrororganisation Hisbollah und die Gefahr, die sie für die Region und für Europa darstellt. Da ein neues Atom-

abkommen mit dem Iran auf dem Tisch liegt, wollten wir außerdem über das JCPOA diskutieren. Schließlich hielten wir es für wichtig, das zentrale Thema der Normalisierungsabkommen zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten, das so genannte „Abraham-Abkommen“, anzusprechen. Jedes dieser Treffen führte zu Empfehlungen an unsere Regierungen, die in dieser Broschüre enthalten sind.

Als gewählte Vertreter sind wir uns bewusst, dass die Herausforderungen, denen sich der Nahe Osten gegenüber sieht, uns alle betreffen und mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen. Das Strasbourg Forum ist dabei ein wirksames Instrument. Denn binnen weniger Tage ist der israelisch-palästinensische Konflikt plötzlich wieder ganz präsent und sogar auf unseren Straßen beiderseits des Rheins angekommen. Eine reale Gefahr, die uns bewusst macht, dass auch wir uns engagieren müssen, um an der Durchsetzung eines dauerhaften Friedens zwischen Israelis und Palästinensern mitzuwirken und die Gefahr zu vermeiden, dass der Konflikt in unsere westlichen Demokratien getragen wird. Den einstigen Feinden Frankreich und Deutschland ist es gelungen, ihre Differenzen zu überwinden. Bleibt zu hoffen, dass die Israelis und Palästinenser es ihnen gleichtun.

Angesichts einer zunehmenden Terrorgefahr tut Europa gut daran, eng mit Israel zusammenzuarbeiten, das als Experte in diesen Fragen gilt. Es liegt also an uns, diese Gelegenheit zu ergreifen, um den Weg für neue Kooperationen zu öffnen, insbesondere im Bereich der Sicherheit, die in den kommenden Jahren eine echte Herausforderung darstellen wird. Das Strasbourg Forum kann einen Beitrag zu den Debatten über die strategischen Ausrichtungen der Europäischen Union leisten. Die französischen und deutschen Parlamentarier sind deshalb aufgerufen, eine bessere Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen zu fördern.

Christophe Arend
Abgeordneter der Nationalversammlung

Grußwort

ELNET bietet durch das Strasbourg Forum die einzigartige Möglichkeit, die großen Herausforderungen des Nahen Osten aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Die daraus entstanden Diskussionsräume sind in ihrer Vielfalt von herausragender Expertise geprägt. Und dies alles in einer Zeit, in der sich die Ereignisse geradezu „überschlagen“. Die einzelnen Veranstaltungen des Strasbourg Forums fanden während des dauerhaft schwelenden israelisch-palästinensischen Konfliktes zwischen Terroranschlägen der Hamas und Gegenreaktionen des israelischen Militärs und einer sich anbahnenden neuen Regierung in Israel statt. Somit hätte ELNET Deutschland mit diesem neuen Veranstaltungsformat gar nicht aktueller liegen können.

In den verschiedenen Diskussionsrunden zeigten sich auch die unterschiedlichen Herangehensweisen von Deutschland und Frankreich. So kommt Deutschland, gewachsen aus dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust, eine ganz besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel und unseren jüdischen Freunden und Freundinnen zu. Teil unserer Staatsräson ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels und unsere jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen zu schützen.

Als Mainzerin habe ich den Neubau der im Krieg zerstörten Synagoge in meiner Stadt als gelebtes Miteinander empfunden und empfehle herzlich, dieses einzigartige Bauwerk einmal zu besuchen. Es ist deshalb für mich unerträglich zu erleben, wie der offene Antisemitismus aktuell auf unsere Straßen zurückkehrt. Das lassen wir nicht zu, sondern wirken durch Solidaritätsbekundungen und rechtsstaatliche Maßnahmen dagegen. Ich freue mich über jüdisches Leben in Deutschland.

Eine nachhaltige und erfolgreiche Nahost-Strategie fordert nicht nur Deutschland und Frankreich,



sondern auch Europa und weit darüber hinaus. Ein Hisbollah-Verbot wie es Deutschland beschlossen hat, ist ein Signal, welches aber Nachahmer braucht.

Ich danke ELNET Deutschland dafür, dass Sie mit dem Strasbourg Forum deutschen und französischen Politiker und Politikerinnen, Nahostkenner und Nahostkennerinnen und interessierten Menschen einen Raum bieten, unsere unterschiedlichen Sicht- und Herangehensweisen zu diskutieren und an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten.

Ursula Groden-Kranich
Mitglied des Deutschen Bundestags

Einleitung

Der Nahe Osten befindet sich im Umbruch. Während die Vereinigten Staaten ihr außenpolitisches Gewicht spürbar in andere Regionen verlagern, deutet sich seit mehreren Jahren eine Machtverschiebung in der Region an, maßgeblich befördert vom Iran. Die destabilisierenden Auswirkungen des panschiitischen Expansionismus werden dabei in Staaten wie dem Irak, Syrien, Libanon oder Jemen immer sichtbarer. Diese Entwicklungen haben auch unmittelbare Auswirkungen auf Europa.

Derzeit arbeiten die EU-Mitgliedsstaaten an neuen Leitlinien der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Dabei fehlt es der Europäischen Union bislang an einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie für den Nahen Osten. Vor diesem Hintergrund wurde das Strasbourg Forum für den Dialog zwischen den zwei führenden europäischen Mächten Deutschland und Frankreich geschaffen. Auf Initiative des European Leadership Network (ELNET) soll die neue Plattform dazu dienen, gemeinsame Standpunkte zu vorherrschenden politischen Fragen im Nahen Osten zu entwickeln.

Die zentralen Themen werden aktuell insbesondere durch den Iran definiert. Der Staat strebt eine militärische und politische Hegemonialstellung an, dessen Machtbereich mittelfristig das Potential hat, sich vom Hindukusch bis zum östlichen Mittelmeer und vom Golf von Aden bis zum Kaspischen Meer zu erstrecken. Paramilitärischen Organisationen wie Hamas und Hisbollah kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Andererseits bieten die kommenden Jahre Chancen für eine neue Sicherheits- und Wirtschaftsarchitektur im Nahen Osten, die im positiven Sinne alle Seiten einschließen kann. Das Abraham-Abkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Marokko und Sudan ist hierfür eine vielversprechende Grundlage.

Durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen Staaten entstehen neue diplomatische Spielräume. Insbesondere im Hinblick auf den Umgang

mit dem iranischen Vormachtstreben stellen die Abraham-Abkommen eine gewichtige Entwicklung dar. Während Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate in erster Linie über zunehmende iranische Drohgebärden am Persischen Golf besorgt sind, bestehen in Israel vor allem Sorgen über die iranische Einmischung und Förderung extremistischer Kräfte im Libanon, Syrien sowie in den Palästinensischen Gebieten.

Die Auswirkungen des syrischen Bürgerkrieges sowie die daraus resultierenden Fluchtbewegungen verdeutlichten in den letzten Jahren, dass die Stabilität Europas und des Nahen Ostens untrennbar miteinander verbunden sind. Es liegt daher im eigenen Interesse der Europäischen Union, sich für eine friedliche und prosperierende Entwicklung der Nachbarregion starkzumachen.

Um dies zu erreichen, ist eine enge Abstimmung mit Israel entscheidend. Aufgrund der bereits bestehenden engen Kooperation in den Bereichen Sicherheitspolitik und Terrorismusbekämpfung ist Israel insbesondere für Deutschland und Frankreich einer der wichtigsten Sicherheitspartner außerhalb der NATO. Die engen Wirtschaftsbeziehungen zu Israel sind darüber hinaus ein bedeutender Pfeiler europäischer und nahöstlicher Wirtschaft und Innovation, durch die eine langfristige Befriedung und Stabilisierung des Nahen Ostens gefördert werden kann.

Dies alles sollte die EU bei der Erarbeitung ihres neuen sicherheitspolitischen Dokuments – dem Strategischen Kompass – berücksichtigen. Zu diesem Zweck bietet das Strasbourg Forum deutschen und französischen Parlamentariern sowie weiteren Experten die Möglichkeit für einen vertieften politischen Austausch. Im Rahmen von drei virtuellen Round Table Gesprächen zu den Themen Hisbollah, Iran (JCPOA) sowie dem Abraham-Abkommen wurden politische Handlungsempfehlungen entwickelt.

So entstand ein deutsch-französischer Impuls für Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der als Beitrag für den Strategischen Kompass der Europäischen Union an die zuständigen Außenministerien in Berlin und Paris übergeben wird.

Handlungsempfehlungen für eine europäische Nahostpolitik

1

... zum Umgang mit der Hisbollah

- ▶ Unterstützung eines Betätigungsverbots der Hisbollah in weiteren europäischen Ländern sowie auf EU-Ebene.
- ▶ Aufklärung über den Aufbau des Raketenarsenals der Hisbollah und die Verhinderung der Etablierung einer neuen Front im Libanon durch die libanesischen Miliz.
- ▶ Aufbau und Stärkung der UN-Friedensmission UNIFIL im südlichen Libanon.
- ▶ Unterstützung des Libanons bei der Stärkung seiner demokratischen Institutionen.

ROUND TABLE 1

2

... hinsichtlich regionaler und nuklearer Herausforderungen durch den Iran

- ▶ Differenzierte Auseinandersetzung mit der expansionistischen Politik des Iran sowie der davon ausgehenden Bedrohungen für die Region.
- ▶ Umfassende Eindämmung der militärischen Tätigkeiten iranischer Proxyorganisationen.
- ▶ Einbeziehung des iranischen Mittel- und Langstreckenraketenprogramms in die Verhandlungen.
- ▶ Einbindung aller regionalen Akteure in die Nuklearverhandlungen, um eine belastbare und nachhaltige Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten zu erarbeiten.
- ▶ Vollständige Wiederaufnahme der Kontrollen der iranischen Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergie-Organisation.

ROUND TABLE 2

3

... im Kontext des Abraham-Abkommens

- ▶ Anerkennung der neuen Realitäten im Nahen Osten, die durch das Abraham-Abkommen entstanden sind sowie ein entsprechendes Umdenken bei neuen strategischen Vorstößen.
- ▶ Definition einer europäischen Antwort auf das Abraham-Abkommen und daraus folgende Maßnahmen zur Förderung weiterer Friedensabkommen.
- ▶ Europäische Unterstützung bei der Schaffung einer belastbaren Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten.
- ▶ Aktive europäische Unterstützung der tiefgehenden wirtschaftlichen Kooperation und Integration der Region.

ROUND TABLE 3

POLICY BRIEFING 1

Hisbollah – Sicherheit Israels und Europas in Gefahr

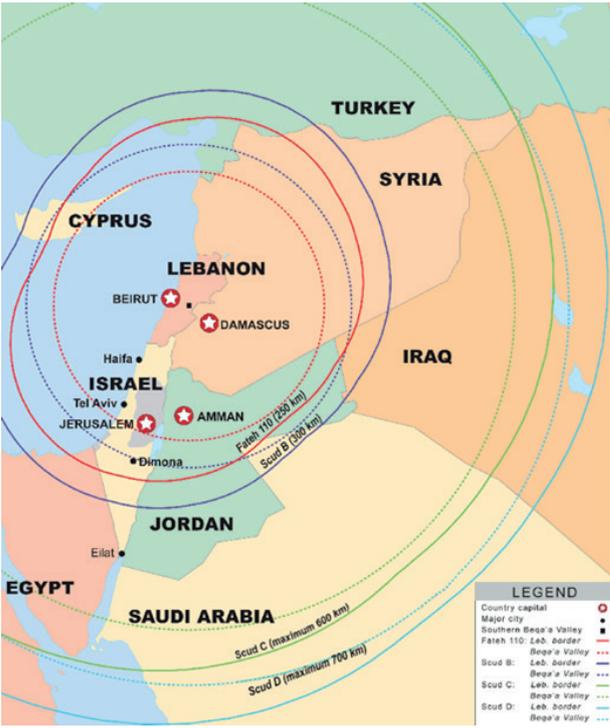
Innerhalb der Bedrohungskonstellationen des Nahen Ostens nimmt die libanesische Terrormiliz Hisbollah eine besondere Stellung ein. Hisbollahs antisemitische und antisraelische Grundhaltung sowie ihr erklärtes Ziel, Israel zu zerstören, sind hinlänglich dokumentiert.¹ Die EU hat den militärischen Arm der Hisbollah als Terrororganisation eingestuft.² Nach jahrelanger Unterscheidung zwischen einem militärischen und einem politischen Arm hat Deutschland diese im April 2020 aufgegeben und der Hisbollah jegliche Betätigung auf deutschem Boden verboten.³ Mehrere europäische Staaten sind seitdem dem deutschen Beispiel gefolgt oder haben erklärt, dies zu beabsichtigen. Die Beendigung dieser künstlichen Unterscheidung, die von der Hisbollah selbst negiert wird, steht auf der EU-Ebene noch aus. Ungeachtet des erhöhten Drucks durch einige EU-Staaten hat die Hisbollah heute mehr politische und militärische Macht denn je und stellt eine akute Gefahr nicht nur für die Sicherheit Israels und Europas dar, sondern auch die Stabilität im Libanon. Dies ist vor allem auf die finanzielle Unterstützung in Höhe von ca. \$700 Millionen im Jahr⁴ sowie die Vermittlung moderner militärischer Fähigkeiten durch den Iran zurückzuführen.

Insbesondere die wachsenden militärischen Kapazitäten der Hisbollah bereiten der israelischen Seite Sorge.^{5/6} Seit 2006 hat die Hisbollah ein Arsenal an ca. 130.000 Raketen und Lenkflugkörpern aufgebaut,⁷ die in zivilen Gebieten stationiert werden.⁸ Ende 2018 entdeckte und zerstörte die Israeli Defense Force (IDF) Tunnelsysteme der Hisbollah, die vom Libanon in israelisches Staatsgebiet hineingebaut wurden, um in den Norden Israels zu gelangen.⁹ Im syrischen Golan haben Irans Quds-Brigaden und die

Hisbollah eine weitere Front gegen Israel eröffnet.¹⁰

Auch in puncto politische Macht hat die Hisbollah selbst nach der verheerenden Explosion im Hafen von Beirut, die über 200 Menschen das Leben kostete und für welche die Hisbollah als Kontrolleur des Beiruter Hafens die Verantwortung trägt,¹¹ nichts eingebüßt. Die Hisbollah hält zusammen mit ihren Koalitionspartnern eine Mehrheit im libanesischen Parlament,¹² ist mit Präsident Michael Aoun verbündet und hält ein effektives Veto über jegliche politischen Maßnahmen im Libanon.¹³ Zuletzt scheiterte der französische Präsident Macron am Widerstand der Hisbollah mit seinem Versuch, den Libanon aus der politischen und wirtschaftlichen Krise zu führen.¹⁴

Karte der potentiellen Reichweite der Raketen¹⁵



Israels Strategie gegen die Hisbollah

Der Aufbau einer iranischen Front gegen Israel im Golan und die Nachrüstung von Hisbollahs Raketenarsenal¹⁶ ist für Israel mit Blick auf die eigene

Sicherheit inakzeptabel. Zur Prävention setzt Israel bislang auf sporadische Luftangriffe gegen iranische Waffenlieferungen und Stellungen, militärische Abschreckung und die klare Kommunikation ihrer oben dargestellten roten Linien.¹⁷ Dennoch kann dieses Engagement Hisbollahs rechtswidrige Aufrüstung (s. UN-Resolutionen 1701¹⁸ und 1559¹⁹) langfristig nicht aufhalten. Damit steigt das Risiko einer militärischen Eskalation stetig.²⁰

In Anbetracht der gezielten Stationierung von Raketen in zivilen Gebieten und Gebäuden durch die Hisbollah muss davon ausgegangen werden, dass im Kriegsfall die Opferzahlen und Schäden an der Infrastruktur, insbesondere im Libanon aber auch in Israel, vorherige Konfrontationen zwischen Israel und Hisbollah weit übersteigen werden. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die IDF aufgrund der immensen Bedrohungslage im Eskalationsfall auf intensive und schnelle Angriffe gegen Hisbollah-Stellungen setzen müsste, um Israels Zivilbevölkerung und kritische Infrastruktur zu schützen.^{21 / 22}

Gefährdung europäischer Sicherheitsinteressen durch die Hisbollah

Hisbollahs militärische Aufrüstung und ihre aggressive Haltung gegenüber Israel gefährden auch Europas Sicherheit und regionale Interessen. Der Zusammenbruch des Libanon infolge einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der Hisbollah und Israel könnte zu einer humanitären Krise und neuen Fluchtbewegungen führen, die durch die in Libanon befindlichen syrischen Flüchtlinge weiter verstärkt werden würde. Dies würde eine zusätzliche Gefahr für Europas politische Stabilität darstellen.

Auch auf der israelischen Seite könnte es im Zuge eines Konflikts zu vielen hundert israelischen Todesopfern und Angriffen auf Israels kritische Infrastruktur wie den Ben-Gurion-Flughafen²³ oder das Atomkraftwerk Dimona kommen.²⁴ In diesem Fall wäre eine Nichteinmischung europäischer Mächte wie Deutschland schwer zu rechtfertigen: Eine direkte Konfliktbeteiligung wäre damit nicht völlig

ausgeschlossen. Europa muss auch damit rechnen, dass im Konfliktfall die jeweiligen Schutzmächte Iran und USA eingreifen würden und eine politische und wirtschaftliche Destabilisierung des Nahen Ostens sowie spürbare Schwankungen am Energiemarkt die Folgen sein können.

Neben der militärischen Gefahr sind zwei weitere Aspekte besonders hervorzuheben. Zum einen stellt Hisbollahs andauernde Aufrüstung ein Verstoß gegen internationales Recht (UN-Resolutionen 1701²⁵ und 1559²⁶) dar und untergräbt massiv die Legitimität internationaler Normen sowie des Völkerrechts. Zum anderen bedient sich die Hisbollah zur Finanzierung von globalem Terrorismus der Geldwäsche und des Drogenhandels.²⁷ Die gewaschene Summe aus dem Drogenhandel lag bereits 2015 bei mehr als einer Million Euro in der Woche.²⁸ Mit 1.050 aktiven Mitglieder bzw. Unterstützern allein in Deutschland²⁹ gefährdet die Hisbollah die Stabilität westlicher Gesellschaften sowie deren Rechtssicherheit immens. Es ist zu befürchten, dass das Betätigungsverbot in Deutschland die Terrororganisation lediglich dazu zwingt, ihren Rückzugsraum in Europa in einen EU-Staat zu verlagern, der diesen Schritt noch nicht gegangen ist. Nationale Vorstöße ohne ein EU-weites Verbot erschweren die kriminellen Machenschaften von Hisbollah zwar erheblich, können diese aber nicht nachhaltig verhindern.

Weder eine Eskalation noch ein Erstarren der Hisbollah-Iran-Achse sind im europäischen Interesse. Daher sollte Europa Israels militärische Überlegenheit in der Region fördern, Hisbollahs Entwaffnung einfordern und Libanons staatlichen Strukturen stärken. Im Konfliktfall hat Europa ein Interesse daran, diesen möglichst kurz und zu Gunsten Israels ausfallen zu lassen, um so Hisbollahs Machtmonopol im Libanon zu brechen und Irans regionale Ambitionen einzudämmen.

Fazit

Um eine Eskalation in der Region zu vermeiden, sollte der Druck auf die Hisbollah und die damit einher-

gehende Abschreckung massiv erhöht werden. Im Zuge dessen sollte die EU Israel öffentlich ihre Unterstützung im Falle einer Konfrontation mit der Hisbollah zusichern. Dafür sollten sich führende europäische Nationen wie Deutschland und Frankreich klar hinter Israels rote Linien stellen und den Iran sowie die Hisbollah vor der weiteren Aufrüstung ihres Raketenarsenals im Libanon und der Etablierung einer Front im syrischen Golan eindringlich warnen.

Israels Recht auf Selbstverteidigung, die in Anbetracht der außerordentlichen Gefahrenlage auch präventiv erfolgen könnte, sollte dabei insbesondere auch unter Nutzung der deutschen und französischen diplomatischen Kanäle gegenüber der Hisbollah und dem Iran frühzeitig unterstrichen werden. Nur mit einer klaren und breiten Unterstützung kann Israel den so gebotenen diplomatischen und militärischen Freiraum nutzen, um einen potentiellen militärischen Konflikt möglichst schnell zu beenden beziehungsweise gar nicht erst eskalieren zu lassen.

Darüber hinaus könnte ein „Policy Review“-Prozess der UN-Mission United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) sowie der UN-Resolutionen 1701 und 1559 und deren Stärkung die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung merklich minimieren. Die andauernden Schikanen der UNIFIL-Einsatzkräfte durch die Hisbollah und deren aktive Behinderung in der Ausführung ihres Mandats durch den libanesischen Staat müssen dringend beendet werden.³⁰ Die UNIFIL sollte mit einem robusten Mandat ausgestattet werden, um intensivere Inspektionen auch in zivilen Gebieten durchführen und die dortige Lagerung von Waffen verhindern zu können.³¹

Schließlich muss die EU alles daransetzen, die politische und wirtschaftliche Krise im Libanon zu beenden und die demokratischen Institutionen im Land wieder zu stärken. Dafür muss der Handlungsspielraum der Hisbollah im Libanon deutlich eingeschränkt werden. Die Einstufung dieser als Terrororganisation durch weitere europäische Nationen sowie die EU ist dabei ein zwingend notwendiger Schritt. Insbesondere sollten die Gründe für eine Einstufung der Hisbollah als Terrororganisation in Deutschland und Europa auch im Libanon selbst vermittelt werden.

Dazu gehört auch, die Ermordung von prominenten Hisbollah-Kritikern³² offen anzuprangern und wirksam zu ahnden.

REPORT 1

Hisbollahverbot: Was steht für Europa auf dem Spiel?

Bei diesem Report handelt es sich um eine Zusammenfassung des ersten Round Tables des Strasbourg Forums zu den grenzübergreifenden Tätigkeiten der libanesischen Hisbollah vom 29. März 2021. Er behandelt die dort diskutierten außen- und sicherheitspolitischen Einschätzungen und Handlungsempfehlungen.

Die Machtstrukturen der Hisbollah im Nahen Osten und Europa

Die libanesische Gruppierung Hisbollah stellt seit dem Jahr 1985 einen integralen Bestandteil des libanesischen politischen Systems und der Machtstruktur des Nahen Ostens dar. Im Laufe der Diskussion beim ersten Round Table des Strasbourg Forums wurde die über Jahrzehnte gewachsene militärische und politische Stärke der Hisbollah wiederholt betont und die außen- und sicherheitspolitischen Auswirkungen des Aufstiegs der Hisbollah diskutiert.

Mit einem Raketenarsenal von 130.000 Sprengkörpern stellt die libanesische Miliz heute eine der mächtigsten nicht-staatlichen Strukturen des Nahen Ostens dar, dessen Angriffsfähigkeiten längst nicht mehr auf den Norden Israels beschränkt sind. Im Kriegsfall ist die Hisbollah in der Lage, über einen Zeitraum von Wochen pro Tag um die 2.000 Raketen abzufeuern. Wie bereits der Libanonkrieg des

Jahres 2006 gezeigt hat, ist die Hisbollah zu weitreichenden Militärschlägen fähig. Dies schließt sogar Ziele der Handels- und Kriegsmarine ein. Auch ist die Hisbollah längst zu einer grenzübergreifend tätigen Macht geworden. Als mächtigster Arm der pro-iranischen Achse im Nahen Osten sind Angehörige der Hisbollah als Ausbilder im jemenitischen Bürgerkrieg involviert und in Kooperation mit iranischen und russischen militärischen Kräften in Syrien tätig.

In ideologischer Hinsicht stellt die Hisbollah dabei den erfolgreichsten internationalen Ableger der Iranischen Revolution dar. Die Hisbollah betrachtet den Obersten Führer der Iranischen Revolution als höchste Rechtsquelle und folgt in Fragen über Krieg und Frieden iranischen Anweisungen. Auch in logistischer Hinsicht profitiert die Hisbollah von regelmäßigen Waffenlieferungen seitens des Iran.

Neben militärischer Schlagkraft verfügt die Hisbollah über ein wirtschaftliches und soziales Netzwerk, das der Gruppierung innerhalb des Libanons eine große soziale Macht zukommen lässt. Die Hisbollah stellt für die schiitische Bevölkerung Libanons eine Art parallele soziale Organisation und Sozialstaat dar. Diese diffuse Kombination der verschiedenen Betätigungsfelder der Hisbollah stellt für Entscheidungsträger ein Dilemma dar, welches durch die zunehmend instabile innenpolitische Lage im Libanon verstärkt wird.

Gleichzeitig ist die Gruppierung für die Durchführung einer Reihe von Terroranschlägen in den letzten

Jahrzehnten verantwortlich, aus denen eine sicherheitspolitische Bedrohung Europas erwächst. Erst im Dezember 2020 wurde das Hisbollah-Mitglied Salim Ayyash vom UN-Sondertribunal für den Libanon für die Ermordung des amtierenden libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri im Februar 2005 in Abwesenheit zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. 2012 starben in Burgas sieben Menschen bei einem Anschlag der libanesischen Miliz.

In der jüngsten Zeit ist die Hisbollah in Europa jedoch einen taktisch defensiveren Kurs gefahren und hat ihre Aktivitäten verlagert. Sie nutzt den Kontinent nun in erster Linie als Rückzugsort für die Generierung von Geldquellen für den militärischen Kampf außerhalb Europas. Die Gruppierung verfügt über ein internationales Netz in der organisierten Kriminalität und ist im Drogenhandel und der Geldfälschung aktiv.

In der Diskussion wurde nicht zuletzt auf Fälle deutscher Neonazis hingewiesen, die den Libanon und die Hisbollah vor Ort besucht haben und die Gruppierung als Vorbild für ihre eigenen politischen Absichten und Aktivitäten ansehen. Auch auf diese Weise wird die das Gefahrenpotential der Terrormiliz für Europa deutlich.

Die politischen Auswirkungen eines Betätigungsverbotes für die Hisbollah

Wie die meisten Mitgliedstaaten der EU hat Deutschland bis vor kurzem zwischen einem politischen und

1

Handlungsempfehlungen

- ▶ Unterstützung eines Betätigungsverbotes der Hisbollah in weiteren europäischen Ländern sowie auf EU-Ebene.
- ▶ Aufklärung über den Aufbau des Raketenarsenals der Hisbollah und die Verhinderung der Etablierung einer neuen Front im Libanon durch die libanesischen Miliz.
- ▶ Aufbau und Stärkung der UN-Friedensmission UNIFIL im südlichen Libanon.
- ▶ Unterstützung des Libanons bei der Stärkung seiner demokratischen Institutionen.

einem militärischen Flügel der Hisbollah unterschieden. Von Expertenseite wurde diese Unterscheidung jedoch als künstlich bezeichnet. Der Generalsekretär der Hisbollah sei – in enger Abstimmung mit dem Iran – sowohl für Entscheidungen im militärischen als auch im politischen Bereich verantwortlich. Selbst seitens der Hisbollah werde die Unterscheidung als unzutreffend zurückgewiesen. Durch das im April 2020 ausgesprochene Betätigungsverbot für die Hisbollah in Deutschland wurde diese Unterscheidung zurückgenommen.

Die Diskussion über diese Entscheidung konzentrierte sich dabei zuerst auf die Frage, ob nach einem Jahr beurteilt werden könne, inwiefern zu erwartende negative Konsequenzen des Verbots eingetreten sind. Zum einen wurde vor dem Erlass des Betätigungsverbotes befürchtet, dass die diplomatischen Beziehungen Deutschlands mit dem Libanon von einem solchen Schritt beeinträchtigt werden könnten. Die letzten zwölf Monate haben jedoch bislang nicht gezeigt, dass dies berechtigt war.

Eine Beeinträchtigung des deutschen politischen Spielraumes sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar. Dies ginge auch aus dem Stand der diplomatischen Beziehungen des Libanon zu anderen Staaten mit vergleichbarer Rechtslage zur Hisbollah, wie etwa Großbritannien, hervor.

Zum anderen bestand die Befürchtung, dass ein Verbot die Hisbollah in ihren Aktivitäten zum Äußersten treiben könnte. Auch hierfür fehlen bislang triftige Hinweise. Aufgrund der instabilen innenpolitischen Lage Libanons habe die Hisbollah momentan kaum Gründe, die Macht im Land gänzlich an sich zu reißen.

Ein dritter angesprochener Punkt waren die Auswirkungen des Verbots auf die Atomverhandlungen mit dem Iran. Hier wurde angeführt, dass ein Betätigungsverbot für die Hisbollah eher positive Auswirkungen haben könnte. Durch ein solch gesetztes Signal könne der Iran ermuntert werden, in Verhandlungen über sein Atomwaffenprogramm einzutreten.

Staaten mit Hisbollah-Verbot



Diesbezüglich wurde angeführt, dass die Vorteile eines Betätigungsverbotes die Nachteile überwiegen. In Deutschland wurde der Hisbollah so ein wichtiger Raum genommen, der zur Gewinnung von Geldquellen für terroristische Aktivitäten im Nahen Osten genutzt wurde. Allerdings sei auch die Hisbollah in der Lage, ihre Finanzströme und Betätigungen innerhalb Europas zu verlagern. Aus diesem Grunde sei ein EU-weites Verbot nötig.

Auch werden durch ein Betätigungsverbot Propagandatätigkeiten der Hisbollah weiter unterbunden und vorherige Schritte wie das Verbot von Al Manaar TV in Deutschland, Frankreich und anderen EU-Staaten ergänzt.

Fazit

Im Laufe des Forums wurde betont, dass Europa sich in kommenden Jahren im Nahen Osten stärker engagieren müsse. Aufgrund der sich ändernden geopolitischen Lage und der Gewichtsverschiebung der

amerikanischen Politik hin zu Asien müsse die EU damit rechnen, ein neues Gewicht einnehmen zu müssen, um Frieden und Sicherheit in Europa und seinen Nachbarregionen zu gewährleisten. Mit Blick auf den syrischen Bürgerkrieg und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen wurde betont, dass die Stabilität beider Regionen untrennbar verbunden ist.

Die EU ist wie die Vereinigten Staaten und China eine globale Macht. Diese Tatsache müsse sich auch in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik widerspiegeln. Von französischer wie von deutscher Seite wurde nicht zuletzt betont, dass die Bedrohung der Sicherheit des Staates Israel durch die Hisbollah nicht unterschätzt und in der Ausarbeitung der europäischen Sicherheitspolitik gegenüber dem Nahen Osten bedacht werden müsse. Das erklärte Ziel der Zerstörung Israels der Hisbollah müsse ernstgenommen werden.

Auch die Rolle der UN-Friedensmission UNIFIL wurde angesprochen. Vor Ort ist UNIFIL mit der Zwangslage konfrontiert, mit Hisbollah verhandeln zu müssen. Auch hier stelle sich die Frage, wie das Mandat der Mission angepasst und gestärkt werden könne, um neuen Herausforderungen begegnen zu können.

Mit Blick auf den Strategischen Kompass der Europäischen Union, dessen Ausarbeitung im Juli 2020 vom EU-Ministerrat beschlossen wurde und im Frühjahr 2022 während der französischen Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden soll, wurden mehrere konkrete Handlungsempfehlungen an die deutsch-

französische Europapolitik formuliert. An dieser Stelle wurde betont, dass sich die parlamentarische Ebene beider Staaten aktiv an diesem Prozess beteiligen muss. Die diskutierten Themen seien zu wichtig, um sie allein Diplomaten zu überlassen.

Als entscheidend für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der terroristischen Aktivitäten der Hisbollah wurde ein entschiedeneres französisches Auftreten in dieser Sache gewertet. Die Entscheidung Deutschlands, nicht länger zwischen einem militärischen und politischen Teil Hisbollahs zu unterscheiden, wurde begrüßt. Auch Frankreich und die EU sollten die Hisbollah ganzheitlich als terroristische Organisation bewerten. Von französischer Seite wurde hierbei bemerkt, dass die französische Libanonpolitik aus historischen Gründen eine besondere ist.

Im Libanon sollte Europa die Stärkung demokratischer Institutionen erwirken, um die Bevölkerung unabhängiger von den Strukturen der Hisbollah zu machen. Gleichzeitig sollten der Hisbollah klare Grenzen aufgezeigt werden. Wirksame Abschreckungsmaßnahmen seien notwendig, um die Miliz von weiteren Eskalationsschritten in den verschiedenen Konfliktregionen abzuhalten, in denen sie tätig ist. Hier müsse Europa sich seiner Verantwortung stellen. In der Diskussion wurde herausgestellt, dass die gefestigte Machtbasis der Hisbollah ein Resultat jahrzehntelanger Gewaltanwendung ist. Dies sei eine Realität, der sich Europa bewusst sein muss.

INFO

UNIFIL

Die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) wurde ursprünglich 1978 in den Südlibanon entsendet, um den Abzug israelischer Truppen zu ermöglichen, Frieden und Sicherheit zu gewährleisten

und die legitime Regierung Libanons bei der Wiedererlangung effektiver Kontrolle über die Region zu unterstützen. Das UNIFIL-Mandat wurde 2006 nach den Zusammenstößen Israels und der Hisbollah ausgeweitet. Das Ziel war hier, die libanesischen Streitkräfte dabei zu unterstützen, das Gebiet südlich des Flusses Litani zu befrieden

und von bewaffneten Gruppierungen freizuhalten. Dazu soll die Friedenstruppe den Streitkräften bei der Sicherung der Grenzen behilflich sein. Aufgrund der wachsenden Machtstellung der Hisbollah im Südlibanon kann UNIFIL seinem Mandat derzeit nicht nachkommen.

Herausforderung Iran – Rückkehr zum JCPOA oder Neuanfang?

Der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), bestätigt mit der Resolution 2231 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen von 2015, sollte ein Garant für Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten werden.³³ Ausgehandelt wurde das Abkommen zuvor zwischen dem Iran und den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats, China, Frankreich, Russland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, sowie Deutschland und der Europäischen Union. Der Iran-Deal erfährt je nach Sichtweise eine unterschiedliche Bewertung. Die letzte US-Administration³⁴ sowie weite Teile der israelischen Politik³⁵ betrachteten den JCPOA als mangelhaft und ungeeignet, Irans Ambitionen hinsichtlich einer regionalen Vorherrschaft inkl. der Vernichtung Israels³⁶ nachhaltig zu verhindern. Die europäischen Partner des Abkommens hielten dagegen, dass ein einziges Abkommen die vollständige Einhegung Irans gar nicht leisten könne. Der JCPOA eigne sich jedoch, um das primäre Ziel der Verhinderung einer nuklearen Bewaffnung des Irans zu erreichen.³⁷ Es wurde die Hoffnung geäußert, mit dem Abkommen würde das Verhältnis zum Iran generell verbessert.³⁸

Der aktuell mehr als fragile Zustand des Abkommens kann einerseits kaum als Beleg für die ausschließlich negative Bewertung des JCPOAs herangezogen werden. Der frühzeitige Ausstieg der USA aus dem Abkommen im Mai 2018 ließ diesem kaum eine Chance, die von den Europäern erhoffte Wirkung zu entfalten. Auf der anderen Seite widerlegt das bereits vor dem Ausstieg der USA expansive Verhalten Irans in der Region die europäische Sicht auf die Vereinbarung als einen vertrauensbildenden Schritt. Das massive iranische Engagement in Syrien, Libanon, Jemen usw. wurde unter anderem durch die mit Hilfe

des JCPOA gewonnenen (darunter auch finanziellen) Handlungsspielräume ermöglicht. Der Iran verfolgte seine zuvor genannten Ambitionen sogar noch intensiver. In diesem Sinne konterkarierte das Abkommen selbst in dem kurzen Zeitraum seiner vollen Gültigkeit die Friedens- und Eindämmungsbemühungen zumindest westlicher Staaten. Im Endeffekt ergibt sich das Dilemma, dass ohne ein Abkommen kaum Vertrauen entstehen, ein eingeschränktes Abkommen aber ebenso zum Vertrauensverlust führen kann.

Es ist fraglich, wie realistisch eine Revitalisierung des JCPOA ohne weitreichende Zugeständnisse des Westens, die die Stabilität des Nahen Ostens auf ihre eigene Art und Weise bedrohen, ist. Die nachfolgend aufgeführten Fortschritte des Irans bei der Urananreicherung lassen sich zwar unter Umständen rückgängig machen. Jedoch muss davon ausgegangen werden, dass der Iran sich dies sehr teuer bezahlen ließe. Dies wiederum könnte Konsequenzen auf Nebenschauplätzen der Auseinandersetzung mit dem Iran zufolge haben, die weder Israel noch die mit dem Iran rivalisierenden arabischen Staaten akzeptieren werden.

Zentrale Herausforderungen

Nukleare Bewaffnung

Das primäre Ziel des JCPOA war die Verhinderung einer nuklearen Bewaffnung des Irans. Die massive Anhäufung von angereichertem Material,³⁹ der Beschluss des iranischen Parlaments zur Anreicherung von Uran auf 20 Prozent⁴⁰ aus dem Dezember 2020 sowie die jüngste Entscheidung im April 2021 zu einer weitergehenden Anreicherung auf 60 Prozent⁴¹ lassen kaum Zweifel daran, dass der Iran weiterhin den Aufbau nuklearer militärischer Kapazitäten anstrebt. Der JCPOA kann damit als vorläufig gescheitert betrachtet werden.

Die Folgen einer nuklearen Bewaffnung des theokratischen Regimes in Teheran wären verheerend. Damit wären nicht nur sämtliche Nachbar- und Anrainerstaaten des Irans einer permanenten lebens-

bedrohenden Gefahr ausgesetzt. Eine nukleare Bewaffnung dieser Staaten ließe sich als Reaktion kaum mehr abwenden. Damit wäre eine Aufrüstungsspirale in Gang gesetzt, die angesichts der Fülle an Konflikten in der Region einen nuklearen Schlagabtausch als möglich erscheinen lässt. Europa wäre von dieser Entwicklung sowohl direkt als auch indirekt betroffen.

Vor allem israelische Stimmen weisen darauf hin, dass es keinen Verlass auf die Abschreckungslogik des Kalten Krieges im Falle des fundamentalistischen iranischen Regimes geben kann. Die bereits im ersten Irakkrieg unter Beweis gestellte Opferbereitschaft des Irans lässt diese Einwände plausibel erscheinen.⁴²

Raketenprogramm

Die präzisen Raketenschläge auf US-amerikanische Militäreinrichtungen im Irak als Vergeltung für die Tötung von General Qasem Soleimani zu Beginn des Jahres 2020 können auch als Beweis für die fortgeschrittene Entwicklung des iranischen Raketenprogramms gelten. Das Land verfügt mittlerweile über das größte Arsenal an Kurz- und Mittelstreckenraketen im gesamten Nahen Osten. Diesen Kapazitäten wird aufgrund der im Krieg gegen Irak gesammelten Erfahrungen eine besonders hohe Bedeutung beigemessen. Auch die Entwicklung moderner Marschflugkörper und Interkontinentalraketen ist offenbar weit vorangeschritten.⁴³ Das Land verfügt bereits jetzt über Modelle, die problemlos Israel, aber auch Südosteuropa, erreichen können. Die weitere Entwicklung von ballistischen Trägersystemen, die mit Hilfe russischer, chinesischer und nordkoreanischer Erfahrung und Technik durchgeführt wird, ist ebenfalls besorgniserregend.⁴⁴

Regionale Destabilisierung und Terrorunterstützung

Die regionalen Aktivitäten des iranischen Regimes sind unter anderem darauf ausgerichtet den Druck auf arabische Staaten der Region sowie auf Israel zu erhöhen. In diesem Rahmen werden Terrororganisationen wie Hamas in Gaza sowie die Hisbollah im Libanon finanziell, logistisch und teilweise militä-

risch unterstützt.⁴⁵ Darüber hinaus unterstützt der Iran weitere Milizen im Irak⁴⁶ und steht unter dem starken Verdacht, die Huthi-Rebellen im Jemen zu fördern.⁴⁷ Letzteres ermöglichte den Huthi-Rebellen effiziente Attacken auf Ölförderanlagen in Saudi-Arabien.⁴⁸ Zusammen mit anderen Faktoren, wie dem aggressiven Vorgehen gegen internationale Handelsschiffe im Persischen Golf⁴⁹ sowie der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der direkten Nachbarstaaten des Iran,⁵⁰ festigt sich durch die iranische Proxy-Strategie das Bild einer akuten Bedrohung für die Region und darüber hinaus.

Die Vermittlung von militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten an Terrororganisationen in Gaza und im Libanon führen ebenfalls zu einer direkten militärischen Bedrohung Israels. Der massive Ausbau des Raketenarsenals der Hisbollah im Südlibanon⁵¹ und die iranische Unterstützung bei dessen Modernisierung⁵² befördern die Kriegsgefahr immens. Der Ausbau der iranischen Militärpräsenz in Syrien sowie die Stärkung der eigenen Rolle im Zuge des Stabilisierungsprozesses im bürgerkriegsgebeutelten Land stellen ebenfalls ein Sicherheitsproblem für Israel dar.⁵³ Bisher konnte Israel die Etablierung einer kritischen militärischen Kapazität des Iran in Syrien verhindern. In diesem Kontext wurde von Israel mehrfach kommuniziert, dass eine iranische Militärpräsenz an der israelischen Grenze unter keinen Umständen toleriert werden wird.

Fazit

Ein umfassendes Abkommen zur Lösung aller aufgezeigten Probleme scheint ob der komplexen geostrategischen Lage sowie der Vielzahl von beteiligten Akteuren derzeit kaum realisierbar. Es wird vielmehr eine ganzheitliche Strategie gegenüber dem Iran benötigt, um wirksam gegen die drohende atomare Aufrüstung, das Raketenprogramm sowie die Proxy-Strategie des Iran vorzugehen. Nur so kann die Stabilität der Region gesichert beziehungsweise ausgebaut werden – eine notwendige Grundlage für Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand. Diese muss neben diplomatischen Mitteln auch wirtschaftliche

und militärische Sanktionsmechanismen beinhalten, die klar gegenüber dem Iran kommuniziert werden. Darüber hinaus darf keinerlei Zweifel an der Entschlossenheit westlicher Verhandlungspartner bestehen, diese Mechanismen tatsächlich anzuwenden.

Das sich durch die Amtsübernahme des neugewählten US-Präsidenten Joe Biden bietende Momentum sollte bei der Ausgestaltung einer ganzzeitlichen Iranstrategie genutzt werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU bei dieser Gelegenheit eröffnet dabei die Chance, die transatlantischen Beziehungen wieder zu verbessern und Geschlossenheit des Westens gegenüber seinen autoritären Rivalen zu demonstrieren. Zwar tendiert die neue US-Administration dazu, das JCPOA wiederzubeleben. Es besteht jedoch die Frage, wie dies gelingen kann, ohne die sicherheitspolitischen Probleme des Nahen Ostens lediglich zu verlagern und kurzfristig aufzuschieben.

Bei der Ausarbeitung dieser gemeinsamen Strategie muss ein Fehler des vorerst gescheiterten JCPOA von Anfang an vermieden werden. Israel sowie die arabischen Staaten in der Region müssen von Beginn an aktiv eingebunden werden. Ein neuer diplomatischer Versuch zum Umgang mit dem Iran darf nicht der Versuchung unterliegen, erneut über die Köpfe

der regionalen Akteure hinweg zu entscheiden.

Dazu bedarf es eines steten und ehrlichen Austauschs mit den betroffenen Staaten. Es bedarf auch einer Offenheit gegenüber den Sorgen dieser Staaten. Iranische Drohgebärden und Vernichtungsphantasien müssen in diesem Zusammenhang ernst genommen und dürfen nicht als innenpolitisch motivierte Rhetorik abgetan werden. Insbesondere Deutschland sollte vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte einsehen, dass diese Argumentation einem jüdischen Staat nicht zu vermitteln ist. Daher muss das Abrücken des Iran von seinem Ziel der Vernichtung Israels immanenter Bestandteil jeglicher Strategie und daraus folgender Vereinbarungen sein.

Abschließend sei angemerkt, dass jede Strategie gegenüber dem Iran auch akzeptable Optionen für die aktuelle iranische Führung enthalten muss. Dem Iran muss glaubhaft vermittelt werden, dass eine Eindämmung seiner Aktivitäten im Bereich der genannten Herausforderungen auf eine Deeskalation in der Region abzielt und nicht auf Kosten seiner Sicherheit geschehen soll. Bei der Aufgabe seiner expansiven, aggressiven Außenpolitik sollten belastbare Sicherheitsgarantien an den Iran abgegeben werden. Nur so kann eine nachhaltige Lösung des Konfliktes erreicht werden.

AKTUELLES

Am 06. April dieses Jahres begannen in Wien die Gespräche mit dem Iran zur Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015. An den Gesprächen sind Delegationen aus China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, dem Iran, Russland und den USA beteiligt. Direkte Gespräche zwischen den USA und Iran finden allerdings nicht statt. Andere Delegationen fungieren hier als Vermittler. Die Gespräche wurden von Vorkommissionen in der iranischen Anreicherungsanlage Natanz begleitet. Iran vermutet hinter dem Sabotageangriff vom 11. April 2021 Israel.⁵⁴ Als Reaktion hierauf verkündete das iranische Regime am 16. April die erfolgreiche Anreicherung von Uran auf 60 Prozent in der Anlage von Natanz. Dabei kamen moderne Zentrifugen

zum Einsatz. Laut dem Atomabkommen wurde mit dem Iran eine Anreicherung von unter 4 Prozent vereinbart.⁵⁵ Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich äußerten angesichts der Verletzung des Abkommens ihre Besorgnis.⁵⁶ Aktuell dauern die Verhandlungen, die ebenso wie in der Vergangenheit unter Ausschluss von direkt vom Abkommen betroffenen und vom Iran unmittelbar bedrohten Anrainerstaaten stattfinden, noch an.

Bundesaußenminister Heiko Maas hatte im Vorfeld der Neuverhandlungen gefordert, das JCPOA durch Regelungen zur Beschränkung des iranischen ballistische Raketenarsenals zu erweitern. Ein so gestaltetes „JCPOA+“ hätte Befürchtungen der arabi-

schen Staaten und Israels bezüglich iranischer Hegemonialbestrebungen teilweise ausräumen können. Noch im Dezember 2020 sagte Maas: „Eine Rückkehr zum bisherigen Abkommen wird nicht ausreichen“.⁵⁷

Seit dem Treffen des US-Außenministers Anthony Blinken mit den E-3 Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien in Paris am 18. Februar 2021 hat die deutsche Bundesregierung diesen Standpunkt jedoch nicht wieder formuliert. Dieses Zugeständnis stellt bereits einen erheblichen Erfolg für die iranische Seite dar, sodass die Stabilität des Nahen Ostens nicht nachhaltig sichergestellt werden kann.⁵⁸

REPORT 2

Eindämmung oder Abschreckung? Die Zukunft des JCPOA und der Iran als regionale Herausforderung

Bei diesem Report handelt es sich um eine Zusammenfassung des zweiten Round Tables des Strasbourg Forums zum Wiener Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action) vom 29. April 2021. Er behandelt die dort diskutierten außen- und sicherheitspolitischen Einschätzungen und Handlungsempfehlungen zu den Neuverhandlungen des Abkommens.

Die sicherheitspolitische Bedrohung durch das iranische Atomwaffenprogramm und das Streben nach regionaler Vormacht

Das iranische Atomwaffenprogramm stellt seit den 2000ern eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit Europas und des Nahen Ostens dar. In Reaktion auf diese Gefahr hat der UN-Sicherheitsrat seit Juli 2006 durch mehrere Resolutionen Sanktionen gegen

den Iran verhängt, um den Staat zu einer Abkehr von seiner nuklearen Aufrüstung zu bewegen.

Durch das Verhängen der Sanktionen konnte ein wichtiger Anreiz für den Iran gesetzt werden, in Verhandlungen über sein Atomwaffenprogramm zu treten. Von den Teilnehmern des Strasbourg Forums wurde die Meinung vertreten, dass der erfolgreiche Abschluss des Wiener Atomabkommens im Juli 2015 ohne diese Sanktionspolitik schwer denkbar gewesen wäre.

In den vergangenen Jahren ist es zu einer ernstzunehmenden Eskalation zwischen dem Iran und den westlichen Staaten bezüglich Irans nuklearer Aufrüstung gekommen. Seit 2019 steht der Staat knapp an der Schwelle der Fähigkeit zum Bau atomarer Waffen. Internationale Übereinkünfte zur Kontrolle der iranischen nuklearen Entwicklungen werden nicht eingehalten.

Durch diese schrittweise Eskalation ist der Iran in den letzten Jahren wirtschaftlich und finanziell unter Druck geraten. Der iranische Staat sah sich gezwungen, in vielen Bereichen Kürzungen vorzunehmen. Dies schloss auch Zahlungen an Proxyorganisationen wie die Hisbollah ein: der Iran priorisierte jedoch selbst in der Krise seine finanziellen Leistungen an verbündete militärische Gruppen in der Region, obwohl die wirtschaftliche Not im eigenen Land zunahm.

Das iranische Atomwaffenprogramm stellt derzeit nicht die einzige ernste Bedrohung für die Sicher-

2

Handlungsempfehlungen

- ▶ Differenzierte Auseinandersetzung mit der expansionistischen Politik des Iran sowie der davon ausgehenden Bedrohungen für die Region.
- ▶ Umfassende Eindämmung der militärischen Tätigkeiten iranischer Proxyorganisationen.
- ▶ Einbeziehung des iranischen Mittel- und Langstreckenraketenprogramms in die Verhandlungen.
- ▶ Einbindung aller regionalen Akteure in die Nuklearverhandlungen, um eine belastbare und nachhaltige Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten zu erarbeiten.
- ▶ Vollständige Wiederaufnahme der Kontrollen der iranischen Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergie-Organisation.

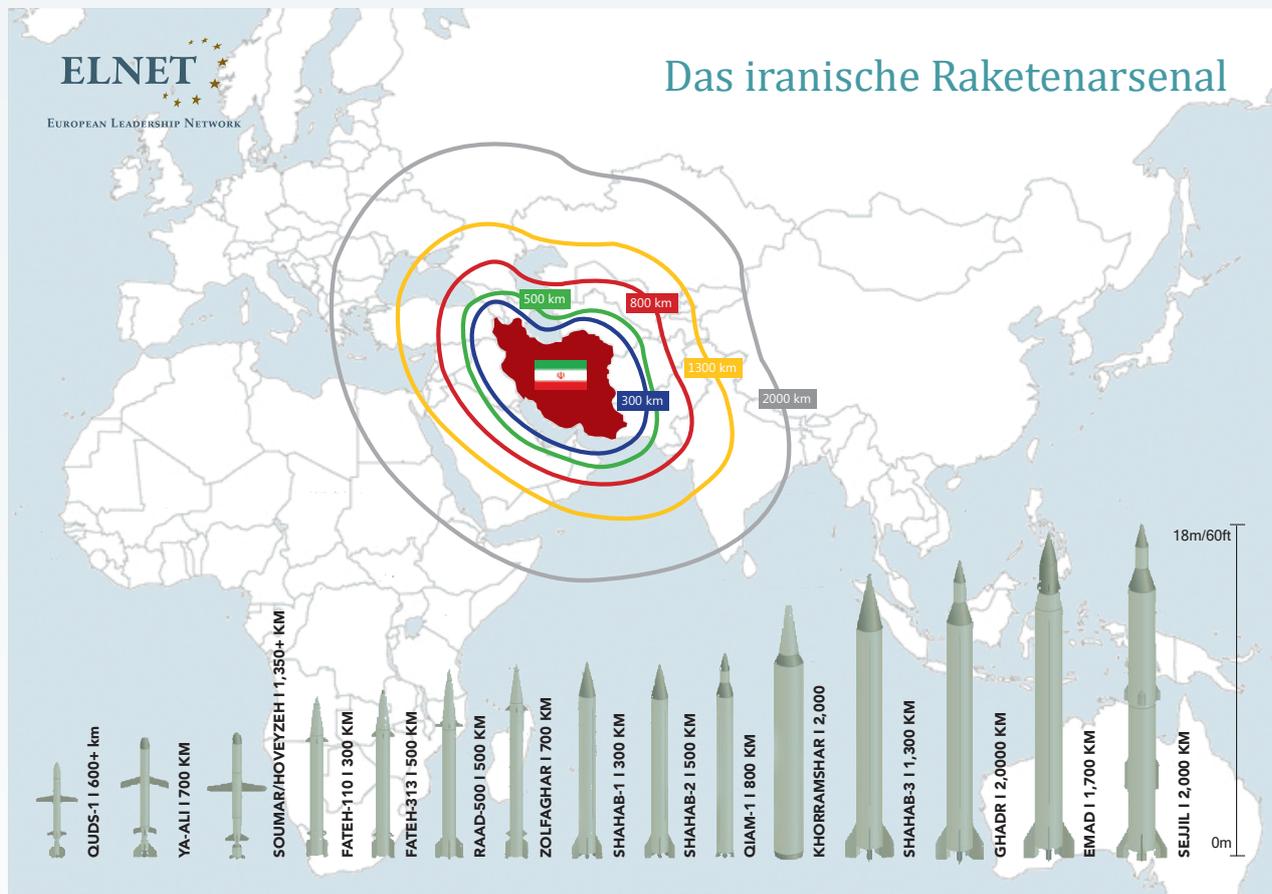
heit Europas und des Nahen Ostens dar. Regelmäßig kommt es zu Angriffen auf Saudi-Arabien durch iranische Proxykräfte. Auch andere Staaten der Region sind unmittelbar bedroht. Nukleare Waffen könnten dem Iran ein Mittel der Abschreckung geben, um diese Aktivitäten zu schützen und sogar auszubauen. Eine solche Entwicklung hätte ernste Auswirkungen auf die Stabilität des Nahen Ostens. Die konventionelle Bedrohung durch den Iran erwächst insbesondere aus seinem ballistischen Raketenprogramm, dessen Reichweite – wie auch die der iranischen militärischen Drohnen – stetig steigt.

Eine belastbare Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten

Unter den Teilnehmern des Forums bestand Einig-

keit darüber, dass eine nukleare Aufrüstung des Irans um jeden Preis verhindert werden müsse, um die Stabilität im Nahen Osten sicherzustellen. Zudem würde das Ziel der Nichtverbreitung atomarer Waffen unterminiert. Dies allein sei für Europa inakzeptabel. Darüber hinaus werde eine Destabilisierung der Region auch direkte Auswirkungen auf Europa haben. Alle Seiten hätten so ein Interesse an Stabilität. Es gehe darum, eine Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten zu finden, die auch im positiven Sinne den Iran erfasst.

In Bezug auf das JCPOA hieß es von mehreren Seiten, dass das Abkommen selbst in seiner jetzigen Form besser sei als kein Abkommen. Im gleichen Atemzug wurde jedoch gefordert, die Begrenzung nuklearer Forschung seitens des Iran zu forcieren und



die Nichteinhaltung des Abkommens durch den Iran zu beenden. Das Abkommen sei zwar notwendig, jedoch nicht hinreichend: Ergänzungen in weiteren Bereichen müssten folgen.

Die Bedrohung der regionalen und überregionalen Sicherheit durch das iranische Expansionsstreben sollte jedoch nicht auf den Besitz von Atomwaffen reduziert werden. Die Verhinderung der nuklearen Aufrüstung könne daher nur ein erster Schritt sein. Insbesondere müsse die Frage der ballistischen Mittel- und Langstreckenraketen behandelt werden.

Näher diskutiert wurde auch, inwiefern ein „JCPOA+“ unter Einbeziehung der Frage nach ballistischen Raketen zu diesem Zeitpunkt möglich sei. Hier bestanden zwei Sichtweisen, die sich in ihrer zeitlichen Sequenzierung unterschieden. Während die eine Seite die zwei Fragen gebündelt in Verhandlungen mit dem Iran geregelt wissen möchte, hieß es andererseits, dass Verhandlungen über Mittel- und Langstreckenraketen bessere Aussichten auf Erfolg hätten, nachdem eine Einigung über die atomare Rüstung getroffen ist.

Es wurde angeführt, dass eine erfolgversprechende Verhandlungsstrategie sich auf noch in der Entwicklung befindende Raketensysteme wie das Khoramshahr-Programm konzentrieren könnte. Zugeständnisse in diesem Bereich würden dem Iran verhältnismäßig leichter fallen. So könnte ein entscheidender Schritt zu mehr Sicherheit im Nahen Osten getan werden. Dazu wurde angemerkt, dass iranische Proxyakteure bereits über eigene fortgeschrittene Fähigkeiten zur Produktion von ballistischen Raketen verfügen. So seien selbst Präzisionszielraketen für diese Akteure mittlerweile herstellbar. Dies müsse bei etwaigen Verhandlungen bedacht werden.

Insbesondere von deutscher Seite wurde betont, dass Wege gesucht werden müssen, weitere regionale Akteure in die Verhandlungen mit dem Iran einzubinden. So könne bestehenden Wünschen in der Region Rechnung getragen werden. In eine ähnliche Richtung zielte der Vorschlag, dass durch den Aufbau einer internationalen Organisation wie der OSZE

in Europa eine Institutionalisierung des sicherheitspolitischen Austausches zwischen allen Seiten im Nahen Osten gefördert werden könnte. Europa habe während des Kalten Krieges enorm von der Existenz der OSZE profitiert: Dieses Beispiel könnte auch in anderen Regionen Anwendung finden.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte der Verhandlungen mit dem Iran wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass der durch das Abraham-Abkommen neu entfachte wirtschaftliche Aufschwung in der Region den Anreiz zu kooperativerer Politik für den Iran erhöhen könnte. Die Aussicht auf Teilhabe an diesem Aufschwung könnte den Iran verleiten, Kompromisse einzugehen.

Eine deutsch-französische Strategie für den Nahen Osten?

Ein ausgiebig diskutierter Aspekt der Debatte beschäftigte sich mit der Frage der zukünftigen politischen strategischen Abstimmung Deutschlands und Frankreichs in Bezug auf den Nahen Osten. Die Zeiten der durch amerikanische Politik abgesicherten Stabilität seien vorbei, sodass die beiden führenden Staaten der Europäischen Union gemeinsam mehr Verantwortung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen müssten.

Hier wurde angeführt, dass die Bewegungsfreiheit der beiden Staaten und Europas durch eine klarere Definition gemeinsamer Interessen erhöht werden müsse. Von französischer Seite wurde nachdrücklich betont, dass es innerhalb der Europäischen Union zum jetzigen Stand einen ausgeprägten Mangel an strategischem Bewusstsein gebe. Eine gemeinsame strategische Kultur Europas oder selbst Deutschlands und Frankreichs sei derzeit nicht erkennbar. Hier wurde das Bestreben des französischen Präsidenten Emmanuel Macron hervorgehoben, einen europäischen Konsens zur nuklearen Abschreckung zu entwickeln. Eine gemeinsame Doktrin sei hier vonnöten. Genauso brauche es eine gemeinsame Einschätzung bestehender strategischer Gefahren. Der Fall der Verhandlungen über ein Nuklearabkommen mit dem Iran über das Atomprogramm zeige dies einmal mehr.

Das Abraham- Abkommen – Europas Rolle als zögernder Zuschauer

In der zweiten Jahreshälfte 2020 wurden vier bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet, die als Abraham-Abkommen in die Geschichte eingehen. Sie tragen jeweils zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain, Marokko sowie dem Sudan bei.

Ohne Zweifel ist dies nach Jahrzehnten des politischen Stillstandes eine bemerkenswerte Entwicklung zwischen Israel und der arabischen Welt. Das Abkommen bedeutet nicht weniger als eine Abkehr der Arabischen Liga von ihrer Doktrin, dass eine Anerkennung Israels nur nach einer Lösung des israelisch-Palästinensischen Konflikts in Frage kommt.⁵⁹ Das Abkommen hat das Potenzial einen zentralen Beitrag für Frieden und Wohlstand im Nahen Osten zu leisten und Stabilität in die konfliktgeprägte Region zu bringen.

Dennoch waren insbesondere in Europa kritische Stimmen zu hören, die sich auf vermeintlich negative Auswirkungen konzentrierten, geringe Umsetzungschancen sahen oder das Abkommen lediglich als ein innenpolitisch motiviertes Instrument des amerikanischen Präsidenten Trump und des israelischen Premierministers Netanjahu abtaten.⁶⁰ Auch die neue Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt im Mai 2021 wurde als Zeichen gesehen, dass das Abkommen entweder gescheitert sei oder von Anfang an bedeutungslos war.⁶¹

Das Abraham-Abkommen ist zunächst eine Absichtserklärung zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain, den Frieden im Nahen Osten und auf der ganzen Welt zu erhalten und zu fördern. Die angestrebte friedliche Koexistenz der

verschiedenen Religionen wird allein durch den Titel besonders unterstrichen, der auf Abraham, den Stammesvater der drei großen monotheistischen Weltreligionen Christentum, Judentum und Islam Bezug nimmt.⁶² In den einzelnen bilateralen Verträgen zwischen Israel und Bahrain⁶³ sowie Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten⁶⁴ werden zudem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie detaillierte wirtschaftliche Kooperationsvereinbarungen getroffen. Während die Verträge mit Bahrain und den VAE bereits am 15. September 2020 unterzeichnet wurden, kam die Normalisierungsvereinbarung zwischen Israel und dem Sudan am 23. Oktober 2020 dazu.⁶⁵

In diesem Vertrag wurde zusätzlich vermerkt, dass der Sudan von der amerikanischen Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus gestrichen wird. Ein Schritt, den auch die Bundesregierung befürwortet.⁶⁶ Über die Unterzeichnung des Abkommens mit Marokko wurde die Öffentlichkeit am 10.12.2020 informiert. Im Kontext des Normalisierungsprozesses mit Israel erklärten sich die USA bereit, Marokkos Souveränität über die Westsahara anzuerkennen.⁶⁷

Abkehr von der kategorischen Ablehnung

Die Tragweite dieser vier Normalisierungsabkommen erkennt man durch einen Blick auf die Geschichte der Region: 1967 formulierte die Arabische Liga in der Khartum-Resolution die drei bekannten „Neins“ – Nein zum Frieden mit Israel, Nein zur Anerkennung Israels, Nein zu Verhandlungen mit Israel. Deren Abschwächung wurde zuletzt in der Arabischen Friedensinitiative von 2002 durch die Bindung an Konditionen beschlossen.

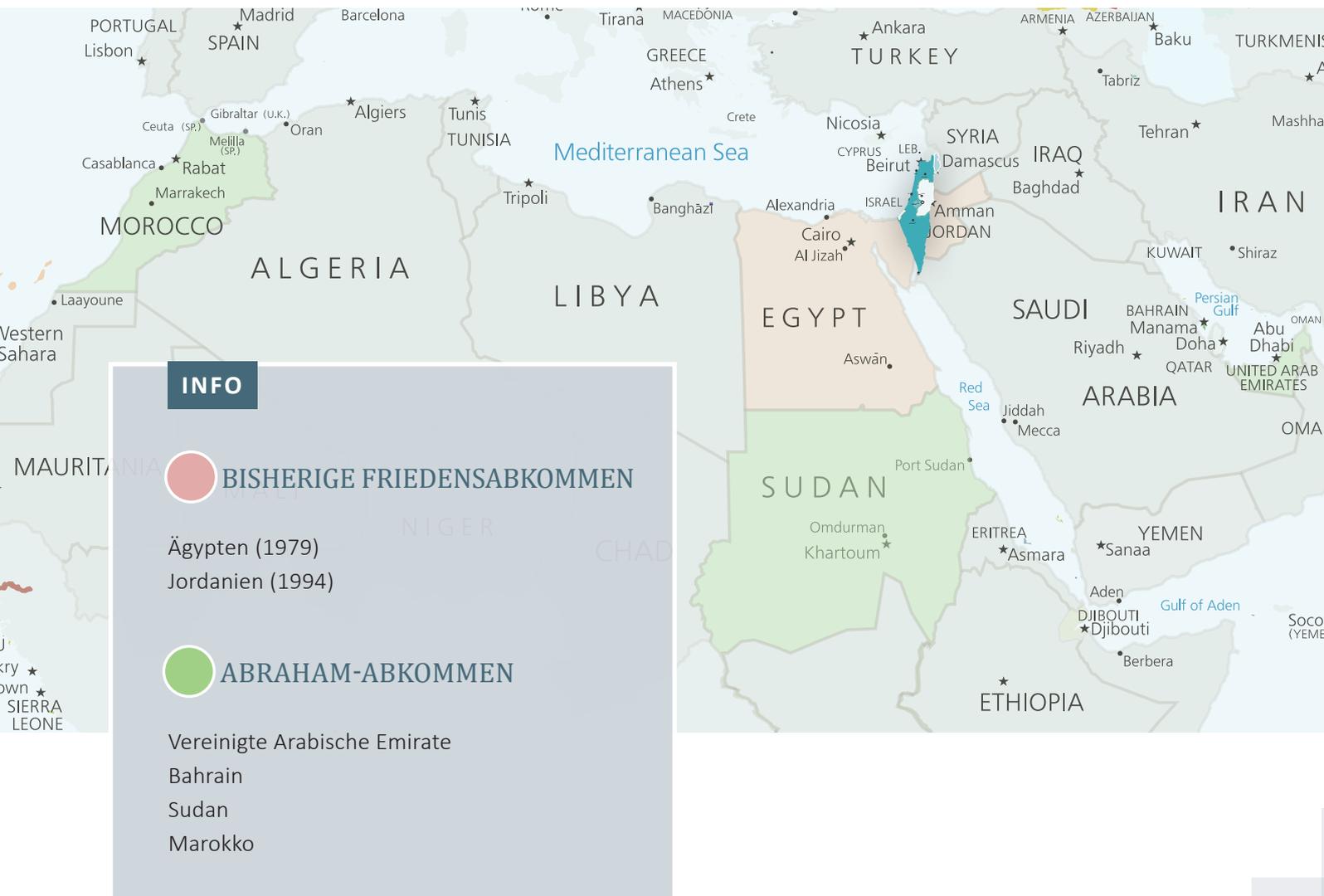
Deutliche Anzeichen der Annäherung zwischen den VAE, Bahrain und Israel erkannten Beobachter bereits bei der Vorstellung des von den USA entwickelten Nahost-Friedensplans „Peace to Prosperity“ im Januar 2020. Bei der Verkündung des „Deal of the Century“, wie er von US-Präsident Donald Trump genannt wurde, waren bereits die Botschafter der VAE und Bahrains anwesend. Der Friedensplan sah jedoch eine Annexion Ostjerusalems, des Jordantals sowie bestehender jüdischer Siedlungen im West-

jordanland vor. Daraufhin folgte im Juni 2020 ein in der größten hebräischen Tageszeitung Israels „Jediot Ahronot“ veröffentlichter Artikel des emiratischen Botschafters in Washington. In diesem warnte Botschafter Yousef al Otaiba eindringlich vor einer Annexion von Teilen des Westjordanlandes, pries jedoch gleichzeitig die Vorteile einer Annäherung zwischen Israel und den VAE an.⁶⁸

Die Tatsache, dass sich ein offizieller Vertreter eines arabischen Staates öffentlich für eine enge Kooperation mit Israel aussprach, war bis zu diesem Zeitpunkt beispiellos. Nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Artikels folgte die Unterzeichnung des Abraham-Abkommens.

Jahrzehntelange diplomatische Arbeit

Die Glaubwürdigkeit des Abraham-Abkommens wurde in Europa offen infrage gestellt. Sei es, weil es unter US-Präsident Donald Trump erreicht wurde, oder weil es sich hierbei vermeintlich gar nicht um ein echtes Friedensabkommen handeln könne. Schließlich haben sich die VAE und Bahrain niemals im Krieg mit Israel befunden.⁶⁹ Kritiker sehen auch eine Mogelpackung hinter der Verkündung der VAE, dass man die Annexionsabsichten Netanjahus durch das Abraham-Abkommen erfolgreich gestoppt habe. Denn scheinbar hatte es von Seiten der USA zu keinem Zeitpunkt eine finale Zustimmung für einen solchen Schritt gegeben.⁷⁰



Die formalisierte Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den VAE geht tatsächlich auf jahrzehntelange diplomatische Bemühungen zurück. Der heutige Botschafter des Staates Israel in Deutschland, Jeremy Issacharoff, begann 1994 als israelischer Botschaftsmitarbeiter in Washington D.C. eine erste vorsichtige diplomatische Annäherung an die Vereinigten Arabischen Emirate. Damals mühten sich die VAE, amerikanische Rüstungsgüter zu erstehen und wollten diesen Kauf von Israel absegnen lassen.⁷¹ Ein regelmäßiger Austausch folgte seitdem.

Das Abkommen ist somit ein Erfolg jahrzehntelanger diplomatischer Bemühungen. Trump und Netanjahu ist es gelungen, zum richtigen Zeitpunkt engagiert zu bleiben und die Früchte der Arbeit ihrer Vorgänger zu ernten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kooperationsvereinbarungen über Wirtschaft, Tourismus sowie den Flugverkehr ist natürlich nicht aus altruistischen Gründen erfolgt, sondern aus Interessenspolitik.⁷²

Die sunnitisch-arabischen Staaten und Israel verbindet außerdem ein gemeinsamer Gegner: der Iran. Seitdem der Iran in Folge des arabischen Frühlings und dem Abschluss des Wiener Atomabkommens (JCPOA) seine Vormachtstellung im Irak, Syrien, Libanon und Jemen ausbaute und sich die USA mehr und mehr aus der Region zurückziehen, bietet sich das militärisch und technologisch starke Israel zunehmend als Verbündeter an.⁷³ Die sicherheitspolitische Bedrohung der Region durch den Iran wird in Europa bis heute systematisch unterschätzt. Die verfehlte Iran-Politik Europas und der Obama-Regierung kann sogar als einer der Gründe für die Annäherung zwischen Israel und seinen sunnitischen Nachbarstaaten gesehen werden.⁷⁴

Zurückhaltung in Europa

Die Annäherung arabischer Staaten und Israels sollte eigentlich im Interesse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten liegen. Besonders Deutschland wird nicht müde zu betonen, dass die israelische Sicherheit Teil deutscher Staatsräson ist und sollte deshalb eine Normalisierung der Beziehungen unterstützen und fördern.

Europa nimmt jedoch bisher eine sehr zögerliche Rolle ein. Einer der Hauptgründe hierfür ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Die Sorge ist groß, dass das Abraham-Abkommen den Trend weg von der Zwei-Staaten-Lösung befeuert und Israel nun noch weniger Veranlassung sehe, in direkte Verhandlungen mit den Palästinensern zu treten.

Es wird außerdem gerne übersehen, dass auf palästinensischer Seite seit Jahren ein legitimer Verhandlungsführer fehlt. Präsident Mahmut Abbas wurde zwar 2006 gewählt, regiert aber seit 2009 nur noch per Dekret. Angesetzte Wahlen wurden seitdem immer wieder verschoben. Auch die für 2021 angekündigten palästinensischen Parlamentswahlen haben erneut nicht stattgefunden. Weiter zu warten, bis es auf palästinensischer Seite einen legitimen Verhandlungsführer gibt, ist angesichts der mageren Aussichten auf Veränderung keine wirkliche Option. Die auf Israel gerichteten Raketenangriffe im Mai 2021 zeigten außerdem mehr als deutlich, dass die im Gazastreifen regierende Hamas kein Interesse an einer friedlichen Lösung mit Israel hat und weiterhin nicht gewillt ist, die Existenz eines jüdischen Staates anzuerkennen.

Vor diesem Hintergrund muss deshalb die Frage gestellt werden, inwiefern die seit der Madrider Konferenz (1991) aktiv verfolgte Zwei-Staaten-Lösung überhaupt noch in die Zeit passt. Um eine nachhaltige Rolle in der Nahostpolitik spielen zu können, muss sich Europa der Situation vor Ort stellen und aktiv mitgestalten, was in Israel und dem Westjordanland zusätzlich zur Zwei-Staaten-Lösung schon lange diskutiert wird: alternative Lösungsansätze.⁷⁵ Nur so kann die EU und die internationale Staatengemeinschaft gegenüber den lokalen Akteuren ihre Ernsthaftigkeit in der Sache signalisieren.

Verantwortung und Chance zugleich

Das Abraham-Abkommen hat das Potential, die Herausforderungen der Region neu zu ordnen. Zumindest politisch hat er aus Sicht einer zunehmenden Zahl arabischer Staaten offenbar bereits nicht mehr oberste Priorität. Langfristig könnte die Normalisierung der Verhältnisse zu den arabischen Staaten ge-

nutzt werden, um die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlung wieder ins Rollen zu bringen (siehe Kasten).

Die Friedensabkommen zwischen Israel und vier arabischen Staaten verändert außerdem das Mächteverhältnis im Nahen Osten bedeutend. Den regionalen Hegemoniebestrebungen des Irans steht nun eine neue geformte Interessenallianz entgegen, die den Handlungsspielraum der iranischen Regierung signifikant einschränkt. Das Abraham-Abkommen bietet deshalb auch für Europa die Chance, der wachsenden sicherheitspolitischen Bedrohung durch den Iran entschiedener zu begegnen und die Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten sicherzustellen.

Europa scheint jedoch bislang in einer Position des Zweifels zu verharren und verpasst womöglich das Momentum, welches das Abraham-Abkommen

mit sich bringt, sowie die Chance, politischer Verantwortung nachzukommen und eigene Interessen im Nahen Osten zu verfolgen. Angesichts der Tatsache, dass die neue US-Regierung unter Präsident Joe Biden sich außenpolitisch zunehmend anderen Regionen zuwendet⁷⁶ sowie des sich seit Jahren zuspitzenden Kalten Krieges zwischen dem Iran und Saudi-Arabien ist dies zusätzlich brisant.⁷⁷

Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik sollte daher die durch das Abraham-Abkommen in die Wege geleiteten geopolitischen Veränderungen im Nahen Osten reflektieren und deren positiven Effekte zu verstärken suchen. Insbesondere Deutschland und Frankreich sollten sich auf ihre diplomatische Stärke und ihren guten internationalen Ruf besinnen und den begonnenen Normalisierungsprozess aktiv mitgestalten: Weg vom Zuschauer – hin zum politisch gestaltenden Akteur.

INFO

ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHER KONFLIKT

Nach wochenlangen Spannungen in Jerusalem eskalierte die Situation am Abend des 10. Mai 2021. Die Hamas und der Islamische Dschihad feuerten insgesamt über 4.000 Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel ab.⁷⁸ Erst nach nahezu zwei Wochen andauernder Kämpfe konnte eine Waffenruhe erzielt werden.

Die neuste Eskalation kann in Teilen auch als Resultat der Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Staaten gesehen werden. Die Ausschreitungen können als Versuch gewertet werden den israelisch-palästinensischen Konflikt wieder in Mittel-

punkt des regionalen Machtkampfs zu stellen und einen Keil zwischen Israel und seine neuen Partner zu drängen.⁷⁹

Doch auch wenn Kritik seitens der VAE, Bahrain, Marokko sowie dem Sudan zu den israelischen Gegenmaßnahmen laut wurde, ist keines der Länder bereit die Kooperation mit Israel abubrechen.⁸⁰ Beobachter bewerten die geäußerten Statements zudem lediglich als PR-Instrumente, die darauf abzielten, die eigene Bevölkerung, die der palästinensischen Nationalbewegung oft zugewandt ist, zu besänftigen.⁸¹

Tatsächlich zeigt der Konflikt jedoch auch die Schwachstellen der Normalisierungsvereinbarungen auf, aber auch deren Wert. Das Abkommen ist zuallererst kein israelisch-palästinensischer Friedensvertrag. Es hat jedoch Potential, langfristig die Voraussetzungen zu schaffen, die Erarbeitung eines solchen Friedens zu fördern.⁸²

Der Druck auf die palästinensischen Behörden, an den Verhandlungstisch mit Israel zurückzukehren, wächst. Außerdem können Israels neue arabische Partner ihren Einfluss nutzen, um die palästinensische Regierung dazu zu bewegen, eine friedliche Konfliktlösung mit Israel zu suchen. Erste Schritte in diese Richtung zeigten sich bereits während der neusten Eskalation des Konflikts, als die VAE ihre finanzielle Unterstützung für den Gazastreifen davon abhängig machten, dass die Hamas weitere Ausschreitungen vermeide.⁸³

Das Abraham- Abkommen: Ein Weg zum Frieden im Nahen Osten?

Bei diesem Report handelt es sich um eine Zusammenfassung des dritten Round Tables des Strasbourg Forum vom 01. Juni 2021. Er behandelt die dort diskutierten außen- und sicherheitspolitischen Einschätzungen der im Jahr 2020 zwischen Israel und vier arabischen Staaten abgeschlossenen Abraham-Abkommen und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen für Europa.

Enge diplomatische Beziehungen zwischen arabischen Staaten und Israel waren lange undenkbar. Jahrzehntlang hielt die Arabische Liga an ihrer Doktrin fest, dass eine Anerkennung des Staates Israels an eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gebunden sei. Als Israel in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2020 Friedensverträge mit den

Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain, Marokko sowie dem Sudan abschloss, stellte dies eine Kehrtwende in den Beziehungen dar.

Der durch die Abraham-Abkommen verstärkte Normalisierungsprozess arabischer Staaten mit Israel wurde von den Teilnehmern des dritten Strasbourg Forums durchweg positiv bewertet und als möglicher Katalysator für mehr Stabilität und Sicherheit im Nahen Osten identifiziert. Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Aufnahme von Beziehungen zwischen Israel und den VAE, Bahrain, Marokko und dem Sudan das Mächteverhältnis in der Region grundlegend verändert. Dadurch entstehe eine neue Dynamik, die langfristig eine Tür für weiteren Annäherungen arabischer Länder an Israel öffne.

Die Hintergründe

Ein Aspekt der Debatte beschäftigte sich mit den Hintergründen, die zum Abschluss der vier Friedensverträge führten. Ein Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren wurde hierbei sichtbar.

Von Expertenseite wurde darauf hingewiesen, dass sich die Abkommen von den vorangegangenen Friedensabkommen zwischen Israel, Jordanien und Ägypten unterscheiden. Zuerst gab es zwischen den vier Staaten der Abraham-Abkommen und Israel nie einen direkten Konflikt. Erste Schritte hin zu einer Normalisierung wurden bereits Mitte der neunziger Jahre unternommen und wurden sukzessiv ausgebaut. Während das israelische Abkommen mit Ägypten und Jordanien auf Regierungsebene entschieden wurde (G2G), hat nun das Abraham-Abkommen die Basis für die persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den jeweiligen Ländern geschaffen. Die Staaten verbinde außerdem das gemeinsame Ziel, dauerhafte Beziehungen aufzubauen. Die Aufrechterhaltung des Abkommens trotz der erneuten Eskalation des Konflikts zwischen der Hamas und Israel im Mai 2021 wurden als Bestätigung hierfür gewertet.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass legitime ökonomische und sicherheitspolitische Interessen die treibende Kraft hinter den Abkommen waren. Als einer der größten Antriebsfaktoren für die

Handlungsempfehlungen

3

- ▶ Anerkennung der neuen Realitäten im Nahen Osten, die durch das Abraham-Abkommen entstanden sind sowie ein entsprechendes Umdenken bei neuen strategischen Vorstößen.
- ▶ Definition einer europäischen Antwort auf das Abraham-Abkommen und daraus folgende Maßnahmen zur Förderung weiterer Friedensabkommen.
- ▶ Europäische Unterstützung bei der Schaffung einer belastbaren Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten.
- ▶ Aktive europäische Unterstützung der tieferehenden wirtschaftlichen Kooperation und Integration der Region.

Aufnahme von Beziehungen arabisch-sunnitischer Staaten mit Israel wurde die gemeinsame Bedrohung durch den Iran betont. Die Gefahr einer möglichen nuklearen Aufrüstung und die aggressiven iranischen Expansionsbestrebungen in der Region verbinde die ehemaligen Kontrahenten. Außerdem herrsche wenig Vertrauen darin, dass die US-amerikanische und europäische Politik gegenüber dem Iran die Sicherheit in der Region garantieren könne.

Die erheblichen Zugeständnisse seitens der damaligen US-Regierung unter Präsident Donald Trump, wie die Anerkennung der Westsahara als integralen Teil des Staatsgebiets des Königreichs Marokko, und Israels Zustimmung zur Lieferung von 35 Kampfjets an die VAE wurden ebenfalls als ausschlaggebend für das Abkommen bewertet. Einige Teilnehmer vertraten daher die Position, dass die Aufnahme offizieller Beziehungen vor allem auch auf nationaler Interessenpolitik basiere.

Im Laufe der Diskussion wurde jedoch immer wieder betont, dass unabhängig von den unterschiedlichen Entwicklungen und Hintergründen, die zu den Abkommen führten, die Normalisierung der Beziehungen ein wichtiger Schritt sei. Jedes Friedensabkommen trage zur Stabilität in der Region bei und ebne den Weg für eine friedliche Koexistenz zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.

Auswirkungen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt

Besonders von deutscher Seite wurde auf die möglichen Konsequenzen für die israelisch-palästinensischen Beziehungen hingewiesen. Momentan finde eine Normalisierung ohne Einbeziehung der palästinensischen Bevölkerung statt.

Um Frieden und Stabilität in der Region nachhaltig sicherzustellen, sei es wichtig, die palästinensische Bevölkerung langfristig in die Abkommen miteinzubeziehen. Hierfür sei es zuallererst jedoch notwendig, demokratische Wahlen in den palästinensischen Gebieten zu ermöglichen und die Legitimität der dortigen Regierung zu stärken.

Gleichzeitig wurde im Rahmen der Diskussion ange-

regt, die wirtschaftliche Kooperationen auszubauen, um die palästinensische Autonomiebehörde am ökonomischen Aufschwung teilhaben zu lassen. Der Fokus sollte hier auf den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung liegen, um diese in den Friedensprozess zu integrieren. Damit könne die Stimmung innerhalb der Gesellschaft zum Positiven beeinflusst, und ein dauerhafter Frieden zwischen der israelischen und palästinensischen Bevölkerung erzielt werden.

Eine Voraussetzung dafür sei es jedoch, dass sich beide Seiten willig zeigen, eine Lösung des Konflikts zu finden. Dafür müsse die palästinensische Regierung an den Verhandlungstisch zurückkehren und bereit sein, die Realitäten vor Ort zu akzeptieren. Gleichzeitig wurde hinterfragt, inwieweit eine Zweistaatenlösung überhaupt noch umsetzbar sei und stattdessen andere Konfliktlösungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden sollten.

Die Rolle Europas

Ein weiterer zentraler Punkt des dritten Strasbourg Round Tables war der Einfluss, den Europa zukünftig auf den Normalisierungsprozess zwischen Israel und den arabischen Staaten ausüben kann. Die bisherigen Friedensabkommen wurden durch die Vermittlungen der USA angestoßen, ohne dass Europa eine Rolle dabei spielte. Die Reaktionen auf die von Donald Trump als außenpolitischen Coup gefeierten Abkommen blieben in Europa entsprechend weitgehend verhalten.

Hier wurde während der Debatte darauf hingewiesen, dass Europa die durch das Abraham-Abkommen angestoßenen Entwicklungen verpasst habe. Umso wichtiger sei es daher, dass die Europäische Union und die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten fortan ihr ganzes politisches Kapital einsetzen, um die Normalisierung der Beziehungen zu unterstützen. Deutschland und Frankreich können hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Es sei jedoch entscheidend, dass die EU mit einer Stimme spreche und eine gesamt-europäische Nahostpolitik verfolge.

Besonders im israelisch-palästinensischen Konflikt könne Europa eine vermittelnde Rolle übernehmen. Von deutscher und französischer Seite wurde wieder-

holt betont, dass der Frieden langfristig nur durch Anwendung eines Bottom-Up-Ansatzes sichergestellt werden kann und das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung hierbei im Mittelpunkt stehen müsse. Hierfür sei es jedoch wichtig, eine offene Diskussion über verschiedene Konfliktlösungsmöglichkeiten zu führen, die an die Osloer Friedensverträge von 1993 anknüpfen, aber auch die neu geschaffenen Realitäten und Positionen der Akteure vor Ort berücksichtigen.

Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass das Ab-

raham-Abkommen weder mit Erwartungen überfrachtet noch unterschätzt werden darf. Die Annäherungen zwischen Israel und den VAE, Bahrain, Marokko sowie dem Sudan stelle zwar nur einen ersten Schritt dar, könne aber die Vertiefung friedlicher Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern positiv bedingen. Im Hinblick auf die gemeinsamen Werte der Europäischen Union und Israels sollte Europa diese Entwicklungen in Zukunft mit Nachdruck unterstützen. Die Tür für eine weitgehende und nachhaltige Stabilisierung des Nahen Ostens steht weit offen.

SUMMIT REPORT

Strategien für Nahost: Was sollte der Strategische Kompass der EU leisten?

Bei diesem Report handelt es sich um eine Zusammenfassung des abschließenden Summits im Rahmen des Strasbourg Forums vom 01. Juli 2021. Er behandelt die dort diskutierten außen- und sicherheitspolitischen Einschätzungen und Handlungsempfehlungen zur europäischen Politik gegenüber dem Nahen Osten.

Neue Strategien für die europäische Nahostpolitik

Der Nahe Osten steht vor dem Umbruch. In mancherlei Hinsicht sind die Entwicklungen der letzten zwölf Monate positiv zu bewerten. Mit dem Abraham-Abkommen, welches die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain, Marokko und Sudan umfasst, ist ein entscheidender Schritt zur Stabilisierung der Region getan. Gleichzeitig wurde damit der Grundstein für eine neue Sicherheitsarchitektur gelegt. Dabei stellen eine mögliche atomare Aufrüstung durch den Iran sowie die innenpolitische Destabilisierung

ganzer Staaten durch iranische Proxykräfte eine zunehmende Bedrohung für den Nahen Osten dar.

In diesem Kontext bewegten sich die Diskussionen des Summits zum Strasbourg Forum, eingeleitet durch zwei Beiträge von Ursula Groden-Kranich MdB und Christophe Arend MP. Ursula Groden-Kranich betonte im Hinblick auf die vergangenen drei Round Tables, dass Europa seine Politik gegenüber dem Iran neu justieren müsse. Die Wahl Ebraim Raisis habe gezeigt, dass die reaktionären Kräfte des Landes stärker werden. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der vom Iran ausgehenden Bedrohung sei notwendig. Die Wahl von Joe Biden würde einen notwendigen Schulterchluss zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zudem erleichtern.

Christophe Arend schloss sich diesen Ausführungen an: Er betonte die Qualität des deutsch-französischen Austausches zur Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere auf parlamentarischer Ebene. Die Einbindung der jeweiligen Parlamente sei Teil eines Bottom-up-Ansatzes, ein wesentlicher Erfolgsfaktor, ohne den Frieden nicht erreicht werden könne. In Europa, wo lange eine Top-down-Politik dominierte, habe die deutsch-französische Versöhnung Zeit gebraucht. Wenn man heute die Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen berücksichtige, sei es möglich, den Friedensprozess im Nahen Osten zu beschleunigen. In zwei Impulsbeiträgen gaben der Regionaldirektor Naher Osten und Nordafrika des Auswärtigen Amtes, Botschafter Dr. Christian Buck, und sein französischer Amtskollege, Regionaldirektor Christ-

ophe Farnaud, Einschätzungen zur aktuellen Nahostpolitik.

Botschafter Dr. Buck betonte angesichts der Eskalation zwischen Israel und der Hamas im Mai 2021 die Wichtigkeit des Dialogs in der Region. So sei das Format mit Ägypten und Jordanien ein wichtiger Impuls, den die französische und deutsche Nahostpolitik gemeinsam setzen würde. Ausdrücklich betonte er die deutsche Unterstützung für Israels Recht auf Selbstverteidigung und gab an, dass es für den Abschuss von rund 4.000 Raketen auf Israel durch die Hamas keinerlei Rechtfertigung gebe. Im Hinblick auf die Situation in Jerusalem sprach er sich für die Berücksichtigung des Status Quos aus und kritisierte den Ausbau israelischer Siedlungen.

Christophe Farnaud sah die europäische Politik in seinem Beitrag in der Pflicht, die regionalen Veränderungen im Nahen Osten aktiv mitzugestalten, statt sie lediglich passiv anzunehmen. Die Probleme im Zusammenhang mit dem Nahen Osten dürften nicht außer Acht gelassen werden. Der Nahe Osten sei eine wichtige strategische Region für Europa, nicht nur aufgrund ihrer geografischen Nähe, sondern auch wegen der von regionalen Kräften ausgehenden terroristischen Bedrohung. Auch das Thema Migration müsse berücksichtigt werden. In vielerlei Hinsicht spiele Europa mit seiner Nachbarschaftspolitik bereits eine aktivere Rolle als es vielfach wahrgenommen würde. Nicht zuletzt durch die Verfolgung einer in zwei Richtungen fordern- den Vermittlungsrolle im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern sei dies der Fall. Wie Dr. Buck sah er in dem als München- oder Amman-Gruppe bekannten Zusammenschluss eine wichtige europäische Initiative für den Nahen Osten.

Die iranische Herausforderung

In der anschließenden Diskussion spielte die iranische Bedrohung eine herausgehobene Rolle. Christophe Farnaud unterstrich, dass sich die iranische Bedrohung nicht auf die Herstellung von Atomwaffen begrenze. Die destabilisierende Rolle pro-iranischer Kräfte in vielen Staaten der Region sei ebenso zu beachten. Ursula Groden-Kranich betonte ihrerseits, dass es neben der Berücksichtigung der iranischen Proxy-Strategie bei der Neuverhandlung eines Nuklearabkommens mit

dem Iran außerdem wichtig sei, die Frage des iranischen Mittel- und Langstreckenprogramms in die Verhandlungen einzubeziehen.

Botschafter Dr. Buck betonte ebenfalls die Relevanz eines neuen Atomabkommens. Er fügte jedoch hinzu, dass man zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen könne, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen in Wien kommen werden. Welche Veränderungen sich durch die neue Präsidentschaft im Iran ergeben würden, sei zudem noch nicht abzusehen. Faktisch seien die Möglichkeiten der Verhandlungen bis August äußerst eingeschränkt. Angesichts der Zeitfenster der Verfallsklauseln stelle sich je länger die Verhandlungen dauern jedoch die Frage nach dem Sinn und Zweck des Abkommens. Dies möge wie eine gute Nachricht für diejenigen klingen, die dem Abkommen skeptisch gegenüberstehen. Jedoch gebe es zum jetzigen Zeitpunkt keine ersichtliche Alternative zum JCPOA.

Im Rahmen der Diskussion wurde mehrfach angemerkt, dass langfristiges strategisches Denken notwendig sei. Es stelle sich die Frage, wie die Machtstrukturen im Nahe Osten zum Zeitpunkt des Ablaufs der letzten Auslaufklauseln im Jahre 2031 aussehen werden. Es bestehe die realistische Möglichkeit, dass der Iran zu dem Zeitpunkt eine Vormachtstellung vom Hindukusch bis zum Mittelmeer erlangt habe.

Botschafter Joshua Zarka, stellvertretender Generaldirektor für strategische Angelegenheiten des israelischen Außenministeriums, betonte, dass ein Nuklearabkommen mit dem Iran für die Stabilisierung des Nahen Ostens wichtig sei. Das bestehende JCPOA leiste dies jedoch nicht, da es die Problematik der nuklearen Aufrüstung nur um wenige Jahre verschiebe. In drei Jahren könne der Iran legal Raketen beschaffen und in vier Jahren legal Zentrifugen entwickeln. Dadurch würde sich außerdem die Breakout-Periode - die Zeit, die der Iran brauchen würde, um eine Atombombe zu produzieren - deutlich verkürzen. Darüber hinaus wäre es problematisch, wenn sich Teheran einem Abkommen widersetzen würde, das seine nuklearen Militärkapazitäten einschränkt.

Michael Herzog, Direktor des Forums of Strategic Dialogue, wies im Anschluss auf ein weiteres Problem des

jetzigen JCPOA hin. Nach seiner Ansicht sei das Ziel des Abkommens, durch Beschränkungen zu gewährleisten, dass der Iran auch nach Bruch des Abkommens mindestens ein Jahr für den erfolgreichen Bau einer Atombombe bräuchte, nicht ausreichend. Ein längerer Zeitraum für einen sogenannten „Breakout“ sei notwendig. Erschwerend komme hinzu, dass der Iran in der Zwischenzeit Zentrifugalanlagen gebaut habe, deren Rückbau nicht sichergestellt werden könne. Diese neuen Fakten könne die europäische Politik nicht ignorieren.

Ein weiterer Fokus galt dem auf Europa ausstrahlendem Terrorismus und der destabilisierenden Wirkung iranischer Proxykräfte im Nahen Osten, insbesondere der libanesischen Hisbollah. Hier führte die französische Abgeordnete Constance Le Grip an, dass Frankreich noch nicht alle möglichen Schritte gegenüber der Hisbollah ausgeschöpft habe, einschließlich eines Verbots des politischen Flügels der Organisation, und regte eine weitergehende Abstimmung der französischen und deutschen Libanonpolitik an. Die Abgeordnete fügte hinzu, dass dieses Thema angesichts der historischen Beziehungen, die Frankreich und der Libanon verbinde, vom französischen Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten anders wahrgenommen werden könnte. Von offizieller französischer Seite merkte Christophe Farnaud zu diesem Punkt außerdem an, dass eine Unterscheidung zwischen einem politischen und einem militärischen Arm der Hisbollah weiterhin Sinn ergeben würde und die Mehrheit der europäischen Staaten so verfare. Dies wurde anschließend sowohl von deutscher als auch von israelischer Seite kritisiert.

Chancen für Europa und den Nahen Osten im neuen Jahrzehnt.

Die Diskussion konzentrierte sich neben dem Umgang mit dem Iran auch auf die positiven Impulse der jüngsten Zeit. Sowohl von französischer als auch von deutscher Seite wurde hier gefordert, dass die Zivilbevölkerungen der Regionen umfassender in politische Bemühungen für mehr Sicherheit im Nahen Osten einbezogen werden sollten. Insbesondere durch das Abraham-Abkommen ergäben sich viele Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Einbindung, so Botschafter Dr. Buck. Dazu stehe die deutsche und europäische Politik

in einem intensiven Austausch mit den Zivilgesellschaften der Region. Auch Christophe Farnaud bezeichnete dies als ein wichtiges Engagement, merkte jedoch an, dass nicht wenige Staaten der Region solche Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure mitunter als innenpolitische Einmischung verstünden.

Mit Blick auf das Abraham-Abkommen betonte die deutsche Abgeordnete Ursula Groden-Kranich, dass sich der Wert der Normalisierungsprozesse auch während des jüngsten Konflikts zwischen Israel und der Hamas sowie dem Islamischen Dschihad gezeigt habe. Die Normalisierung der Beziehungen mit vier arabischen Staaten hat einen zusätzlichen regionalen Stabilitätsanker geschaffen, der in der Krise seine erste Belastungsprobe bestanden habe. Mit Blick auf die neue israelische Regierung erhoffe sie sich dazu neue Impulse für den Friedensprozess und drückte ihre Erwartung aus, dass auch in den palästinensischen Gebieten eine demokratisch legitimierte Führung diesen Prozess mitgestalten könne. Auch Botschafter Dr. Buck drückte den Wunsch aus, dass eine gewählte palästinensische Regierung neben die israelische treten und so den Friedensprozess beleben könne.

Christophe Farnaud stellte seinerseits heraus, dass das Abraham-Abkommen nicht allein mit dem Vorgehen des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump in Verbindung gebracht werden sollte. Bei den Normalisierungsabkommen zwischen Israel und Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Marokko und Sudan handele es sich um das Ergebnis einer tiefgreifenden Dynamik über einen viel längeren Zeitraum. Es handele sich hierbei um eine positive Entwicklung, die auch neue Möglichkeiten für den israelisch-palästinensischen Konflikt eröffne.

Schlußwort

Es gibt wenige Regionen, die uns im Auswärtigen Amt so sehr und vor allem so unablässig beschäftigen wie der Nahe Osten. Ich danke ELNET für die Organisation der Gesprächsreihe, die einen intensiven Austausch zu den Nahostthemen ermöglicht hat.

Die Gewalteskalation in Israel und den palästinensischen Gebieten im Mai hat uns vor Augen geführt, wie zentral es ist, eine politische Lösung zu finden im Konflikt zwischen Israel und Palästinensern. Gelingt dies nicht, wird die Gewalt immer wieder aufflammen, mit schrecklichen Folgen für die Menschen auf beiden Seiten.

Der Raketenbeschuss der Hamas und anderer Terrorgruppen aus dem Gazastreifen auf Israel im Mai war durch nichts zu rechtfertigen. Dass Israel sich dagegen verteidigt, ist Israels Recht. Es ist gut und wichtig, dass es jetzt eine Waffenruhe gibt. Dafür gilt unser Dank vor allem Ägypten als Vermittler. Noch wichtiger ist, dass diese Waffenruhe jetzt auch hält. Es muss jetzt darum gehen, sich all jenen Faktoren zu widmen, die der furchtbaren Gewalt im Mai vorausgegangen sind – in Gaza und Israel, aber auch in Jerusalem und im besetzten Westjordanland.

Und wir müssen dafür sorgen, dass nun umgehend all jene in Gaza Hilfe erhalten, die am meisten Not leiden. Dafür hat Deutschland über 50 Mio. Euro in humanitärer Hilfe in diesem Jahr zur Verfügung gestellt. Die Menschen brauchen schnelle Hilfe, aber sie brauchen auch eine langfristige wirtschaftliche und politische Perspektive.

Frankreich und Deutschland setzen sich gemeinsam mit Ägypten und Jordanien dafür ein, dass die Konfliktparteien wieder aufeinander zugehen-- über kleine, konkrete Schritte. Daran arbeiten wir gemeinsam im sogenannten Münchener Format.

Einen langen Atem- den brauchen wir auch mit Blick auf eine andere große Herausforderung in der Region, unserem Umgang mit Iran.



Wir wollen verhindern, dass Iran Nuklearwaffen entwickelt oder erwirbt. Irans Nuklearprogramm nachhaltig einzudämmen, hat daher höchste Priorität. Die Gespräche zur Wiederherstellung des JCPoA in Wien laufen seit Anfang April. Eine Einigung ist sicher möglich, vielleicht greifbar, aber es gibt keine Garantie.

Um die Lage in der Region dauerhaft zu stabilisieren müssen wir uns natürlich um weitere Themen jenseits des Nuklearbereichs kümmern. Den JCPoA wiederherzustellen ist unsere erste Priorität. In einem zweiten Schritt streben die E3 und die USA eine langfristige Lösung an, um sicherzustellen, dass das iranische Nuklearprogramm auch auf lange Sicht ausschließlich friedlichen Zwecken dient. Außerdem wollen wir mit unseren Partnern in der Region Lösungen finden, um die Sicherheit in der Region zu fördern. Dazu gehören deeskalierende und vertrauensbildende Maßnahmen.

An Herausforderungen im Nahen Osten mangelt es uns nicht. Ich freue mich, dass wir in all diesen schwierigen Fragen in Frankreich einen verlässlichen Partner haben, mit dem wir uns eng abstimmen.

Dr. Christian Buck

*Regionaldirektor Naher Osten und Nordafrika
des Auswärtigen Amtes*



Schlußwort

Ich möchte mich bei ELNET für die Einladung und für die Initiative zum Thema Europa und der Nahe Osten im Rahmen des Strasbourg Forums bedanken. Vom Maghreb bis zum Iran, über Israel und Palästina sind in der Tat alle bilateralen und regionalen Fragen von strategischer Bedeutung für Europa und Frankreich.

Die Verbindungen reichen weit in die Vergangenheit zurück und sind tiefgreifend. Gleichzeitig sind die aktuellen Herausforderungen zahlreich: politisch, wirtschaftlich, kulturell, aber auch im Bereich der Sicherheit und der Migration.

Angesichts dieser Herausforderungen muss die Europäische Union ihre Rolle im Nahen Osten weiter ausbauen. Die Europäer sollten alles daransetzen, ihre Beziehungen in der Region zu nutzen, um einen positiven Beitrag zu den dort stattfindenden Entwicklungen zu leisten.

Europa ist durch zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers verbunden. Zudem sind zwei Drittel des 19 Milliarden Euro großen EU-Budgets für Nachbarschaftspolitik im Zeitraum 2021-2027 für die Region vorgesehen.

Die Europäische Union ist sich der Auswirkungen bewusst, die regionale Krisen im Nahen Osten auch auf

Europa haben können und trägt ihren Teil dazu bei, ausgewogene und dauerhafte Lösungen für die Konflikte zu erarbeiten. Der israelisch-palästinensische Konflikt – der nach wie vor ein wichtiges Thema ist – steht im Mittelpunkt des anhaltenden europäischen Engagements, das sich auf eine Zwei-Staaten-Lösung konzentriert. Die jüngste Eskalation hat gezeigt, dass die strukturellen Ursachen des Konflikts angegangen werden müssen. Europa unterstützt deshalb einen konstruktiven und anhaltenden Dialog zwischen Israel und den Palästinensern, um zur Wiederherstellung einer echten politischen Perspektive beizutragen. Frankreich und Deutschland engagieren sich vor diesem Hintergrund gemeinsam mit Ägypten und Jordanien.

In der iranischen Nuklearfrage setzt sich die Europäische Union, die beim Zustandekommen des Abkommens vom Juli 2015 eine führende Rolle gespielt hat, nun dafür ein, ein vollständiges und umfassendes Abkommen zu erreichen.

Auch Libyen ist ein wichtiges Thema für die Europäische Union. Hier verdeutlichte die zweite Berliner Libyen-Konferenz die gute Zusammenarbeit der Europäer, insbesondere zwischen Frankreich, Deutschland und Italien.

Bei all diesen Themen arbeiten wir eng mit unseren deutschen Partnern zusammen. Unsere beiden Länder sind Impulsgeber innerhalb der Europäischen Union. Diesen Einfluss können wir nutzen, um uns dafür einzusetzen, dass die EU ihre Interessen stärker nach außen vertreten kann und die Beziehungen zu den Ländern im Nahen Osten weiter ausbaut.

Frankreich wird während seiner Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des nächsten Jahres und vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisen in der Region dafür sorgen, dass die Europäische Union weiterhin eine entsprechende Rolle im Nahen Osten spielen wird.

Christophe Farnaud

Direktor für Nordafrika und den Nahen Osten im französischen Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten

Table des matières

<i>Mot d'accueil</i>	31	
<i>Introduction</i>	33	
<i>Recommandations pour une politique européenne au Moyen-Orient</i>	34	
PREMIÈRE TABLE RONDE : le Hezbollah	35	PREMIÈRE TABLE RONDE
<i>Briefing politique : Le Hezbollah – une menace pour la sécurité d'Israël et de l'Europe</i>	35	
<i>Compte-rendu : Interdiction du Hezbollah : quels enjeux pour l'Europe ?</i>	37	
DEUXIÈME TABLE RONDE : l'Iran	40	DEUXIÈME TABLE RONDE
<i>Briefing politique : Le défi iranien – retour au JCPoA ou nouveau départ ?</i>	40	
<i>Compte-rendu : Endiguement ou dissuasion ? L'avenir du JCPoA et le défi iranien pour la région</i>	43	
TROISIÈME TABLE RONDE : les Accords d'Abraham	45	TROISIÈME TABLE RONDE
<i>Briefing politique : Les Accords d'Abraham – L'Europe en retrait</i>	45	
<i>Compte-rendu : Les Accords d'Abraham : un espoir de paix pour le Moyen-Orient ?</i>	49	
COMPTE-RENDU DU SOMMET : Recommandations pour la boussole stratégique de l'UE	51	SOMMET
<i>Boussole stratégique de l'Union Européenne : quelles stratégies pour le Moyen-Orient ?</i>	51	
<i>Conclusions</i>	54	
<i>Bibliographie</i>	56	



Mot d'accueil

Le couple franco-allemand constitue depuis toujours un socle indispensable au bon fonctionnement de l'Union Européenne. Lorsque celui-ci bat de l'aile, c'est toute l'Europe qui en souffre. Il est donc essentiel que nous, parlementaires français et allemands, soyons pleinement engagés dans ce processus de coopération. Car c'est bien à l'échelon parlementaire de montrer que la voie de la diplomatie reste incontournable, comme nous nous employons à le faire à l'Assemblée parlementaire franco-allemande.

Partie prenante dans plusieurs projets européens, Israël est un partenaire naturel de l'Europe. Le Moyen-Orient a été marqué par des bouleversements géopolitiques majeurs ces derniers mois et l'Europe doit s'impliquer dans cette nouvelle dynamique régionale.

L'organisation de trois tables rondes au sein du Forum de Strasbourg nous a permis d'échanger avec des experts chevronnés sur plusieurs sujets aux enjeux essentiels : tout d'abord, le rôle du groupe terroriste libanais Hezbollah et le danger qu'il représente pour la région et pour l'Europe. De plus, alors que la

signature d'un nouvel accord sur le nucléaire iranien est sur la table, nous avons aussi tenu à débattre du JCPOA 2.0. Enfin, il nous semblait important d'aborder la thématique centrale des Accords de normalisation entre Israël et plusieurs pays arabes, dits "Accords d'Abraham". Chacune de ces réunions a permis de dégager des recommandations à l'attention de nos gouvernements, qui figurent dans ce livret.

Élus de terrain, nous avons conscience que les défis auxquels le Moyen-Orient est confronté, nous concernent tous et doivent faire l'objet de la plus grande attention. Le Forum de Strasbourg est en cela un outil efficace. En quelques jours, le conflit israélo-palestinien a brusquement resurgi dans l'actualité, et s'est invité, de part et d'autre du Rhin, jusque dans nos rues. Un véritable danger qui nous rappelle que nous devons également nous impliquer, afin d'accompagner l'installation d'une paix durable pour les Israéliens et les Palestiniens et éviter le danger d'une importation du conflit au sein de nos démocraties occidentales. Autrefois ennemies, la France et l'Allemagne sont parvenues à mettre de côté leurs divergences. Formons le vœu qu'il en soit de même pour les Israéliens et Palestiniens.

Soumise à une menace terroriste qui ne fait que croître, l'Europe a tout intérêt à travailler main dans la main avec Israël, expert sur ces questions. Il nous appartient donc de saisir cette opportunité pour encourager l'instauration de nouvelles coopérations, en particulier dans le domaine sécuritaire, véritable enjeu des prochaines années. A ce titre, le Forum de Strasbourg pourra contribuer aux discussions sur les orientations stratégiques de l'Union Européenne. Les parlementaires français et allemands seront mobilisés pour favoriser une meilleure coopération en matière de sécurité et de défense.



Christophe Arend
Député

Mot d'accueil

Le Forum de Strasbourg organisé par ELNET est une opportunité unique d'appréhender les enjeux majeurs du Moyen-Orient sous un éclairage différent. Les espaces de débat ouverts ont permis des échanges entre éminents experts de tous horizons à une période où l'actualité nous rattrape. En effet, les tables rondes du Forum de Strasbourg se sont déroulées dans un contexte de résurgence du conflit israélo-palestinien, ponctué par l'alternance des attaques terroristes du Hamas et les ripostes de l'armée israélienne, ainsi que la formation d'un nouveau gouvernement en Israël. Avec ce format de débat innovant, ELNET ne pouvait pas être plus au cœur de l'actualité.

Comme l'ont montré les trois tables rondes, l'Allemagne et la France proposent des approches différentes. Marquée par l'atrocité de la Seconde Guerre mondiale et par l'Holocauste, l'Allemagne porte une responsabilité très particulière vis-à-vis de l'Etat d'Israël et de la communauté juive. La reconnaissance du droit à l'existence d'Israël et la protection des citoyens juifs est inscrite dans la « Raison d'État » de la République fédérale.

Citoyenne de Mayence, je perçois la reconstruction de la synagogue de ma ville détruite pendant la guerre comme une victoire et vous recommande vivement la visite de cet édifice unique. C'est pourquoi il m'est insupportable de voir resurgir l'antisémitisme dans nos rues en ce moment. Nous le condamnons et le combattons grâce à notre arsenal législatif et l'organisation de manifestations de solidarité. Je suis heureuse que la communauté juive soit présente en Allemagne.

L'Allemagne et la France ne sont pas les seules nations appelées à élaborer une stratégie durable pour le Moyen-Orient. L'Europe et le monde ont



également un rôle à jouer. L'interdiction complète du Hezbollah, comme l'a décidée l'Allemagne, est un signal qui doit être suivi par d'autres.

J'adresse à ELNET tous mes remerciements pour l'organisation du Forum de Strasbourg. Il offre un espace aux acteurs politiques allemands et français, aux experts du Moyen-Orient et à tous ceux qui partagent notre volonté, malgré des approches parfois différentes, d'élaborer des solutions communes.

Ursula Groden-Kranich

Députée

Introduction

Le Moyen-Orient est une région en plein bouleversement. Alors que les États-Unis procèdent à une réorientation évidente de leur politique étrangère vers d'autres parties du monde, une modification des rapports de force se dessine depuis plusieurs années au Moyen-Orient, dont l'Iran est le principal moteur. La volonté hégémonique de la République Islamique a des répercussions déstabilisatrices qui se manifestent et sont de plus en plus visibles chez ses voisins : l'Irak, la Syrie, le Liban ou le Yémen. Ces développements ont aussi un impact direct sur l'Europe.

Pour l'heure, les États membres de l'UE élaborent de nouvelles orientations de politique de sécurité et de défense commune (PSDC). Jusqu'à présent, l'Union européenne ne s'est pas dotée de stratégie commune de politique extérieure pour le Moyen-Orient. C'est dans ce contexte qu'a été créé le Forum de Strasbourg pour le dialogue franco-allemand. A l'initiative d'ELNET (European Leadership Network), cette nouvelle plateforme a pour vocation de développer des positions communes sur des questions politiques prédominantes au Moyen-Orient.

Actuellement, c'est surtout l'Iran qui dicte les thèmes centraux. La République islamique aspire à une hégémonie militaire et politique, dont la sphère d'influence a la capacité à moyen terme de s'étendre de l'Hindou-Kouch à la Méditerranée orientale et du Golfe d'Aden à la Mer caspienne. Dans ce cadre, des organisations paramilitaires comme le Hamas et le Hezbollah jouent un rôle-clé.

Les années à venir offriront par ailleurs des opportunités de redessiner l'architecture de l'économie et de la sécurité au Moyen-Orient en incluant positivement toutes les parties. Les accords d'Abraham entre Israël et les Émirats arabes unis, le Bahreïn, le Maroc et le Soudan constituent une base prometteuse en ce sens.

La normalisation des relations entre ces États fait naître de nouvelles marges de manœuvre diplomatiques. Face aux ambitions hégémoniques de l'Iran

en particulier, les accords d'Abraham représentent une avancée majeure. Tandis que le Bahreïn et les Émirats arabes unis sont les premiers à se préoccuper de la menace que représente l'Iran, Israël se soucie pour sa part de l'ingérence iranienne au Liban, en Syrie et dans les Territoires palestiniens et du soutien apporté par l'Iran aux forces extrémistes.

La stabilité de l'Europe est indissociablement liée à celle du Moyen-Orient, comme l'ont montré ces dernières années les répercussions de la guerre civile en Syrie ainsi que les flux de réfugiés qui en résultent. Par conséquent, il va de l'intérêt de l'Union européenne de s'engager en faveur d'un développement pacifique et prospère de la région du Levant.

Pour y parvenir, une intense concertation avec Israël est cruciale. Sur la base de l'étroite coopération déjà en place dans les domaines de la politique de sécurité et de la lutte antiterroriste, Israël est surtout pour l'Allemagne et la France l'un des plus importants partenaires de sécurité en dehors de l'OTAN. Les relations économiques privilégiées avec Israël constituent par ailleurs un pilier important de l'économie et de l'innovation européenne et moyen-orientale, en mesure de faciliter une pacification et une stabilisation durable du Moyen-Orient.

Tous ces enjeux devraient être pris en compte par l'UE dans l'élaboration de son nouveau document de politique de sécurité – baptisé Boussole Stratégique. À cet effet, le Forum de Strasbourg offre la possibilité à des parlementaires allemands et français ainsi qu'à d'autres experts de mener des échanges politiques dans le cadre de débats approfondis. Des recommandations ont été élaborées à l'occasion de trois tables rondes virtuelles consacrées à la désignation du Hezbollah comme organisation terroriste, à l'avenir du JCPOA et à la menace iranienne et enfin aux Accords d'Abraham et perspectives de paix qui en découlent. Elles ont donné naissance à un élan franco-allemand pour la politique européenne de sécurité et de défense qui sera transmis sous forme de contribution pour la Boussole Stratégique de l'Union européenne aux ministères des affaires étrangères compétents à Berlin et Paris.

Recommandations pour une politique européenne au Moyen-Orient

1

... face au Hezbollah

- ▶ Faire pression sur d'autres Etats européens dont la France, et sur l'UE pour interdire toute activité du Hezbollah.
- ▶ Diffuser des informations sur le déploiement de l'arsenal de missiles du Hezbollah et sur l'action menée par la milice libanaise pour empêcher qu'un nouveau front ne s'établisse au Liban.
- ▶ Renforcer la mission de paix de l'ONU (FINUL).
- ▶ Soutenir le renforcement des institutions démocratiques au Liban.

PREMIÈRE
TABLE RONDE

2

... face aux défis posés par l'Iran dans la région et au-delà

- ▶ Choisir une approche différenciée face à la politique expansionniste de l'Iran et aux menaces pour la région.
- ▶ Endiguer totalement les activités militaires des organisations alliées de l'Iran.
- ▶ Inclure le programme de missiles de moyenne et longue portée dans les négociations.
- ▶ Impliquer tous les acteurs régionaux dans les négociations sur le nucléaire en vue d'élaborer une plateforme sécuritaire durable au Moyen-Orient.
- ▶ Permettre à l'AIEA de reprendre ses missions de contrôle sur les installations nucléaires iraniennes en toute transparence.

DEUXIÈME
TABLE RONDE

3

... dans le contexte des Accords d'Abraham

- ▶ Établir de nouvelles approches stratégiques en adéquation avec les nouvelles réalités au Moyen-Orient depuis les Accords d'Abraham.
- ▶ Définir une réponse européenne aux Accords d'Abraham ainsi que des actions pour permettre d'autres accords de paix.
- ▶ Fournir un appui européen à la création d'une plateforme sécuritaire solide pour le Moyen-Orient.
- ▶ Apporter un soutien européen actif pour une plus grande coopération économique et une intégration plus poussée dans la région.

TROISIÈME
TABLE RONDE

Le Hezbollah – une menace pour la sécurité d’Israël et de l’Europe

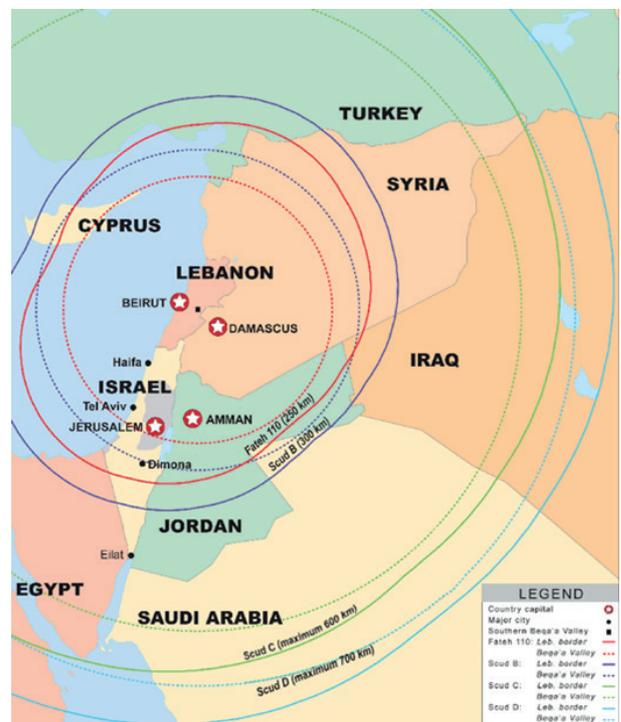
Parmi les menaces identifiées au Moyen-Orient, la milice terroriste libanaise Hezbollah occupe une position à part. De nombreuses publications documentent l’attitude fondamentalement antisémite et anti-israélienne du Hezbollah ainsi que son objectif déclaré de détruire Israël.¹ L’Union européenne (UE) a désigné la branche militaire du Hezbollah comme organisation terroriste.²

Après avoir dissocié pendant des années les branches militaire et politique, l’Allemagne a abandonné cette différenciation en avril 2020 et interdit au Hezbollah toute activité sur le sol allemand.³ Depuis, plusieurs États européens ont suivi l’exemple de l’Allemagne ou indiqué être prêts à le faire. La décision de l’UE de mettre fin à cette différenciation artificielle, pourtant niée par le Hezbollah lui-même, se fait encore attendre. En dépit de la pression accrue exercée par plusieurs États de l’UE, le Hezbollah a aujourd’hui plus de pouvoir politique et militaire que jamais et pose un danger imminent non seulement pour la sécurité d’Israël et de l’Europe, mais aussi pour la stabilité du Liban. Ce danger a pour principale origine le soutien financier de près de 700 millions de dollars par an⁴ ainsi que le transfert de capacités militaires modernes par l’Iran.

L’État d’Israël s’inquiète des capacités militaires croissantes du Hezbollah.^{5/6} Depuis 2006, le groupe terroriste a constitué un arsenal d’environ 130 000 missiles et engins téléguidés,⁷ déployés dans des zones civiles.⁸ Fin 2018, l’armée israélienne a découvert et détruit des systèmes de tunnels construits par le Hezbollah entre le Liban et le territoire israélien visant à pénétrer dans le nord de l’État hébreu.⁹ Dans le Golan syrien, les brigades al-Qods iraniennes et le Hezbollah ont ouvert un front supplémentaire contre Israël.¹⁰

Malgré l’explosion dévastatrice dans le port de Beyrouth ayant coûté la vie à plus de 200 personnes, la milice terroriste n’a rien perdu de son pouvoir politique.¹¹ Avec ses partenaires de coalition, le Hezbollah est majoritaire au parlement libanais.¹² Il est allié au président Michel Aoun et dispose d’un droit de veto sur toute mesure politique susceptible d’être adoptée au Liban.¹³ Dernièrement, le président français Emmanuel Macron n’est pas parvenu à sortir le Liban de la crise politique et économique face à la résistance du Hezbollah.¹⁴

Carte de la portée potentielle des missiles¹⁵



La stratégie d’Israël contre le Hezbollah

Pour Israël, l’installation d’un front iranien contre Israël dans le Golan et la remise à niveau de l’arsenal de missiles du Hezbollah¹⁶ est inacceptable car sa propre sécurité est en jeu. En prévention, Israël a jusqu’à présent misé sur des attaques aériennes sporadiques contre des livraisons d’armes et des positions iraniennes, sur la dissuasion militaire et sur la communication claire des lignes rouges développées précédemment.¹⁷ Cette stratégie n’est cependant

pas en mesure de barrer la route à long terme à la militarisation illégale du Hezbollah (comme le démontrent les résolutions de l'ONU 1701¹⁸ et 1559¹⁹). Par conséquent, le risque d'une escalade militaire augmente constamment.²⁰

En cas de guerre et compte tenu du déploiement ciblé de missiles du Hezbollah dans des zones et bâtiments civils, il est quasiment certain que le bilan des victimes et des dommages en Israël comme au Liban, excède largement celui des confrontations passées. En effet, l'armée israélienne devrait envisager des frappes rapides et intensives contre le Hezbollah pour protéger la population civile et les infrastructures sensibles d'Israël de la terrible menace qui pèse sur eux.^{21 / 22}

Le Hezbollah met en danger les intérêts sécuritaires européens

L'arsenal militaire et la posture agressive du Hezbollah vis-à-vis d'Israël mettent également en danger la sécurité et les intérêts régionaux de l'Europe. L'effondrement du Liban qui découlerait de la confrontation militaire entre le Hezbollah et Israël pourrait déboucher sur une crise humanitaire et un nouvel exode qui viendrait grossir les rangs des réfugiés syriens déjà exilés au Liban. Ces flux représenteraient une menace supplémentaire pour la stabilité de l'Europe.

Un conflit pourrait également engendrer des centaines de victimes et des attaques sur les infrastructures sensibles d'Israël, comme l'aéroport Ben Gourion²³ ou la centrale nucléaire Dimona.²⁴ Dans ce cas, une non-ingérence des puissances européennes comme l'Allemagne serait difficilement justifiable et une participation directe au conflit ne serait pas totalement exclue. Soutiens de poids de chacun des belligérants, l'Iran et les États-Unis pourraient à leur tour s'impliquer dans le conflit. La situation pourrait alors déboucher sur une déstabilisation politique et économique du Moyen-Orient s'accompagnant de fluctuations sensibles sur le marché de l'énergie.

Outre le risque militaire, deux autres aspects doivent être soulignés. D'une part, la militarisation incessante

du Hezbollah constitue une violation du droit international (résolutions 1701²⁵ et 1559²⁶ de l'ONU) et porte atteinte à la légitimité de ce droit. D'autre part, le Hezbollah se sert du blanchiment d'argent et du trafic de drogues pour financer le terrorisme à l'échelle mondiale.²⁷ La somme amassée grâce au narcotraffic atteignait déjà en 2015 plus d'un million d'euros par semaine.²⁸

Avec 1 050 membres actifs et sympathisants rien qu'en Allemagne,²⁹ le Hezbollah constitue une terrible menace pour la stabilité des sociétés occidentales et leur sécurité juridique. Avec l'interdiction de toute activité sur le sol allemand, l'organisation terroriste pourrait être contrainte de déplacer sa zone de repli en Europe dans un autre État de l'UE qui n'a pas encore instauré cette mesure. Sans interdiction généralisée à toute l'UE, les initiatives nationales compliquent certes les actions criminelles du Hezbollah, mais ne parviennent pas à les enrayer durablement.

Ni une escalade de la situation ni un renforcement de l'axe Hezbollah-Iran ne sont dans l'intérêt de l'Europe, qui devrait plutôt soutenir la supériorité militaire d'Israël dans la région, réclamer le désarmement du Hezbollah et renforcer les structures de l'État libanais. Si un conflit se déclenche, l'Europe a tout intérêt à ce que les affrontements ne s'éternisent pas et que l'issue soit favorable à Israël pour faire cesser l'hégémonie du Hezbollah et mettre fin aux ambitions de l'Iran dans la région.

Conclusion

Pour éviter une escalade de la situation dans la région, il convient d'accroître massivement la pression exercée sur le Hezbollah et la dissuasion qui va de pair. Dans ce contexte, l'UE devrait assurer publiquement son soutien à Israël en cas de confrontation avec le Hezbollah. Pour ce faire, les grandes nations européennes comme l'Allemagne et la France devraient clairement se positionner derrière les lignes rouges définies par Israël et mettre instamment en garde l'Iran et le Hezbollah contre une poursuite du déploiement de son arsenal de missiles au Liban et l'établissement d'un front dans le Golan syrien.

Face au Hezbollah et à l’Iran, il conviendrait d’insister le plus tôt possible, en passant notamment par les canaux diplomatiques allemands et français, sur le droit de légitime défense d’Israël, qui pourrait également s’exercer de manière préventive vu la situation extrêmement dangereuse. Seul un soutien clair et massif peut permettre à Israël d’utiliser la marge de manœuvre diplomatique et militaire ainsi offerte pour mettre un terme le plus rapidement possible à un potentiel conflit militaire, voire tuer dans l’œuf toute prémisse d’escalade.

Par ailleurs, le bilan de l’action (« *Policy Review* ») de la Force intérimaire des Nations unies au Liban (FINUL) ainsi que les résolutions de l’ONU 1701 et 1559 et leur renforcement, devraient minimiser sensiblement le risque de conflit. Il est urgent de mettre un terme au harcèlement permanent de la FINUL par le Hezbollah ainsi qu’aux entraves de l’État libanais.³⁰ La FINUL devrait être dotée d’un mandat très ferme l’autorisant à réaliser des inspections plus poussées, y compris dans les zones civiles, lui permettant d’empêcher le stockage d’armements.³¹

En dernier lieu, l’UE doit mettre tout en œuvre pour faire sortir le Liban de la crise politique et économique et rétablir les institutions démocratiques dans le pays. Pour y parvenir, il est nécessaire de restreindre considérablement la marge de manœuvre du Hezbollah au Liban. La reconnaissance de cette milice comme organisation terroriste par davantage de nations européennes et par l’UE constitue une étape indispensable sur cette voie. Il convient en particulier d’informer en Europe comme au Liban, des raisons motivant le classement du Hezbollah comme organisation terroriste. Ceci implique également de dénoncer ouvertement et de sanctionner efficacement l’assassinat d’éminents opposants au Hezbollah.³²

COMPTE-RENDU 1

Interdiction du Hezbollah : quels enjeux pour l’Europe ?

Ce compte rendu synthétise les échanges de la table ronde du 29 mars 2021 du Forum de Strasbourg consacrée aux activités internationales du Hezbollah libanais. Il reprend les avis de politique étrangère et de politique de sécurité discutés lors de cette rencontre et présente des recommandations.

Les structures de pouvoir du Hezbollah au Moyen-Orient et en Europe

Depuis 1985, la milice libanaise Hezbollah fait partie intégrante du système politique du pays et participe actuellement à la déstabilisation du Moyen-Orient. Lors de la première table ronde, le débat est revenu plusieurs fois sur le pouvoir militaire et politique que le Hezbollah a conforté au fil des décennies et sur les répercussions de l’ascension du Hezbollah sur la politique étrangère et de sécurité.

A la tête d’un arsenal de 130 000 engins explosifs, la milice libanaise constitue aujourd’hui l’une des organisations non-étatiques les plus puissantes du Moyen-Orient. Ses capacités offensives ne se limitent plus depuis bien longtemps au nord d’Israël.

En cas de conflit, le Hezbollah est en mesure de tirer près de 2 000 missiles par jour pendant plusieurs semaines. Comme l’a montré la guerre du Liban en 2006, le Hezbollah est capable de mener des frappes militaires de longue portée qui peuvent même cibler la marine marchande et militaire. Depuis longtemps, le Hezbollah est devenu un acteur international. Véritable bras armé de l’axe pro-iranien au Moyen-Orient, le Hezbollah est impliqué dans la guerre civile au Yémen et intervient en Syrie en coopération

avec les forces iraniennes et russes.

Sur le plan idéologique, le Hezbollah constitue l'un des proxys les plus prospères de la Révolution iranienne. Le Hezbollah considère le Guide suprême de la Révolution comme source de droit absolue et suit les instructions de l'Iran sur les questions de guerre et de paix. Sur le plan logistique également, le Hezbollah bénéficie de livraisons d'armes régulières en provenance de l'Iran.

Le Hezbollah dispose également d'un réseau économique et social important au sein même du Liban, qui lui confère une légitimité considérable auprès des populations chiites, ce qui constitue un véritable dilemme pour le gouvernement et renforce l'instabilité politique du pays.

De plus, la milice est responsable de l'organisation d'une série d'attentats terroristes perpétrés ces dernières décennies dans le monde (Israël, Argentine, Égypte, Arabie Saoudite, Bulgarie...) qui menacent la sécurité de l'Europe. C'est seulement en décembre 2020 que le tribunal spécial des Nations unies pour le Liban a condamné par contumace le membre du Hezbollah Salim Ayyash à la prison à perpétuité pour le meurtre de l'ancien Premier ministre libanais Rafiq Hariri en février 2005. En 2012, sept personnes ont été tuées à Bourgas (Bulgarie) lors d'un attentat perpétré par la milice libanaise.

Ces derniers temps, le Hezbollah a toutefois adopté une tactique plus défensive en Europe en diversifiant ses activités. Il se sert principalement du continent

comme refuge pour générer des sources de financement et pouvoir perpétrer des attaques en dehors de l'Europe. Le mouvement terroriste dispose d'un réseau international de crime organisé. Il est également actif dans le trafic de drogue et le blanchiment d'argent.

Enfin, les participants ont évoqué plusieurs cas de néonazis allemands, partis au Liban. Pour eux, la milice libanaise est un modèle pour leur propre projet politique, ce qui démontre la dangerosité du Hezbollah en Europe.

Quelles conséquences pour le Hezbollah en cas d'interdiction de ses activités ?

Comme la plupart des États membres de l'UE, l'Allemagne différencie jusqu'à récemment les branches politique et militaire du Hezbollah, bien que plusieurs experts considèrent cette séparation comme artificielle. Le Hezbollah rejette lui-même cette distinction. En effet, le secrétaire général du Hezbollah en étroite concertation avec l'Iran, est responsable de toutes les décisions, aussi bien militaires que politiques. En mars 2020, l'Allemagne a reconnu le Hezbollah dans son intégralité comme une organisation terroriste.

Les échanges se sont ensuite concentrés sur les éventuelles conséquences négatives de cette interdiction, un an après sa mise en œuvre. D'abord, l'Allemagne craignait que ses relations diplomatiques avec le Liban ne soient altérées. Les douze derniers mois n'ont cependant pas montré que ces craintes

1

Recommandations

- ▶ Faire pression sur d'autres États européens dont la France, et sur l'UE pour interdire toute activité du Hezbollah.
- ▶ Diffuser des informations sur le déploiement de l'arsenal de missiles du Hezbollah et sur l'action menée par la milice libanaise pour empêcher qu'un nouveau front ne s'établisse au Liban.
- ▶ Renforcer la mission de paix de la FINUL.
- ▶ Soutenir le renforcement des institutions démocratiques au Liban.

étaient fondées. Il en va de même pour tous les pays qui ont adopté cette politique, comme la Grande-Bretagne par exemple.

De plus, on craignait que l'interdiction du Hezbollah ne le pousse à intensifier ses activités. Pour l'heure, aucune indication valable ne permet d'abonder dans ce sens. Actuellement, la situation politique instable du Liban n'incite guère le Hezbollah à accaparer totalement le pouvoir dans le pays.

Un troisième point évoqué dans les discussions portait sur les répercussions de l'interdiction sur les négociations nucléaires avec l'Iran. Au contraire, les intervenants observent que l'interdiction de toute activité du Hezbollah en Allemagne aurait plutôt un impact positif. Lancer un tel signal pourrait encourager l'Iran à négocier sur son programme d'armement nucléaire.

En vert foncé : États dans lesquels le Hezbollah est interdit



En conséquence, les participants ont conclu que les avantages d'une interdiction des activités en Alle-

magne l'emportaient sur les inconvénients. Le Hezbollah a ainsi été privé d'une zone-clé qui lui servait à récupérer des sources de financement pour des activités terroristes au Moyen-Orient. Néanmoins, le Hezbollah reste en mesure de transférer ses flux financiers et ses activités dans des pays voisins. C'est la raison pour laquelle il est nécessaire d'interdire le Hezbollah partout dans l'UE.

De plus, une interdiction des activités du Hezbollah dans l'UE permettrait de faire cesser ses activités de propagande et viendrait compléter les mesures adoptées précédemment, comme l'interdiction de la chaîne Al Manaar TV en Allemagne, en France et dans d'autres États de l'UE.

Conclusion

Il a été souligné que l'Europe devait s'engager plus résolument au Moyen-Orient dans les années à venir. L'évolution de la situation géopolitique et la réorientation des priorités de la politique américaine vers l'Asie doivent conduire l'UE à envisager d'assumer un nouveau rôle pour garantir la paix et la sécurité en Europe et dans les régions voisines. S'agissant de la guerre civile en Syrie et des flux de réfugiés qui en résultent, il a été rappelé que la stabilité des deux régions reste indissociablement liée.

A l'instar des Etats-Unis et de la Chine, l'UE est une puissance internationale. Ce statut doit se traduire dans sa politique extérieure et sécuritaire. La France comme l'Allemagne ont notamment souligné que la menace du Hezbollah sur la sécurité de l'Etat d'Israël ne doit pas être sous-estimée, mais prise en compte dans l'élaboration de la politique sécuritaire de l'Europe vis-à-vis du Moyen-Orient. L'objectif déclaré du Hezbollah de détruire Israël doit être pris au sérieux. Le rôle de la mission de paix des Nations unies au Liban (FINUL) a été abordé. Sur place, la FINUL est obligée de négocier avec le Hezbollah, ce qui pose la question des modalités et du renforcement de la mission pour affronter les nouveaux défis.

S'agissant de la Boussole Stratégique de l'Union européenne lancée en juillet 2020 par le Conseil des

ministres de l'UE et effective dès le printemps 2022 pendant la présidence française de l'UE, plusieurs recommandations concrètes à l'attention de la politique européenne franco-allemande ont été formulées. L'accent a été mis sur la nécessité pour les parlements des deux Etats de participer activement à ce processus. Les thèmes discutés sont trop importants pour les abandonner uniquement aux diplomates.

Un positionnement français plus ferme sur cette question est considéré comme crucial pour la lutte contre le crime organisé et les activités terroristes du Hezbollah. La décision de l'Allemagne de ne plus faire de différence entre la branche militaire et la branche politique du Hezbollah a été saluée. La France et l'UE devraient elles aussi classer le Hezbollah comme organisation terroriste. Compte tenu de l'implication historique de la France au Liban, Paris devrait à son tour considérer le Hezbollah comme une organisation terroriste à part entière. Au Liban, l'Europe devrait œuvrer pour le renforcement des institutions démocratiques, afin que la population s'affranchisse davantage des structures du Hezbollah. Parallèlement, des mesures de dissuasion efficaces sont nécessaires pour décourager la milice terroriste de poursuivre sa politique d'escalade dans les différentes régions de conflit où elle est présente. L'Europe doit assumer sa responsabilité. La discussion a souligné le fait que le pouvoir croissant du Hezbollah était le résultat de décennies de violence. Il s'agit d'une réalité dont l'Europe doit avoir conscience.

INFO

FINUL

A l'origine, la Force intérimaire des Nations unies au Liban (FINUL) avait été déployée en 1978 dans le sud du Liban afin de faciliter le retrait des troupes israéliennes, garantir la paix et la sécurité et soutenir le gouvernement légitime du Liban pour reprendre le contrôle effectif de la région. Le mandat de la FINUL a été élargi en 2006 après l'affrontement entre Israël et le Hezbollah. Parmi les Casques bleus déployés dans le pays, 800 sont Français. Ils ont pour objectif de soutenir les forces armées libanaises et de pacifier la zone sud du fleuve Litani. Fréquemment, les forces de maintien de la paix aident les forces armées à sécuriser les frontières. La montée en puissance du Hezbollah dans le sud du Liban empêche actuellement la FINUL d'assurer correctement son mandat.

BRIEFING POLITIQUE 2

Le défi iranien – retour au JCPoA ou nouveau départ ?

Le Plan d'action global commun (JCPoA), entériné en 2015 par la Résolution 2231 du Conseil de sécurité des Nations unies, visait à garantir la sécurité et la stabilité au Moyen-Orient³³. Cet accord marquait l'aboutissement des négociations entre l'Iran et les membres permanents du Conseil de sécurité de l'ONU : la Chine, la France, la Russie, le Royaume-Uni et les Etats-Unis, ainsi que l'Allemagne et l'Union Européenne. Il fait l'objet d'interprétations différentes selon la perspective adoptée : la précédente administration américaine³⁴ ainsi que de nombreuses forces politiques israéliennes³⁵ considéraient le JCPoA comme lacunaire et incapable de freiner durablement les ambitions hégémoniques de l'Iran dans la région, en particulier la destruction de l'État d'Israël³⁶. Pour les partenaires européens en revanche, si le JCPoA ne peut à lui seul entièrement contenir l'Iran, il permet néanmoins d'atteindre un objectif essentiel : empêcher Téhéran de se doter de l'arme nucléaire³⁷. Les signataires espéraient également que l'Accord contribuerait à améliorer les relations avec le régime des Mollahs³⁸.

Certaines analyses affirment que le retrait prématuré des Etats-Unis en mai 2018 n'a guère permis aux Européens d'observer les effets escomptés.

Mais le comportement expansionniste de l'Iran, constaté bien avant ce retrait, réfute cet argument. Au contraire, le JCPoA semble avoir encouragé le régime iranien à exercer son influence dans la région, en particulier en Syrie, au Liban ou encore au Yémen. Alors que les Européens espéraient rétablir la confiance grâce au JCPoA, l'Accord a réduit à néant les efforts de paix entrepris.

Par conséquent, un nouvel Accord est-il réaliste sans d'importantes concessions de l'Occident ? Si Téhé-

ran accepte de revenir sur ses ambitions nucléaires, les exigences en retour pourraient être élevées. De plus, ces nouvelles conditions pourraient avoir des conséquences sur d'autres conflits en cours avec l'Iran, que ni Israël, ni certains pays arabes, ne seront en mesure d'accepter.

Les principaux défis

L'armement nucléaire

L'objectif principal du JCPOA était d'empêcher Téhéran de se doter de l'arme nucléaire. L'accumulation massive de combustible nucléaire enrichi³⁹, l'enrichissement à 20 %⁴⁰ en décembre 2020 puis à 60 %⁴¹ depuis avril 2021, ne laissent que peu de doutes sur les ambitions iraniennes et prouvent l'échec du JCPOA.

Si le régime autoritaire iranien devenait une puissance nucléaire, les conséquences seraient désastreuses. Ses voisins, exposés à une menace existentielle per-

manente, pourraient chercher à obtenir l'arme nucléaire à leur tour. Une telle course pourrait déboucher sur une guerre nucléaire qui affecterait l'Europe directement et indirectement. Israël souligne que la politique de dissuasion de la guerre froide ne peut s'appliquer au régime fondamentaliste iranien⁴².

Le programme balistique

Les frappes précises de missiles sur des installations militaires américaines en Irak suite à l'assassinat du Général Qasem Soleimani début 2020, témoignent également de l'état d'avancement du programme balistique iranien. Désormais, le pays dispose du plus vaste arsenal de missiles à courte et à moyenne portée de tout le Moyen-Orient.

Le développement de missiles de croisière modernes et de missiles intercontinentaux est lui aussi très avancé⁴³. L'Iran dispose déjà d'engins capables d'atteindre Israël et le Sud-Est de l'Europe. Le développement de

ACTUALITÉS

Le 6 avril dernier, des pourparlers avec l'Iran ont débuté à Vienne en vue de relancer l'Accord nucléaire de 2015. Des délégations de Chine, d'Allemagne, de France, de Grande-Bretagne, d'Iran, de Russie et des États-Unis ont pris part aux discussions, sans toutefois d'échanges directs entre Washington et Téhéran. En parallèle, des incidents ont été constatés sur le site d'enrichissement iranien de Natanz. L'Iran soupçonne Israël d'être responsable des opérations de sabotage du 11 avril 2021⁵⁴. En réponse, le régime iranien a annoncé le 16 avril avoir réussi à enrichir de l'uranium à 60 % dans l'usine de Natanz, grâce à l'utilisa-

tion de centrifugeuses modernes. L'Accord conclu avec l'Iran prévoyait un seuil d'enrichissement à 4 %⁵⁵. La France, l'Allemagne et le Royaume-Uni ont exprimé leur inquiétude face à cette violation de l'Accord⁵⁶. Pour l'heure, les négociations se poursuivent. Comme la première fois, elles se déroulent sans les voisins de l'Iran, pourtant directement concernés par l'Accord et menacés par l'Iran.

Le Ministre allemand des Affaires étrangères, Heiko Maas, avait exigé en amont de la reprise des négociations que le JCPOA soit complété par des dispositions limitant l'arsenal balistique iranien. Un tel accord

« JCPOA 2.0 » aurait pu en partie dissiper les craintes des États arabes et d'Israël. En décembre 2020, Heiko Maas déclarait : « Un retour au précédent accord ne suffira pas »⁵⁷.

Mais depuis la rencontre à Paris en février 2021, entre Antony Blinken, Secrétaire d'État américain, et ses homologues français, allemand et britannique, le gouvernement allemand n'a pas réitéré sa position. Cette concession représente déjà une victoire de taille pour la partie iranienne, principal obstacle à la stabilité du Moyen-Orient⁵⁸.

systèmes de portée balistique fabriqués avec l'aide de la Russie, de la Chine et de la Corée du Nord, est également une source d'inquiétude⁴⁴.

La déstabilisation de la région et le soutien au terrorisme

Le régime iranien cherche essentiellement à accroître la pression sur les Etats arabes de la région et sur Israël. A ce titre, les organisations terroristes, telles que le Hamas à Gaza ou le Hezbollah au Liban, bénéficient d'un appui financier, logistique et parfois militaire⁴⁵. En outre, l'Iran soutient d'autres milices en Irak⁴⁶ et le régime des Mollahs est fortement soupçonné d'encourager la rébellion des Houthis au Yémen⁴⁷. Un soutien qui a permis aux rebelles houthis de mener des assauts efficaces contre des installations de pétrole en Arabie saoudite⁴⁸. En outre, les attaques de navires de commerce internationaux dans le Golfe Persique⁴⁹, ou encore l'ingérence de Téhéran dans les affaires intérieures de ses voisins⁵⁰, confirment la menace que pose l'Iran pour la région.

Le soutien financier et militaire aux organisations terroristes de la région comme le Hamas à Gaza ou le Hezbollah au Liban, fait lui aussi planer une menace directe sur Israël. Plus le Hezbollah étend son arsenal de missiles, plus le risque de conflit dans le sud du Liban augmente.^{51/52}

L'Iran est également impliqué dans la guerre civile en Syrie. Son ingérence dans le processus de stabilisation, doublée d'une importante présence militaire sur le terrain est un véritable danger pour la sécurité d'Israël⁵³. Jusqu'à présent, Israël a pu empêcher l'Iran d'établir une capacité militaire critique en Syrie. Le gouvernement israélien a signalé à plusieurs reprises qu'il ne saurait tolérer une présence militaire iranienne à ses frontières.

Conclusion

Pour l'heure, la mise en place d'un accord couvrant l'ensemble des enjeux semble peu probable, compte tenu de la situation géostratégique et de la multitude d'acteurs impliqués. Pour garantir la stabilité

de la région, il semble pourtant nécessaire d'adopter une stratégie capable de répondre à toutes les menaces posées par l'Iran : l'armement nucléaire, le programme de missiles balistiques et le développement des « proxys ».

Cette approche devra intégrer des mécanismes de sanctions économiques et militaires communiqués à l'Iran. En outre, il faudra s'assurer de la détermination des partenaires occidentaux quant à l'application de ces mécanismes.

Il semble opportun de mettre à profit la récente dynamique créée par l'arrivée au pouvoir du nouveau Président américain, Joe Biden. Une collaboration étroite entre les Etats-Unis et l'UE pourrait permettre d'améliorer les relations transatlantiques et démontrer l'unité de l'Occident face à ses rivaux autoritaires.

L'élaboration de cette stratégie commune devra dès le départ impliquer activement Israël ainsi que les Etats arabes de la région pour instaurer un échange constant et sincère. Il conviendra d'écouter et de prendre au sérieux leurs inquiétudes, en particulier les menaces existentielles proférées contre Israël. L'Allemagne comme la France, ne peuvent les cautionner. Ainsi, toute négociation devra comporter une condition préalable : abandonner l'objectif de destruction d'Israël.

Enfin, il convient de noter que toute stratégie à l'égard de l'Iran doit inclure des options acceptables par les autorités iraniennes. L'Iran doit comprendre que limiter ses activités nucléaires et abandonner sa politique expansionniste, contribuera à apaiser la région sans conséquence sur sa propre sécurité.

Endiguement ou dissuasion ? L'avenir du JCPOA et le défi iranien pour la région

Ce rapport est une synthèse de la table ronde du Forum de Strasbourg sur l'Accord de Vienne sur le nucléaire iranien (Joint Comprehensive Plan of Action) du 29 avril 2021. Il reprend les analyses de politique étrangère et de sécurité abordées au cours des discussions ainsi que des recommandations pour la reprise des négociations relatives à l'Accord.

Le programme d'armement nucléaire et les ambitions hégémoniques de l'Iran menacent la sécurité de la région

Depuis les années 2000, le programme nucléaire militaire iranien représente une menace directe pour la sécurité de l'Europe et du Moyen-Orient. En représailles, le Conseil de Sécurité a adopté plusieurs résolutions pour sanctionner l'Iran. L'adoption des

sanctions a fortement incité l'Iran à entamer des négociations sur son programme nucléaire. Les participants du Forum de Strasbourg considèrent que la conclusion de l'Accord de Vienne sur le nucléaire iranien en juillet 2015 aurait été difficilement envisageable sans cette politique de sanctions.

Ces dernières années, le ton s'est durci entre l'Iran et les pays occidentaux à propos du programme nucléaire iranien. Depuis 2019, l'Iran se rapproche de l'arme nucléaire. Téhéran ne respecte pas les traités internationaux visant à contrôler le développement de ses infrastructures.

La pression économique et financière exercée sur l'Iran a été renforcée depuis quelques années. Le régime iranien s'est vu contraint de procéder à des coupes dans de nombreux domaines, y compris dans les versements aux organisations proxys, telles que le Hezbollah. Mais malgré les difficultés économiques dans le pays, le soutien financier aux groupes militaires alliés de la région est resté une priorité du régime.

Le programme nucléaire militaire iranien n'est pas la seule menace pour la sécurité de l'Europe et du Moyen-Orient. Des attaques sont régulièrement menées contre l'Arabie saoudite par des forces alliées de l'Iran. D'autres Etats de la région sont également directement menacés. Avec l'arme nucléaire, l'Iran obtiendrait un moyen de dissuasion efficace pour la poursuite voire le renforcement de ses activités. Une telle évolution aurait des répercussions graves sur la

Recommandations

- ▶ Choisir une approche différenciée face à la politique expansionniste de l'Iran et aux menaces pour la région.
- ▶ Endiguer totalement les activités militaires des organisations alliées de l'Iran.
- ▶ Inclure le programme de missiles de moyenne et longue portée dans les négociations.
- ▶ Impliquer tous les acteurs régionaux dans les négociations sur le nucléaire en vue d'établir une plateforme sécuritaire durable au Moyen-Orient.
- ▶ Permettre à l'AIEA de reprendre ses missions de contrôle sur les installations nucléaires iraniennes en toute transparence.

stabilité du Moyen-Orient. Tout comme la portée du programme de missiles balistiques de l’Iran, la menace que fait peser l’Iran augmente constamment.

Une plateforme sécuritaire solide pour le Moyen-Orient

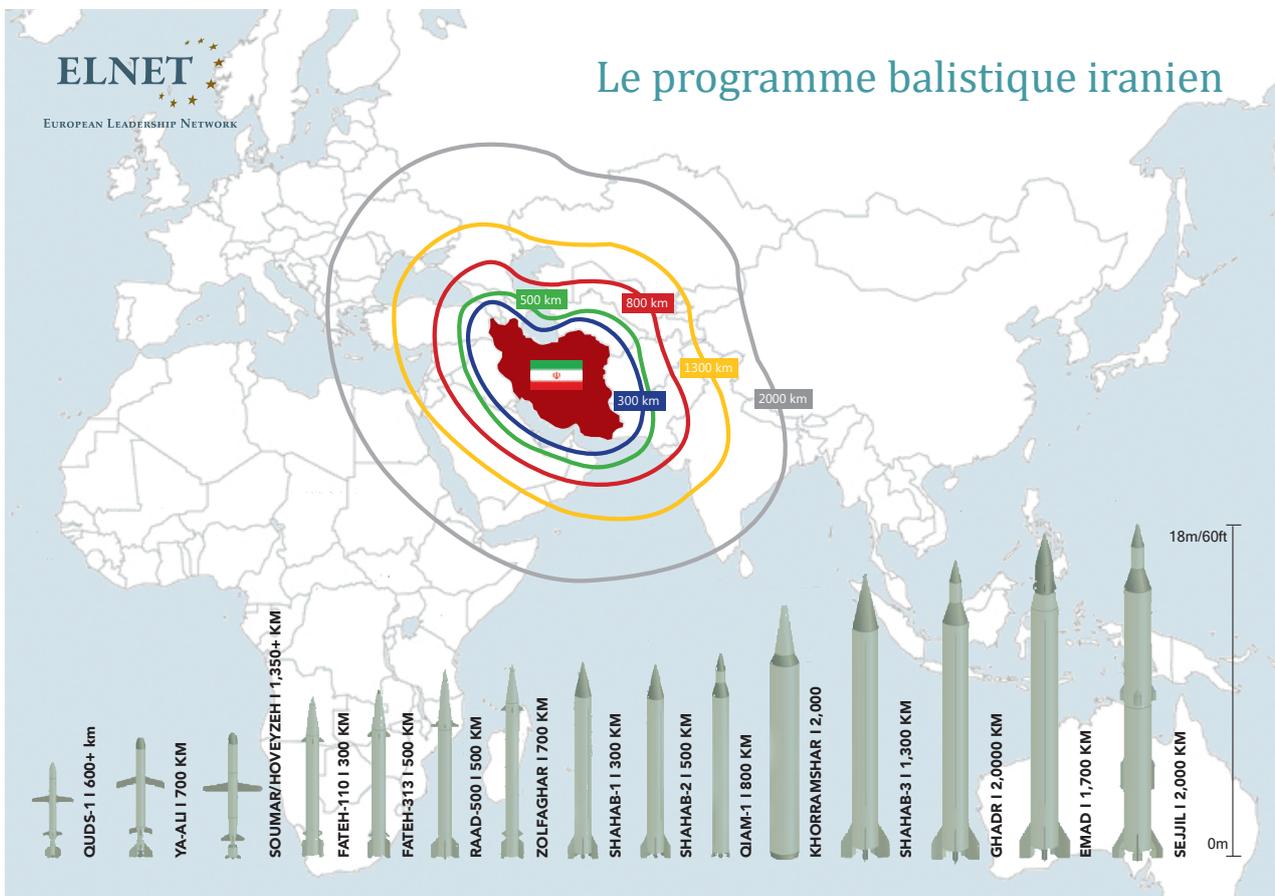
Selon les participants, il faut à tout prix éviter que l’Iran ne se dote de l’arme nucléaire afin de garantir la stabilité du Moyen-Orient et ne pas compromettre l’objectif de non-prolifération des armes nucléaires. De plus, la déstabilisation de la région aurait également des répercussions directes sur l’Europe. L’enjeu est donc d’établir une plateforme sécuritaire pour le Moyen-Orient incluant l’Iran.

Plusieurs intervenants soulignent qu’un accord, même imparfait, reste préférable à l’absence d’accord. Cependant, tous exigent la restriction du

programme de recherche nucléaire iranien. Téhéran doit également cesser de violer l’Accord. Pour l’heure, l’Accord est certes nécessaire, mais insuffisant : il doit être complété dans plusieurs domaines.

Les participants se sont notamment demandé si un accord « JCPoA 2.0 » intégrant la question des missiles balistiques, était envisageable à ce stade.

Certains ont proposé d’aborder les deux questions simultanément dès le début des pourparlers avec l’Iran. Les autres considéraient que les négociations sur les missiles de moyenne et longue portée auraient plus de chances d’aboutir après la conclusion d’un accord sur l’armement nucléaire. Plusieurs intervenants pensaient qu’il serait préférable de négocier d’abord sur les systèmes de missiles encore en développement, tels que le programme Khoramshahr. L’Iran serait susceptible d’accepter des concessions



dans ce domaine, permettant ainsi d'avancer vers une plus grande sécurité au Moyen-Orient. Il a été ajouté que les alliés de l'Iran disposent déjà de leurs propres capacités de production de missiles balistiques. Ils seraient même en mesure de fabriquer des missiles de précision, sujet essentiel pour les négociations.

Plusieurs intervenants ont insisté sur la nécessité d'intégrer d'autres acteurs régionaux dans les négociations afin d'inclure leurs demandes. A ce titre, la création d'une organisation internationale à l'instar de l'OSCE en Europe pour intensifier les échanges sur la politique de sécurité entre parties prenantes du Moyen-Orient a été évoquée. L'Europe a particulièrement bénéficié de l'existence de l'OSCE pendant la guerre froide. Cette expérience pourrait servir d'exemple à d'autres régions du monde.

L'aspect économique des négociations a lui aussi été mentionné. L'impulsion donnée par les Accords d'Abraham pourrait inciter l'Iran à coopérer davantage afin de pouvoir à son tour en bénéficier.

Une stratégie franco-allemande pour le Moyen-Orient ?

Autrefois, les Etats-Unis assuraient la stabilité, notamment au Moyen-Orient. Désormais, c'est aux deux moteurs de l'Europe, la France et l'Allemagne d'assumer davantage de responsabilité dans leur voisinage immédiat.

Les intervenants considèrent qu'il faudrait améliorer la marge de manœuvre des deux pays et de l'Europe en définissant plus clairement les intérêts communs. Selon les participants français, l'Union européenne ne dispose pas de stratégie commune. A titre d'exemple, la volonté du Président français Emmanuel Macron de trouver un consensus européen sur la dissuasion nucléaire a été rappelée. En effet, une doctrine commune à cet égard serait absolument nécessaire. Il serait également impératif d'évaluer ensemble les dangers stratégiques existants, comme le prouvent les négociations de l'Accord sur le nucléaire iranien.

BRIEFING POLITIQUE 3

Les Accords d'Abraham – L'Europe en retrait

Au cours du deuxième semestre 2020, quatre traités bilatéraux que l'histoire retiendra sous le nom d'Accords d'Abraham, ont été signés. Chacun d'eux vise à normaliser les relations entre Israël et les Émirats arabes unis (EAU), le Bahreïn, le Maroc et le Soudan. Il s'agit d'une avancée notable dans les relations entre Israël et le monde arabe. Par ces Accords, la Ligue arabe abandonne purement et simplement sa précédente doctrine conditionnant la reconnaissance de l'État hébreu à une résolution du conflit israélo-palestinien⁵⁹ et ouvre la voie à une paix durable au Moyen-Orient.

Des voix discordantes se sont néanmoins fait entendre, notamment en Europe, pour dénoncer un potentiel impact négatif, la faible probabilité d'une mise en œuvre ou encore l'instrumentalisation du Président américain Donald Trump et du Premier ministre israélien Benjamin Netanyahu pour leurs propres intérêts politiques⁶⁰. Avec la résurgence du conflit israélo-palestinien en mai 2021, certains ont affirmé que les Accords avaient tout simplement échoué⁶¹.

Les Accords d'Abraham constituent avant tout une déclaration d'intention entre Israël, les Émirats arabes unis et le Bahreïn pour préserver et promouvoir la paix au Moyen-Orient et dans le monde entier. Ils ont sciemment été nommés en référence à Abraham, père fondateur des trois religions monothéistes – le christianisme, le judaïsme et l'islam – pour souligner l'aspiration à une coexistence pacifique entre les différentes religions⁶². Les accords bilatéraux entre Israël et le Bahreïn⁶³, ainsi qu'entre Israël et les Émirats arabes unis⁶⁴, prévoient en outre l'établissement de relations diplomatiques ainsi que des traités de coopération économique. Alors que les Accords ont été signés le 15 septembre 2020 avec le Bahreïn et les EAU, la normalisation entre

Israël et le Soudan a été annoncée le 23 octobre 2020⁶⁵. Cet accord prévoyait notamment que le Soudan soit rayé de la liste des Etats finançant le terrorisme. Une démarche que les gouvernements allemand et français ont soutenue⁶⁶. La signature de l'accord conclu avec le Maroc a été rendue publique le 10 décembre 2020. Dans le cadre du processus de normalisation des relations avec Israël, les Etats-Unis se sont déclarés prêts à reconnaître la souveraineté du Maroc sur le Sahara occidental⁶⁷.

La fin du rejet catégorique

En 1967, la Ligue arabe proclamait les célèbres « trois non » de la résolution de Khartoum, « non à la paix avec Israël, non à la reconnaissance d'Israël, non aux négociations avec Israël. » L'initiative pour la paix proposée au Sommet de la Ligue arabe de 2002 est venue rebattre les cartes en formulant certaines conditions.



Les observateurs avaient déjà constaté des signes de rapprochement entre les EAU, Bahreïn et Israël lors de la présentation du plan de paix américain au Moyen-Orient en janvier 2020. Le « plan du siècle », comme l'a désigné le Président américain Donald Trump, avait été dévoilé en présence des ambassadeurs des Émirats arabes unis et de Bahreïn. Il prévoyait toutefois l'annexion de Jérusalem-Est, de la vallée du Jourdain et des colonies juives existantes en Cisjordanie. En juin 2020, l'ambassadeur émirati à Washington Yousef al-Otaiba s'exprimait dans l'un des plus grands quotidiens d'Israël, le « Yediot Aharonot ». Il y mettait en garde contre une annexion d'une partie de la Cisjordanie, tout en vantant les mérites d'un rapprochement entre Israël et les EAU⁶⁸. Une telle déclaration d'un représentant officiel d'un Etat arabe en faveur d'Israël est inédite. Les Accords d'Abraham ont été signés seulement quelques semaines plus tard.

Des décennies de travail diplomatique

La crédibilité des Accords d'Abraham a été ouvertement remise en question en Europe. En premier lieu parce qu'ils avaient été conclus sous le mandat du Président américain Donald Trump. De plus, il ne pouvait s'agir d'un véritable accord de paix, les EAU et Bahreïn n'ayant jamais été en guerre avec Israël⁶⁹. Certains doutent également des véritables intentions des EAU, ces derniers se félicitant d'avoir arrêté les projets d'annexion du Premier ministre Benjamin Netanyahu en signant les Accords. En effet, il semblerait qu'à aucun moment les Etats-Unis n'aient définitivement validé une telle démarche.⁷⁰

La normalisation officielle des relations entre Israël et les EAU résulte de plusieurs décennies d'efforts diplomatiques. Alors qu'il n'était encore qu'un simple collaborateur de l'ambassade israélienne, l'actuel ambassadeur d'Israël en Allemagne, Jeremy Issacharoff, a entamé dès 1994 à Washington D.C. un premier rapprochement prudent avec Abou Dhabi. A l'époque, les EAU s'efforçaient d'acquiescer des armements américains et souhaitaient faire approuver cet achat par Israël⁷¹. Depuis lors, les échanges se sont intensifiés.

MM. Trump et Netanyahu sont parvenus à faire preuve de détermination au bon moment, récoltant ainsi les fruits du travail de leurs prédécesseurs. On note néanmoins que l'établissement de relations diplomatiques et la conclusion d'accords de coopération dans les secteurs de l'économie, du tourisme et du transport aérien, vise principalement à défendre les intérêts nationaux⁷².

Les Etats arabes sunnites et Israël ont d'ailleurs un ennemi commun : l'Iran. Depuis que Téhéran a consolidé sa position hégémonique en Irak, en Syrie, au Liban et au Yémen dans le sillage de l'Accord de Vienne sur son programme nucléaire (JCPoA) et suite au désengagement progressif américain, l'État d'Israël apparaît de plus en plus comme un allié, compte tenu de sa puissance militaire et technologique⁷³. L'échec de la politique européenne et du gouvernement Obama vis-à-vis de l'Iran peut à certains égards être perçu comme l'une des raisons du rapprochement entre Israël et ses voisins sunnites⁷⁴.

L'Europe en retrait

Jusque-là, l'Europe s'est montrée particulièrement hésitante en particulier en raison du conflit israélo-palestinien. Elle craint surtout que les accords d'Abraham n'éloignent encore un peu plus la perspective d'une solution à deux Etats, incitant de moins en moins Israël à négocier directement avec les Palestiniens.

De plus, l'absence de dirigeant crédible pour l'Autorité palestinienne depuis de nombreuses années pose de réelles difficultés. Le Président Mahmoud Abbas a certes été élu en 2006, mais ne gouverne plus que par décrets depuis 2009. Les élections qui devaient avoir lieu ont sans cesse été reportées depuis lors, y compris le scrutin législatif prévu en 2021. Continuer à attendre un négociateur légitime du côté palestinien ne semble pas pertinent, au vu des maigres perspectives de changement. Les tirs de roquettes dirigés vers Israël ces dernières semaines ont clairement démontré, s'il le fallait encore, que le Hamas, qui contrôle la bande de Gaza,

INFORMATION

LA RÉSURGENCE DU CONFLIT ISRAËLO- PALESTINIEN

Après plusieurs semaines de tensions à Jérusalem, la situation s'est embrasée dans la soirée du 10 mai 2021. Le Hamas et le Jihad islamique ont tiré au total plus de 4000 roquettes sur le territoire et les civils israéliens depuis la bande de Gaza⁷⁸. Ce n'est qu'après environ deux semaines d'affrontements qu'un cessez-le-feu a pu être conclu.

Cette récente escalade de violence peut aussi être en partie considérée comme le résultat de la normalisation des relations avec les pays arabes. Les affrontements visent à remettre le conflit israélo-palestinien au centre de la lutte de pouvoir dans la région

et à semer la discorde entre Israël et ses nouveaux partenaires⁷⁹.

Toutefois, même si des critiques ont été exprimées par les EAU, le Bahreïn, le Maroc et le Soudan face aux ripostes israéliennes, aucun de ces pays n'est prêt à rompre la coopération avec Israël⁸⁰. Les observateurs considèrent davantage les déclarations faites comme de simples outils de communication interne visant à calmer leurs propres populations, souvent acquises à la cause palestinienne⁸¹.

Le conflit illustre autant les faiblesses des accords de normalisation que leurs forces. Même s'il ne s'agit pas d'un traité de paix israélo-palestinien à proprement parler, ces accords peuvent à long terme favoriser l'élaboration d'une telle paix⁸².

La pression s'accroît sur les au-

torités palestiniennes pour un retour à la table des négociations avec Israël. Par ailleurs, les nouveaux partenaires arabes d'Israël peuvent user de leur influence pour inciter le gouvernement palestinien à chercher une solution pacifique au conflit avec Israël. Des premiers pas dans cette direction ont été observés lors de la récente escalade du conflit. Les Émirats arabes unis ont rappelé qu'ils ne poursuivraient leur soutien financier à la bande de Gaza qu'à condition que le Hamas s'abstienne de nouveaux affrontements⁸³.

ne cherche pas une solution pacifique avec Israël et n'a toujours pas l'intention de reconnaître l'existence d'un État juif.

Par conséquent, la solution à deux États, activement poursuivie depuis la Conférence de Madrid (1991), est-elle encore d'actualité⁷⁵ ? Pour pouvoir durablement jouer un rôle dans la politique au Moyen-Orient, l'Europe doit se positionner dans ce contexte et participer activement à l'élaboration d'approches alternatives discutées depuis longtemps en Israël et en Cisjordanie parallèlement à la solution à deux États.

Une responsabilité doublée d'une opportunité

Les Accords d'Abraham rebattent les cartes dans la région. Un nombre croissant de pays arabes ne considèrent déjà plus le conflit israélo-palestinien comme la priorité absolue. A long terme, la normalisation des relations avec les États arabes pourrait servir de cadre pour relancer des négociations de paix entre Israéliens et Palestiniens (voir encadré). De plus, les Accords de paix modifient considérablement les rapports de forces au Moyen-Orient. Face aux aspirations hégémoniques régionales de l'Iran se dresse désormais une nouvelle alliance d'intérêts qui limite la marge de manœuvre du gou-

vernement iranien. Les Accords d'Abraham offrent donc une opportunité à l'Europe de répondre plus fermement à la menace croissante de l'Iran et de garantir la sécurité et la stabilité au Moyen-Orient.

L'Europe semble pourtant rater l'opportunité donnée par les Accords d'Abraham de défendre ses propres intérêts au Moyen-Orient. Cette situation est d'autant plus explosive que le nouveau gouvernement américain formé par le Président Joe Biden oriente de plus en plus sa politique étrangère vers d'autres régions du monde⁷⁶ et que la guerre froide entre l'Iran et l'Arabie saoudite ne cesse de s'aggraver⁷⁷.

L'Union européenne a tout intérêt à encourager le rapprochement des Etats arabes et d'Israël. La mise en place d'une politique étrangère et sécuritaire commune à l'échelle européenne devrait par conséquent refléter les changements géopolitiques initiés au Moyen-Orient par les Accords d'Abraham. La France et l'Allemagne en particulier devraient profiter de leur puissance diplomatique et de leur réputation internationale pour s'investir davantage dans le processus de normalisation entamé.

COMPTE-RENDU 3

Les Accords d'Abraham : un espoir de paix pour le Moyen-Orient ?

Ce rapport est un résumé de la troisième table ronde du Forum de Strasbourg du 1er juin 2021. Il synthétise les évaluations de politique étrangère et de sécurité des Accords d'Abraham conclus entre Israël et quatre États arabes en 2020, et présente des recommandations pour l'Europe.

L'établissement de relations diplomatiques étroites entre les États arabes et Israël a longtemps été impensable. Pendant des décennies, la Ligue arabe a considéré que la reconnaissance de l'État d'Israël était conditionnée à une résolution du conflit israélo-palestinien. Lorsqu'Israël a conclu des traités de paix avec les Émirats arabes unis (EAU), Bahreïn, le Maroc et le Soudan au second semestre 2020, leurs relations ont pris un nouveau tournant.

Tous les participants ont salué la signature des Accords d'Abraham. En effet, ils pourraient impulser une nouvelle dynamique pour une plus grande

Recommandations

- ▶ Établir de nouvelles approches stratégiques en adéquation avec les nouvelles réalités au Moyen-Orient depuis les Accords d'Abraham.
- ▶ Définir une réponse européenne aux Accords d'Abraham ainsi que des actions pour permettre d'autres accords de paix.
- ▶ Fournir un appui européen à la création d'une plateforme sécuritaire solide pour le Moyen-Orient.
- ▶ Apporter un soutien européen actif pour une plus grande coopération économique et une intégration plus poussée dans la région.

stabilité au Moyen-Orient. Selon les intervenants, l'établissement de relations entre Israël et les EAU, Bahreïn, le Maroc et le Soudan a fondamentalement modifié les rapports de forces dans la région. À long terme, on espère un véritable rapprochement entre les pays arabes et Israël.

Le contexte

Le débat s'est longuement penché sur le contexte ayant conduit à la conclusion des quatre traités de paix.

Selon les experts, les accords d'Abraham diffèrent des précédents accords de paix entre Israël, la Jordanie et l'Égypte. Tout d'abord, il n'y a jamais eu de conflit direct entre les quatre États concernés et Israël. Les premières mesures de normalisation ont été prises dès le milieu des années 1990 et ont été successivement étendues. Alors que les accords avec l'Égypte et la Jordanie ont été décidés au niveau gouvernemental (G2G : « *Government to government* »), les Accords d'Abraham s'appuient sur des relations personnelles et économiques entre les pays respectifs. Les États partagent l'objectif d'établir des relations durables, comme le prouve le maintien des accords malgré la nouvelle escalade du conflit entre le Hamas et Israël en mai 2021.

Selon les participants, les intérêts économiques et sécuritaires des différentes parties prenantes ont joué un rôle important dans la concrétisation des Accords. L'hostilité commune à l'égard de l'Iran est l'un des principaux facteurs à l'origine de l'établissement de relations entre les États arabes sunnites et Israël. Ces derniers se méfient également de la politique américaine et européenne à l'égard de Téhéran pour garantir la sécurité dans la région. Les concessions importantes faites par l'administration américaine sous la présidence de Donald Trump ont également été jugées cruciales pour les accords. Si le Maroc a reconnu Israël, c'est avant tout parce qu'il a obtenu des États-Unis son objectif diplomatique absolu : la reconnaissance du Sahara occidental. Quant aux Émirats arabes unis, ils ont obtenu une vingtaine de chasseurs bombardiers. L'accord

israélien à cette vente a été déterminant. Certains participants ont donc estimé que l'établissement de relations officielles était avant tout motivé par des intérêts stratégiques nationaux.

Au cours de la discussion, il a été souligné à plusieurs reprises que la normalisation des relations était une étape importante. Chaque accord de paix contribue à la stabilité de la région et ouvre la voie à une coexistence pacifique entre Israël et ses voisins arabes.

L'impact sur le conflit israélo-palestinien

La partie allemande a mentionné les conséquences possibles sur les relations israélo-palestiniennes. Pour l'instant, la normalisation se déroule sans la participation de la population palestinienne.

À long terme, il est essentiel d'inclure la population palestinienne pour assurer une paix et une stabilité durables dans la région. Mais il faut avant tout permettre la tenue d'élections démocratiques dans les territoires palestiniens pour renforcer la légitimité du gouvernement.

Au cours de la discussion, les participants ont suggéré d'élargir la coopération, afin de permettre à l'Autorité palestinienne de participer à l'essor économique, en mettant l'accent sur les besoins et les attentes de la population, et ainsi l'inclure dans le processus de paix. Toutefois, sans preuve de bonne volonté des deux parties, aucune solution au conflit ne pourra aboutir. Le gouvernement palestinien devra d'abord revenir à la table des négociations et être prêt à accepter les réalités du terrain. Dans le même temps, les participants se sont demandé si une solution à deux États était encore envisageable ou s'il convenait de considérer d'autres options pour résoudre le conflit.

Le rôle de l'Europe

L'influence que l'Europe pourrait exercer à l'avenir sur le processus de normalisation entre Israël et les États arabes a été au cœur des discussions. Les ac-

cords de paix conclus à ce jour ont été négociés grâce à la médiation des États-Unis, sans participation européenne. Les dirigeants européens sont donc restés très discrets.

Il a été souligné que l'Europe avait manqué l'opportunité d'imprimer sa marque sur les évolutions générées par les Accords d'Abraham. Il est donc primordial pour l'Union européenne (UE) et les États membres d'investir dorénavant tout leur capital politique pour faire avancer la normalisation. Il est indispensable que l'UE parle d'une seule voix pour participer à la nouvelle dynamique du Moyen-Orient. L'Allemagne et la France peuvent à ce titre jouer un rôle de moteur.

Jusqu'à présent, seul Israël constituait le facteur démocratique et stabilisant de la région mais la donne a désormais changé. Selon les parlementaires français et allemands, seule une approche « *bottom/up* » au plus près des besoins des populations, pourra permettre l'émergence de la paix à long terme. À cette fin, il serait pertinent d'aborder les différentes options de résolution du conflit dans le respect des accords de paix d'Oslo de 1993. Ce débat devrait également tenir compte des nouvelles réalités et des positions des acteurs sur le terrain.

Le rapprochement entre Israël et les EAU, Bahreïn, le Maroc et le Soudan n'est qu'un premier pas en direction de la paix, mais il pourrait avoir un impact positif sur l'approfondissement des relations entre Israël et ses voisins arabes.

Compte tenu des valeurs communes de l'Union européenne et d'Israël, l'Europe devrait soutenir ces évolutions pour atteindre la stabilisation profonde et durable du Moyen-Orient.

COMPTE-RENDU DU SOMMET

Boussole stratégique de l'Union Européenne : quelles stratégies pour le Moyen-Orient ?

Ce rapport est un résumé du sommet final du Forum de Strasbourg du 1er juillet 2021. Les échanges ont porté sur la politique étrangère et de sécurité ainsi que sur les recommandations d'action concernant la politique européenne au Moyen-Orient.

Le Forum de Strasbourg est un format de discussion organisé conjointement par ELNET Allemagne et ELNET France. Il propose aux parlementaires allemands et français ainsi qu'à d'autres experts un échange politique approfondi au travers de trois tables rondes virtuelles et d'un sommet de clôture afin d'apporter une nouvelle impulsion franco-allemande à la politique étrangère et de sécurité de l'Europe.

De nouvelles stratégies pour la politique européenne au Moyen-Orient

Ces derniers mois, le Moyen-Orient a connu d'importants bouleversements. La signature des Accords d'Abraham – normalisant les relations diplomatiques entre Israël et les Émirats arabes unis (EAU), Bahreïn, le Maroc et le Soudan – représente un pas décisif vers la stabilisation de la région, permettant également d'envisager la mise en place d'une nouvelle plateforme sécuritaire. À ce titre, le rôle de l'Iran ne doit pas être négligé : l'obtention probable de l'arme nucléaire ainsi que l'influence des « proxys » iraniens sur plusieurs États, constituent une me-

nace croissante pour le Moyen-Orient.

C'est dans ce contexte que se sont déroulées les discussions du Sommet du Forum de Strasbourg, introduites par Ursula Groden-Kranich et Christophe Arend, tous deux députés. Ursula Groden-Kranich, se référant aux trois dernières tables rondes, a insisté sur la nécessité pour l'Europe de réajuster sa politique vis-à-vis de l'Iran. L'élection d'Ebrahim Raïssi à la présidence a montré que les conservateurs se renforcent, ce qui nécessite désormais une approche différenciée. L'élection de Joe Biden pourrait favoriser le rapprochement entre l'Europe et les États-Unis.

Christophe Arend s'est fait l'écho de ces remarques : il a souligné la qualité des échanges franco-allemands en matière de politique étrangère et de sécurité, notamment au niveau parlementaire. Selon lui, l'échelon parlementaire s'inscrit dans une approche dite « *bottom/up* », facteur de succès essentiel sans lequel la paix ne peut avoir lieu. En Europe, où la politique dite de « *top/down* » a dominé, la réconciliation franco-allemande a pris du temps. Aujourd'hui, la prise en considération des attentes des peuples permettra d'accélérer le processus au Moyen-Orient.

L'ambassadeur Christian Buck, directeur régional Moyen-Orient et Afrique du Nord du Ministère allemand des Affaires étrangères, et son homologue français, Christophe Farnaud, ont apporté leur éclairage sur la politique actuelle au Moyen-Orient.

Selon l'ambassadeur Christian Buck, l'escalade des tensions entre Israël et le Hamas en mai 2021 a rappelé l'importance du dialogue dans la région. En impliquant l'Égypte et la Jordanie par l'intermédiaire du « Groupe de Munich », la France et l'Allemagne cherchent à rapprocher toutes les parties du conflit et ainsi créer une nouvelle impulsion au Moyen-Orient. En outre, le Dr. Buck a réaffirmé le soutien de l'Allemagne au droit d'Israël à l'autodéfense. Il a déclaré que rien ne justifiait les quelque 4000 roquettes tirées par le Hamas sur le territoire israélien. Enfin, il s'est prononcé en faveur du respect du

statu quo à Jérusalem et s'est montré critique sur la construction d'implantations israéliennes.

L'ambassadeur Christophe Farnaud a estimé que les Européens devaient participer activement aux changements au Moyen-Orient au lieu de se contenter de les accepter passivement. Les enjeux liés au Moyen-Orient ne doivent pas être négligés. En effet, cette région est stratégique pour l'Europe compte tenu de sa proximité géographique mais également en raison de la menace terroriste. La question migratoire doit aussi être prise en compte. Contrairement aux idées reçues, l'Europe jouait déjà un rôle actif dans sa politique de voisinage, notamment en assurant une médiation dans le conflit entre Israël et les Palestiniens qu'il est essentiel de renforcer selon Christophe Farnaud.

Le défi iranien

Les intervenants ont ensuite discuté de la menace iranienne. M. Farnaud a souligné qu'elle ne se limitait pas à la production d'armes nucléaires. Selon Ursula Groden-Kranich, le rôle déstabilisateur des forces pro-iraniennes (« *proxies* ») dans de nombreux États de la région doit être également pris en compte dans la renégociation de l'accord sur le nucléaire, tout comme la question du programme iranien de missiles à moyenne et longue portée.

L'ambassadeur Buck a également souligné la pertinence d'un nouvel accord nucléaire. Il a toutefois ajouté qu'il était impossible de juger à ce stade de l'issue des négociations à Vienne. Il semble également difficile de prédire les changements liés à la nouvelle présidence en Iran et les opportunités de négociations restent extrêmement limitées jusqu'en août 2021. En raison des « *sunset clauses* », plus les négociations durent, plus la question du sens et de l'objectif de l'accord se pose. Les plus fervents opposants à l'accord pourraient s'en réjouir. Mais pour l'heure, il n'existe pas d'alternative évidente au JCPoA.

Au cours de la discussion, il a été noté à plusieurs reprises qu'une réflexion stratégique à long terme

était nécessaire. Les dernières clauses expireront en 2031. D'ici cette date, il est fort possible que l'Iran ait étendu son influence dans la région.

L'Ambassadeur Joshua Zarka, Directeur général adjoint pour les affaires stratégiques au Ministère israélien des Affaires étrangères, a souligné qu'un accord nucléaire permanent avec l'Iran pourrait être important pour la stabilité du Moyen-Orient. Toutefois, l'actuel JCPOA n'y parvient pas, ne faisant que reporter la confrontation de quelques années. En effet, l'Iran pourrait légalement se procurer des missiles en l'espace de seulement trois ans. En quatre ans, il pourrait légalement développer les capacités des centrifugeuses et ainsi raccourcir la période de « *breakout* » (correspondant au temps qu'il faudrait à l'Iran pour produire une bombe nucléaire), ce qui est totalement inacceptable. En outre, il serait problématique que Téhéran s'oppose à un accord qui limiterait ses capacités nucléaires militaires.

Michael Herzog, directeur du Forum de dialogue stratégique, a ajouté un élément important. Initialement, l'objectif du JCPOA consistait à garantir aux Européens – par le biais de restrictions – un an de délai avant que l'Iran ne se dote de l'arme nucléaire, leur laissant ainsi le temps de réagir. Mais dans l'intervalle, le régime des Mollahs a développé des connaissances irréversibles dans le domaine de l'armement nucléaire. Une période plus longue serait donc nécessaire pour un « *breakout* ». La situation en Iran aurait été aggravée par la construction de centrifugeuses dont le démantèlement ne peut être garanti. Les Européens ne peuvent ignorer ces nouveaux faits.

La discussion s'est orientée vers la menace terroriste en Europe et le rôle déstabilisateur des « *proxies* » iraniens au Moyen-Orient, en particulier le Hezbollah libanais. La députée française Constance Le Grip a regretté que la France n'ait pas encore pris toutes les mesures possibles à l'égard du Hezbollah, notamment la condamnation et l'interdiction de sa branche politique, et a suggéré une plus grande coordination des politiques française et allemande au Liban. Pour la députée, il est possible

que le Quai d'Orsay regarde ce sujet différemment compte tenu des relations historiques qu'entretiennent la France et le Liban. M. Farnaud a noté sur ce point que la distinction entre les branches politique et militaire du Hezbollah n'était pas seulement française mais européenne. Selon lui, elle reste justifiée bien qu'elle ne soit partagée ni par les Allemands ni par les Israéliens.

Quelles opportunités pour l'Europe et le Moyen-Orient pour la prochaine décennie ?

Les Français comme les Allemands souhaitent que les populations civiles de la région soient plus activement associées aux actions menées pour la sécurité au Moyen-Orient. Selon l'ambassadeur Christian Buck, les Accords d'Abraham offrent de nombreuses opportunités dans ce domaine. Les responsables politiques européens échangent de façon intensive avec les sociétés civiles de la région. M. Farnaud a également qualifié cet engagement d'important, mais a fait remarquer que de nombreux États de la région considéraient parfois la participation de ces acteurs comme une ingérence dans la politique intérieure.

Selon Mme Groden-Kranich, la récente confrontation entre Israël et les groupes terroristes de la région – Hamas et Djihad islamique – a permis de montrer que les Accords d'Abraham avaient une valeur réelle. La normalisation des relations avec quatre États arabes participe à la stabilité de la région. Dans la perspective du nouveau gouvernement israélien, elle espère un nouvel élan pour le processus de paix et plaide pour l'élection de dirigeants légitimes pour les Territoires palestiniens. Une préoccupation que partage l'ambassadeur Buck.

M. Farnaud a souligné que les Accords d'Abraham ne résultent pas uniquement des actions menées par l'administration de l'ancien Président Donald Trump mais plutôt d'une dynamique profonde sur une période beaucoup plus longue. Une évolution positive qui pourrait ouvrir de nouvelles opportunités pour le conflit israélo-palestinien.

Conclusion

Je remercie ELNET pour son invitation et pour son initiative sur « L'Europe et le Moyen-Orient » dans le cadre du « Forum de Strasbourg ». Du Maghreb à l'Iran en passant par Israël et la Palestine, tous les dossiers bilatéraux et régionaux revêtent en effet une importance stratégique pour l'Europe et pour la France.

Car les liens sont profonds, historiques et les défis, nombreux : politiques, sécuritaires, mais aussi économiques, migratoires ou culturels.

Face à ces enjeux, l'Union européenne joue son rôle et doit encore le renforcer. Les Européens s'appuient sur tout ce qui les lie à cette région si proche pour contribuer positivement aux évolutions en cours.

L'Europe est liée par de nombreux accords de coopération avec les pays de la rive sud de la Méditerranée. Sur les 19 milliards d'euros de la politique de voisinage pour la période 2021-2027, les deux tiers seront consacrés au voisinage sud de l'Union européenne.

Par ailleurs, l'Europe connaît les répercussions que peuvent avoir les crises régionales sur son propre territoire. Elle joue tout son rôle pour œuvrer à des solutions équilibrées et durables. Le conflit israélo-palestinien, qui reste un enjeu majeur, fait l'objet d'un engagement continu des Européens en faveur de la solution à deux Etats. La récente escalade a montré la nécessité de traiter les causes structurelles du conflit et l'Europe entend renforcer un dialogue constructif et exigeant avec les Israéliens et les Palestiniens afin de contribuer au rétablissement d'une véritable perspective politique. C'est le sens de l'action menée par la France et l'Allemagne avec leurs partenaires égyptiens et jordaniens.

Sur le dossier du nucléaire iranien, l'Union européenne, qui avait joué un rôle moteur pour parvenir à l'accord de juillet 2015, se mobilise aujourd'hui pour obtenir un accord pleinement satisfaisant.



La Libye constitue également un enjeu majeur pour l'action de l'Union européenne et la dernière conférence de Berlin II a montré la bonne coordination des Européens, en particulier de la France, de l'Allemagne et de l'Italie.

Sur tous ces sujets, le travail avec nos partenaires allemands est toujours étroit. Nos deux pays disposent d'un réel pouvoir d'impulsion au sein de l'Union européenne au service d'une Europe mieux à même de faire valoir ses intérêts et de développer ses relations avec les pays de la région.

A l'occasion de la présidence du Conseil qu'elle assurera au premier semestre de l'année prochaine et dans le contexte de crises persistantes, la France veillera à ce que l'Union européenne continue de jouer pleinement le rôle qui doit être le sien au Moyen-Orient.

Ambassadeur Christophe Farnaud

Directeur d'Afrique du Nord et du Moyen-Orient au ministère de l'Europe et des Affaires étrangères



Conclusion

Au Ministère des Affaires étrangères, peu de régions nous occupent autant que le Moyen-Orient. Je tiens à remercier ELNET d'avoir organisé cette série de conférences, qui a permis la tenue d'échanges approfondis.

L'escalade des tensions en Israël et dans les territoires palestiniens au mois de mai nous a montré la nécessité de trouver une solution politique au conflit entre Israël et les Palestiniens. En cas d'échec, la violence réapparaîtra encore et encore, avec des conséquences terribles pour les populations des deux côtés.

Les tirs de roquettes du Hamas et d'autres groupes terroristes depuis la bande de Gaza vers Israël sont inacceptables. Israël avait donc le droit de se défendre contre ces attaques. Mais il était également important d'obtenir un cessez-le-feu. Nous remercions donc l'Égypte d'avoir assuré le rôle de médiateur. Désormais, il est essentiel que ce cessez-le-feu tienne. Il nous faut prendre en considération l'en-

semble des facteurs précédant les terribles violences de mai à Gaza et en Israël, mais aussi à Jérusalem et en Cisjordanie occupée.

Nous devons aussi veiller à ce que tous ceux qui souffrent le plus à Gaza obtiennent de l'aide sans délai. L'Allemagne a déjà proposé plus de 50 millions d'Euros à cette fin cette année. La population a non seulement besoin d'une aide rapide, mais également de perspectives économiques et politiques à long terme.

La France, l'Allemagne, l'Égypte et la Jordanie s'efforcent de rapprocher les différentes parties du conflit par petits pas. Nous travaillons ensemble sur ce sujet dans le cadre du « Groupe de Munich ».

Nous devons également faire preuve de persévérance sur un autre enjeu de taille pour la région : l'Iran. Nous voulons empêcher l'Iran de développer ou d'acquérir l'arme nucléaire. Contenir le programme nucléaire de l'Iran à long terme est donc une priorité absolue. Des pourparlers visant à rétablir le JCPoA sont en cours à Vienne depuis le début du mois d'avril. Un accord est possible, mais il n'est pas garanti.

Afin de stabiliser la région sur le long terme, d'autres sujets doivent également nous préoccuper. Le rétablissement du JCPoA est notre première priorité. Dans un deuxième temps, la France, l'Allemagne, le Royaume-Uni – ou « E3 » – et les États-Unis, recherchent une solution pour garantir que le programme nucléaire iranien continue à remplir des objectifs exclusivement pacifiques. Nous souhaitons travailler avec nos partenaires dans la région pour garantir la sécurité de tous. Cela implique des mesures de désescalade et de rétablissement de la confiance.

Au Moyen-Orient, les défis ne manquent pas. Je me réjouis que nous ayons un partenaire fiable, la France, avec lequel nous pouvons travailler étroitement.

Ambassadeur Dr. Christian Buck

Directeur régional Moyen-Orient et Afrique du Nord au Ministère allemand des Affaires étrangères

Quellenverzeichnis / Bibliographie

- 1 **Verfassungsschutz:** „Antisemitismus im Islamismus“, Juni 2019, in <https://www.verfassungsschutz.de/download/broschuere-2019-06-antisemitismus-im-islamismus.pdf>.
- 2 **Putz, Ulrike:** „Hezbollah Unlikely to Feel Sanctions“, 22.07.2013 in <https://www.spiegel.de/international/world/eu-terrorist-group-designation-to-have-little-impact-on-hezbollah-a-912448.html>.
- 3 **Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat:** „Bekanntmachung eines Vereinsverbots gegen die Vereinigung Hizb Allah“, 26.03.2020 in https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2020/verbotsverfuegung-hizb-allah.pdf?__blob=publicationFile&v=2.
- 4 **Mandelker, Sigal:** „Speech before the Foundation for the Defense of Democracies“, 05.06.2018 in <https://home.treasury.gov/news/press-releases/sm0406>.
- 5 **Kurtzer, Daniel C.:** „Israel and Hezbollah: Deterrence and the Threat of Miscalculation“, 11.09.2017 in <https://www.cfr.org/report/israel-and-hezbollah-deterrence-and-threat-miscalculation>.
- 6 **Harel, Amos/ Cohen, Gili:** „Hezbollah: From terror group to army“, 12.07.2016 in <https://www.haaretz.com/st/c/prod/eng/2016/07/lebanon2/>.
- 7 **Katzman, Kenneth:** „Iran’s Foreign and Defense Policies“, 11.01.2021 in <https://fas.org/sgp/crs/mideast/R44017.pdf>.
- 8 **High Level Military Group:** „Hizballah’s Terror Army: How to Prevent a Third Lebanon War“, 2017 in <http://www.high-level-military-group.org/pdf/hlmg-hizballahs-terror-army.pdf>.
- 9 **Gross, Judah Ari:** „IDF destroys Hezbollah ‘flagship’ attack tunnel after studying it“, 30.05.2019 in <https://www.timesofisrael.com/idf-destroys-hezbollah-flagship-attack-tunnel-after-studying-it/>.
- 10 **Katz, Brian:** „Will Hezbollah’s Rise Be Its Downfall?“, 08.03.2019 in <https://www.foreignaffairs.com/articles/israel/2019-03-08/will-hezbollahs-rise-be-its-downfall>.
- 11 **Sales, Nathan A.:** „Remarks at AJC Hizballah/Europe Event“, 17.09.2020 in <https://2017-2021.state.gov/remarks-at-ajc-hizballah-europe-event/index.html>.
- 12 **Rasmussen, Sune Engel / Osseiran, Nazih:** „Hezbollah, Allies Gain Seats in Lebanon Parliament Vote“ 08.05.2018 in <https://www.wsj.com/articles/hezbollah-allies-gain-seats-in-lebanon-parliament-vote-unofficial-results-show-1525727354>.
- 13 **Feltman, Jeffrey:** „Hezbollah: Revolutionary Iran’s most successful export“, 17.01.2019 in <https://www.brookings.edu/opinions/hezbollah-revolutionary-irans-most-successful-export/>.
- 14 **Reuter, Christoph:** „Krise im Libanon: Im freien Fall“, 28.09.2020 in <https://www.spiegel.de/politik/ausland/libanon-emmanuel-macron-ist-wuetend-auf-die-eliten-in-beirut-a-8f853332-9011-4047-bbe2-0bfc37529726>.
- 15 **AEI’s Critical Threats Project:** „Map of potential Hezbollah missile ranges“, 11.05.2010 in <https://www.criticalthreats.org/analysis/hezbollah-potential-missile-ranges-map>.
- 16 **Murciano, Gil:** „Israel vis-à-vis Iran in Syrien: Die Gefahren einer aktiven Eindämmung“, 03.01.2018 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/israel-und-irans-wachsender-einfluss-in-syrien/>.
- 17 **Lappin, Yaakov:** „Israel’s Red Lines in Lebanon and Syria“, 03.02.2019 in <https://besacenter.org/perspectives-papers/israel-red-lines-lebanon-syria/>.
- 18 **UN Security Council:** „Resolution 1701“, 11.08.2006 in [https://undocs.org/S/RES/1701\(2006\)](https://undocs.org/S/RES/1701(2006)).
- 19 **UN Security Council:** „Resolution 1559“, 02.09.2004 in [https://undocs.org/S/RES/1559\(2004\)](https://undocs.org/S/RES/1559(2004)).
- 20 **Exum, Andrew:** „The Hubris of Hezbollah“, 18.09.2017 in <https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/09/hezbollah-israel-lebanon-isis-syria-iran/540105/>.
- 21 **High Level Military Group:** „Hizballah’s Terror Army: How to Prevent a Third Lebanon War“, 2017 in <http://www.high-level-military-group.org/pdf/hlmg-hizballahs-terror-army.pdf>.
- 22 **Exum, Andrew:** „The Hubris of Hezbollah“, 18.09.2017 in <https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/09/hezbollah-israel-lebanon-isis-syria-iran/540105/>.
- 23 **High Level Military Group:** „Hizballah’s Terror Army: How to Prevent a Third Lebanon War“, 2017 in <http://www.high-level-military-group.org/pdf/hlmg-hizballahs-terror-army.pdf>.
- 24 **Lieber, Dov / Fulbright, Alexander:** „Hezbollah chief threatens Israel’s Dimona nuclear reactor“, 16.02.2017 in <https://www.timesofisrael.com/hezbollah-chief-threatens-israels-dimona-nuclear-reactor/>.
- 25 **UN Security Council:** „Resolution 1701“ in [https://undocs.org/S/RES/1701\(2006\)](https://undocs.org/S/RES/1701(2006)), 26.02.2021.
- 26 **UN Security Council:** „Resolution 1559“, 02.09.2004 in [https://undocs.org/S/RES/1559\(2004\)](https://undocs.org/S/RES/1559(2004)).
- 27 **The Counter Extremism Project:** „Hezbollah“ in <https://www.counterextremism.com/threat/hezbollah>.
- 28 **European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction and Europol:** „EU Drug Markets Report 2019“, 2019 in https://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/12078/20192630_TD0319332ENN_PDF.pdf.
- 29 **Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat:** „Verfassungsschutzbericht 2019“, 09.07.2020 in <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vsb-ericht-2019>.
- 30 **UN Secretary-General:** „Tip of the Iceberg: Report on Resolution 1701“, 05.01.2020 in <https://www.inss.org.il/publication/tip-of-the-iceberg-report-of-the-un-secretary-general-on-resolution-1701-november-2019/>.
- 31 **High Level Military Group:** „Hizballah’s Terror Army: How to Prevent a Third Lebanon War“, 2017 in <http://www.high-level-military-group.org/pdf/hlmg-hizballahs-terror-army.pdf>.
- 32 **Bopp, Lena / Ehrhardt, Christoph:** „Im Herzen des Reichs der Hizbullah“, 04.02.2021 in <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/mord-an-lokman-slim-im-libanon-im-reich-der-hizbullah-17181657.html>.

>> Quellenverzeichnis / Bibliographie

- 33 **Auswärtiges Amt:** „Die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm“, 14.10.2020 in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/wiener-nuklearvereinbarung-atom-programm-iran/202458>.
- 34 **Amerika Dienst:** „Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Atomabkommen mit dem Iran“, 08.05.2018 in <https://de.usembassy.gov/de/jcpoa/>.
- 35 **Heller, Jeffrey:** „Netanyahu urges no return to Iran nuclear deal“, 22.10.2020 in <https://www.reuters.com/article/us-iran-nuclear-israel-usa/netanya-hu-urges-no-return-to-iran-nuclear-deal-idUSKBN2820P0>.
- 36 **Stern, Maram:** „Nie wieder!“, 27.01.2020 in <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/nie-wieder-3/>.
- 37 **Zamirad, Azadeh:** „Die Atomvereinbarung mit Iran. Gegenstand, Genese, Gefahren“, 15.05.2020 in <https://www.bpb.de/apuz/309940/die-atom-vereinbarung-mit-iran>.
- 38 **Lohmann, Sascha/ Meier, Oliver/ Zamirad, Azadeh:** „Irans Atomabkommen: Washington und Brüssel auf Kollisionskurs“, 09.05.2019 in https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A5_3_lom_mro_zmd.pdf.
- 39 **IAEA International Atomic Energy Agency:** „Verification and monitoring in the Islamic Republic of Iran in light of United Nations Security Council resolution 2231 (2015)“, 14.08.2015 in <https://www.iaea.org/sites/default/files/20/11/gov2020-51.pdf>.
- 40 **Brüggmann, Matthias/ Fischer, Eva/ Siebenhaar, Hans-Peter:** „Iran erhöht seine Urananreicherung – und lässt so den Atomstreit eskalieren“, 04.01.2021 in <https://www.handelsblatt.com/politik/international/gefaehrdetes-abkommen-iran-erhoeht-seine-urananreicherung-und-laesst-so-den-atomstreit-eskalieren/26767342.html?ticket=ST-11529901-bDK62Qob0eDvOik00Lnw-ap6>.
- 41 **Tagesschau:** „Iran beginnt mit höherer Urananreicherung“, 04.01.2021 <https://www.tagesschau.de/ausland/iran-anreicherung-uran-fordo-101.html>.
- 42 **Oltmer, Thorsten:** „Plastikschlüssel zum Paradies“, 29.03.2010 in <https://www.spiegel.de/spiegel/spiegelgeschichte/d-69790589.html>.
- 43 **Defense Intelligence Agency of the United States of America:** „Iran Military Power – Ensuring Regime Survival and Securing Regional Dominance“, 01.08.2019 in https://www.dia.mil/Portals/27/Documents/News/Military%20Power%20Publications/Iran_Military_Power_LR.pdf, 17.01.2020.
- 44 **The Missile Threat:** „Missiles of Iran“, 14.06.2018 in <https://missilethreat.csis.org/country/iran/>.
- 45 **Jones, Seth G.:** „War by Proxy: Irans Growing Footprint in the Middle East“, 11.03.2019 in <https://www.csis.org/war-by-proxy>.
- 46 **Mansour, Renad/ Jabar, Faleh A.:** „The Popular Mobilization Forces and Iraq’s Future“, 01.04.2017 in <https://carnegie-mec.org/2017/04/28/popular-mobilization-forces-and-iraq-s-future-pub-68810>.
- 47 **Allinson, Tom:** „Jemenitische Miliz: Wer sind die Huthis?“, 02.10.2019 in <https://www.dw.com/de/jemenitische-miliz-wer-sind-die-huthis/a-50677090>.
- 48 **Aljazeera:** „Oil attacks ‘unquestionably sponsored by Iran’: Saudi Arabia“, 19.09.2019 in <https://www.aljazeera.com/news/2019/9/19/oil-attacks-unquestionably-sponsored-by-iran-saudi-arabia>.
- 49 **Handelsblatt:** „Iran setzt Tanker fest: Südkorea schickt Marineeinheit“, 04.01.2021 in <https://www.handelsblatt.com/politik/international/es-kaelation-im-persischen-golf-iran-setzt-tanker-fest-suedkorea-schickt-marineeinheit/26767042.html?ticket=ST-11405393-eDCuzl4RuEM7vnzP6Zzy-ap6>.
- 50 **Knipp, Kersten:** „Irak der Zorn auf den Iran“, 14.11.2019 in <https://www.dw.com/de/irak-der-zorn-auf-den-iran/a-51456955>.
- 51 **The Missile Threat:** „Missiles and Rockets of Hezbollah“, 27.09.2019 in <https://missilethreat.csis.org/country/hezbollahs-rocket-arsenal/>.
- 52 **Murciano, Gil:** „Israel vis-à-vis Iran in Syrien: Die Gefahren einer aktiven Eindämmung“, 01.01.2021 in <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/>.
- 53 **Saban, Navvar:** „Factbox: Iranian Presence in Syria’s Deir ez-Zor province“, 17.03.2019 in <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/factbox-iranian-presence-in-syrias-deir-ez-zor-province/>.
- 54 **Die Zeit:** „Natans-Attacke könnte Atomprogramm um Monate zurückwerfen“, 15.12.2021 in <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/iran-atomanlage-natans-terrorakt-israel-atomabkommen>.
- 55 **Deutsche Welle:** „Atomgespräche mit dem Iran auf dem richtigen Weg“, 17.04.2021 in <https://www.dw.com/de/atom-gespr%C3%A4che-mit-iranauf-dem-richtigen-weg/a-57241351>.
- 56 **Auswärtiges Amt:** „Deutschland, Frankreich und Vereinigtes Königreich zu Iran“, 14.04.2021 in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/e3-jcpoa/2453936>.
- 57 **Die Welt:** „Heiko Maas will ‚Nuklearabkommen Plus‘ mit dem Iran“, 04.12.2020 in <https://www.welt.de/politik/ausland/article221773832/Iran-HeikoMaas-will-Neuaushandlung-von-Atomabkommen-Plus.html>.
- 58 **Frankfurter Allgemeine Zeitung:** „Atomabkommen mit Iran: Wer macht den ersten Schritt?“, 19.02.2021 in <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/atomabkommen-mit-iran-wer-macht-den-ersten-schritt-17207090.html?service=printPreview>.
- 59 **Lau, Jörg:** „Hart in einer harten Welt“, 28.10.2020 in https://www.zeit.de/2020/45/aussenpolitik-donald-trump-usa-naher-osten-china?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com.
- 60 **Asseburg, Muriel/ Lintl, Peter/ Steinberg, Guido:** „Annäherung Israel – Vereinigte Arabische Emirate: Palästinenser in der Abseitsfalle?“, 11.11.2020 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/annaeherung-israel-vereinigte-arabische-emirate-palaestiner-in-der-abseitsfalle/>.
- 61 **Hermann, Rainer:** „Wo Frieden nicht möglich ist“, 18.05.2021 in <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gewalt-in-nahost-wo-frieden-nicht-moeglich-ist-17347217.html>.
- 62 **State Department of the United States:** „Abraham Accords: Declaration of Peace, Cooperation, and constructive diplomatic and friendly relations“, 15.09.2020 in https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/09/Bahrain_Israel-Agreement-signed-FINAL-15-Sept-2020-508.pdf.

- 63 **State Department of the United States:** „Abraham Accords: Declaration of Peace, Cooperation, and constructive diplomatic and friendly relations“, 15.09.2020 in https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/09/Bahrain_Israel-Agreement-signed-FINAL-15-Sept-2020-508.pdf.
- 64 **State Department of the United States:** „Joint Statement of the United States, the Republic of Iran and the State of Israel“, 23.10.2020 in <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/joint-statement-united-states-republic-sudan-state-israel/>.
- 65 **Federal Foreign Office of Germany:** „Federal Foreign Office on the US announcement to remove Sudan from the State Sponsors of Terrorism list“, 20.10.2020 in <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/usa-remove-sudan-state-sponsors-of-terrorism-list/2408512>.
- 66 **State Department of the United States:** „President Donald J. Trump Has Brokered Peace Between Israel and the Kingdom of Morocco“, 11.12.2020 in <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/president-donald-j-trump-brokered-peace-israel-kingdom-morocco/>.
- 67 **Meier, Christian:** „Die historische Dimension einer pragmatischen Kooperation“, 14.08.2020 in https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/israel-und-die-vae-eine-pragmatische-kooperation-16905722.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.
- 68 **Guzansky, Yoel / Marshal, Zachary A.:** „The Abraham Accords: Immediate Significance and Long-Term Implications“ in *Israel Journal of Foreign Affairs*, 2020, <https://doi.org/10.1080/23739770.2020.1831861>.
- 69 **Asseburg, Muriel / Lintl, Peter / Steinberg, Guido:** „Annäherung Israel – Vereinigte Arabische Emirate: Palästinenser in der Abseitsfalle?“, 10.10.2020 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/annaeherung-israel-vereinigte-arabische-emirate-palaestinenenser-in-der-abseitsfalle/>.
- 70 **Müller, Kerstin:** „Europa muss sich den neuen Realitäten im Nahen Osten stellen“, 16.09.2020 in <https://libmod.de/kerstin-mueller-europa-muss-sich-den-neuen-realitaeten-im-nahen-osten-stellen/>.
- 71 **Schult, Christoph:** „We don't talk enough – Israelis, Arabs, Palestinians“, 28.08.2020 in <https://www.spiegel.de/ausland/israeli-ambassador-on-how-he-helped-reach-deal-with-united-arab-emirates-a-69a76628-36c9-4bc3-9831-49048dc3491d>.
- 72 **Von Schwerin, Ulrich:** „Emirate hoffen wegen Abkommen mit Israel auf amerikanischen Kampffjets“, 20.08.2020 in <https://www.nzz.ch/international/emirate-hoffen-nach-abkommen-mit-israel-auf-us-kampffjets-ld.1572314>.
- 73 **Steinberg, Guido:** „Der neue Nahe Osten: Israel und die VAE besiegeln den Schulterabschluss gegen Iran“, 15.09.2020 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/der-neue-nahe-osten-israel-und-die-vae-besiegeln-den-schulterabschluss-gegen-iran/>.
- 74 **Leemhuis, Remko:** „Warum schweigt Europa, wenn Israel Frieden mit seinen Nachbarn schließt?“, 1.11.2020 in <https://internationalepolitik.de/de/warum-schweigt-europa-wenn-israel-frieden-mit-seinen-nachbarn-schliesst>.
- 75 **Müller, Kerstin:** „Das Ende der Zwei-Staaten-Lösung“, 1.5.2020 in <https://internationalepolitik.de/de/das-ende-der-zwei-staaten-loesung-0>.
- 76 **Steinberg, Guido:** „Der Konflikt zwischen den USA und China wird das große Thema“, 22.05.21 in <https://www.cicero.de/aussepolitik/corona-geopolitik-pandemie-usa-china-naher-osten/plus>.
- 77 **Murciano, Gil:** „The Abraham Accords: An invitation to rethink the Arab-Israeli Conflict“, 8.10.2020 in <https://www.swp-berlin.org/en/publication/the-abraham-accords-an-invitation-to-rethink-the-arab-israeli-conflict/>.
- 78 **Brandes, Sabine:** „Waffenstillstand nach 4000 Raketen“, 21.05.2020 in <https://www.juedische-allgemeine.de/allgemein/waffenstillstand-nach-4000-raketen/>.
- 79 **Shenoy, Vas:** „Violence between neighbours and the Abraham accords“, 16.05.2021 in <https://blogs.timesofisrael.com/violence-between-neighbours-and-the-abraham-accords/>.
- 80 **Berman, Lazar:** „With Jerusalem focus, Hamas touches nerve even friendly Arab states can't ignore“, 11.05.2021 in <https://www.timesofisrael.com/with-jerusalem-focus-hamas-touches-nerve-even-friendly-arab-states-cant-ignore/>.
- 81 **The Times of Israel:** „Israel's escalation with Gaza puts new Gulf partners in diplomatic bind“, 15.05.2021 in <https://www.timesofisrael.com/israels-gaza-escalation-puts-new-gulf-partners-in-diplomatic-bind/>.
- 82 **Chorin, Ethan:** „What Israeli-Palestinian Conflict Does - And Doesn't Mean For The Abraham Accords“, 16.05.2021 in <https://www.forbes.com/sites/ethanchorin/2021/05/16/what-israeli-palestinian-conflict-doesand-doesnt-mean-for-the-abraham-accords/?sh=63aa823c46bf>.
- 83 **The Times of Israel:** „UAE said to warn Hamas planned Gaza infrastructure projects are in danger“, 15.05.2021 in <https://www.timesofisrael.com/uae-said-to-warn-hamas-planned-gaza-infrastructure-projects-are-in-danger/>.

ELNET Deutschland e.V.

Albrechtstraße 22
10117 Berlin

Tel: +49 (0) 30 3087 5964
E-mail: deutschland@elnetwork.eu

elnet-deutschland.de 

[@ElnetD](https://twitter.com/ElnetD) 

[@ELNETDeutschland](https://www.facebook.com/ELNETDeutschland) 

ELNET France

152, boulevard Pereire
75 017 Paris

E-mail: contact@elnetwork.fr

elnetwork.fr 

[@elnetfr](https://twitter.com/elnetfr) 

[@ElnetFrance](https://www.facebook.com/ElnetFrance) 